

# Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Cipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.  
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),  
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig,  
beide in Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 7, Weissenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.  
Verlags-Anzeigen  
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 S.

## Verbandskollegen! Trefft Vorbereitungen zu der Flugschriftverbreitung und Hausagitation!

Die heutige Nummer umfasst 16 Seiten.

### Verbandsmitglieder!

In der Zeit vom 25. März bis zum 1. April soll eine vom Verbandsvorstand herausgegebene Flugschrift in allen Gauen Deutschlands unter den Maurern verbreitet und zugleich eine energische Hausagitation entfaltet werden.

Zur Ausführung dieser Agitation ist eine sehr große Zahl von Personen notwendig. Wir erlauben daher die Mitglieder, sich ihren Vereinsvorständen und Vertrauensleuten bereitwillig zur Verfügung zu stellen. Niemand, der Hand und Fuß rühren kann, darf sich von der Verbreitung der Flugschrift fernhalten. Jedes Mitglied muß sich bereitwillig in den Dienst der Organisation stellen; gilt es doch, jetzt mit dem Einzug des Frühlings dem Verband Tausende neuer Mitglieder zu gewinnen.

### Zur Weltlage.

Eine gewaltige, bedeutungsvolle Zeit ist es, in der wir leben. Sie gebietet Erscheinungen und Fragen, die das Interesse jedes Menschen, der in die großen Gesetze des Kulturfortschritts eingeweiht ist und dem Los der Menschheit nicht gleichgültig gegenübersteht, in stetig wachsendem Maße in Anspruch nehmen. Die wirkliche Intelligenz, der politische, wirtschaftliche und soziale Erkenntnis sowie ein richtiges Empfinden für die Macht der Tatsachen eigen ist, steht schon so lange unter dem beständig härter werdenden Eindruck, daß die Kulturwelt an der Schwelle einer neuen Epoche angelangt ist. Ein vorurteilsfrei prüfender Blick auf die Weltlage, in das Gebiet der teils widereinander streitenden, teils gemeinsam vorwärts drängenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Faktoren, läßt mit unzweifelhafter Deutlichkeit erkennen, wohin die Entwicklung geht und um was es sich dabei handelt.

Als Symptome des gegenwärtigen Zustandes der internationalen Gesellschaft sind vor allem zu beachten die starken Interessenspannungen zwischen den maßgebenden Völkern und zwischen den Klassen der einzelnen staatlichen Gemeinschaften. Diese Spannungen sind in der Hauptlage zurückzuführen auf die Ausgestaltung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das Zentralisations- und Expansionsbedürfnis des Kapitalismus und den sich damit verbindenden Widerstreit der entscheidenden wirtschaftlichen Interessen. Hierin haben wir die Quelle all der großen, sich immer ernsthafter gestaltenden politischen und sozialen Fragen, die die Kulturwelt bewegen, ja, sie aufzuwühlen bis in ihren tiefsten Grund. Vor einem halben Jahrhundert noch und bis in die siebziger Jahre hinein vertraten hervorragende Politiker und Staatswirtschaftler die Anschauung, daß die Entwicklung des kapitalistischen Systems notwendig zu einer internationalen wirtschaftlichen, und demnach auch politischen Interessen-Solidarität dränge, und daß damit die Gefahr kriegerischer Entwicklungen zwischen den einzelnen Völkern mehr und mehr beseitigt werde. Die Erfahrung, die wir seit zwei Jahrzehnten gemacht haben, lehrt leider das Gegenteil.

Obwohl der Kapitalismus an sich durchaus nicht nationalen, sondern internationalen Charakters ist,

bedient er sich doch der Nationalitätsidee, um seine Herrschafts- und Ausbeutungsinteressen mit mehr oder weniger künstlich erzeugten, resp. verschärften nationalen Interessengegenständen zu verbinden. Diese Tendenz kommt sehr greifbar zum Ausdruck in der verhängnisvollen Politik wirtschaftlicher Abschiebung auf der Basis der Schutzollsysteme zc. sowie in der nicht minder verhängnisvollen, dem wirtschaftlichen Expansionsbedürfnis Rechnung tragenden Kolonial- und Weltmacht-Politik. Nach Maßgabe dieser Politik vollzieht sich unter unseren Augen der Verlauf der Dinge, die Gestaltung der Weltlage. Alle die verwüstenden Kriege, die wir seit fünfzehn Jahren erlebt haben, der Krieg der Vereinigten Staaten von Nordamerika mit Spanien, der letzterem Lande den Besitz der Philippinen kostete, der Burenkrieg in Südafrika, die China-Expedition, der beispiellos mörderische Krieg zwischen Rußland und Japan, die Kolonialkämpfe haben ihren Ursprung in der Ermägung wirtschaftlicher Interessen. Diese Interessen sind es, die die Politik bestimmen und leiten. Auch bei uns in Deutschland.

Unter Berufung auf das wirtschaftliche Expansionsbedürfnis, betreibt man bei uns die Weltmacht-Politik. Die „gepanzerte Faust“ soll sich gegenüber der kriegerischen Macht anderer Staaten in allen Teilen der Erde Geltung verschaffen zum Vorteil des „deutschen“ Kapitals. Im fernen Osten, in Asien, sieht man die „gelbe Gefahr“ drohen, d. h. den selbständigen Eintritt der dortigen Völker einer alten, lange stillgestandenen Kultur in die moderne Kultur mit ihrem kapitalistischen Wirtschaftssystem. Japan hat diesen Schritt bereits getan und das „Reich der Mitte“, China, wird folgen. Das steht außer Zweifel. Diese Entwicklung bedeutet aber für Europa und Amerika eine wirtschaftliche Konkurrenz, der diese Länder nur dann gewachsen sein dürften, wenn sie ihre wirtschaftlichen, sozialen und politischen Einrichtungen und Zustände einer Umgestaltung von Grund aus unterziehen, d. h. wenn sie an die Stelle des kapitalistischen das sozialistische Wirtschaftssystem setzen. Das wird natürlich der Kapitalismus und die ihm verbundene politische Macht zu verhindern suchen. Zunächst ist er überall darauf bedacht, sich die Länder zu erobern, die ihm eine weitere Sicherung seiner Interessensherrschaft ermöglichen. Das lehrt uns auch die Marokkofrage, um deren Entscheidung sich wochenlang die Diplomaten Europas und Amerikas unter der gespanntesten Aufmerksamkeit der Völker abgemüht haben, worüber unsere Leser aus der Tagespresse unterrichtet sein dürften. Vielleicht ist sie, wenn diese Zeilen in Druck gehen, zu einem Abschluß gebracht worden, von dem man sagen kann, daß er die Gefahr ernstlicher politischer Verwicklungen ausschließt.

Wir glauben nicht, daß sich irgend eine Macht leicht hin entschließen könnte, zwecks des Austrages wirtschaftlicher Interessengegenstände es zum äußersten kommen zu lassen, zu einem Kriege, dessen Umfang und Wirkungen nicht abzusehen sind. Einem gewissen Kriegsfanatismus, der sich hier und da gezeigt hat, auch dem Wunsch gewisser „Ordnungspolitiker“, durch einen Krieg, der alle nationale Kraft in Anspruch nimmt, die Massen des arbeitenden Volkes von der großen sozialen Frage, vom Interessengegensatz und Kampf zwischen Kapital und Arbeit, wie vom Kampf der Sozialdemokratie mit den reaktionären Gewalten abzulenken, steht gegenüber

die beständig wachsende und erstarkende Friedensliebe der Arbeiterklasse in allen Ländern, die humanitäre Richtung ihrer Geister wider den blutigen Massenmord. Diese Klasse hat in Wahrheit ein nicht hoch genug zu schätzendes Interesse an der Erhaltung, an der dauernden Sicherung des Friedens. Unter Leitung der Sozialdemokratie hat sie dieses Interesse schon oft demonstrativ bekundet. Sie wird auch das richtige Verständnis haben für den Beschluß, den am 4. März das internationale sozialistische Bureau in Brüssel, betreffend die Frage des Krieges, die in den letzten Monaten eine so große politische Bedeutung gewonnen hat, nach langer und eingehender Beratung faßte. Er lautet:

„Sobald Ereignisse sich vor der Öffentlichkeit oder im geheimen vollziehen, die einen Konflikt zwischen verschiedenen Regierungen befürchten lassen und einen Krieg möglich oder wahrscheinlich machen, sind die sozialistischen Parteien der beteiligten Länder verpflichtet, aus freien Stücken und auf Einladung des internationalen sozialistischen Bureaus miteinander in direkte Verbindung zu treten, um ein gemeinsames und übereinstimmendes proletarisches und sozialistisches Vorgehen festzusetzen und zu vereinbaren, das zur Verhinderung oder Verhütung des Krieges dienen kann.“

Gleichzeitig werden die sozialistischen Parteien der anderen Länder durch das Sekretariat des Bureaus verständigt und eine Versammlung des internationalen sozialistischen Bureaus findet baldigst statt, um für den gesamten internationalen Sozialismus und die organisierte Arbeiterklasse die Aktion zu beschließen, die am geeignetsten ist, den Krieg zu verhindern oder zu beenden.“

Dieser Beschluß geht in der Richtung, die internationale Solidarität der Arbeiter zu vollen praktischen Geltung zu bringen, um das vernunft-, humanitäts- und kulturhändlerische Unheil des Krieges, unter dem gerade die Arbeiterklasse stets am meisten und am schwersten zu leiden hat, abzuwenden.

Reaktionäre Gewalten und Parteien, die aus spekulativen Rücksichten, aus verwerflichen Interessen oder aus bloßem Fanatismus mit der Kriegsgefahr gewissenlos spielen, tun gut, zu beachten, daß die Lösung des internationalen Proletariats ist: „Kein Krieg, sondern friedlicher Ausgleich und friedlicher Wettbewerb unter den Völkern.“ Sie sollen weiter bedenken die stetige Verschärfung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Interessengegenstände und Kämpfe innerhalb der einzelnen Nationen, so besonders auch in Deutschland. Auf die friedliche, organische Lösung der sozialen Frage, in der sich alle diese Gegensätze und Kämpfe begreifen, muß vernünftigerweise alles nationale Bemühen, alle nationale Kraft gerichtet sein. Mit der russischen Revolution sind allen Kulturvölkern, allen staatlichen und gesellschaftlichen Autoritäten die wichtigsten und beherzigenswerten Warnungen erteilt worden. Im Lebensgeschick der Völker ist es nach Alexander v. Humboldts Ausdruck wie in der Natur, die ihren Fluch gehängt hat an das Stillestehen. Eine neue Weltanschauung, neue Rechts- und Gerechtigkeitsideen, höhere Humanitätsgrundsätze ringen mit elementarer Macht um ihre Anerkennung, um die ganze menschliche Gesellschaft neu und besser zu gestalten, sie auf eine höhere Stufe wahrer und echter Kultur zu heben. Toren sind diejenigen, die glauben, diese Anerkennung und Gestaltung verhindern zu können. Schließlich liegt der Fortschritt doch über alle ihm bereiteten Hindernisse. Und die Nation wird am höchsten dastehen, die der Notwendigkeit des Fortschritts aus freier Initiative



Rechnung trägt. Erst dann, wenn man sich allgemein zu dieser Notwendigkeit bekennt und dieses Bekenntnis praktisch betätigt, wird die Weltlage eine befriedigende, eine gute, eine erfreuliche werden. Man täusche sich über eines nicht: das ganze große „Geheimnis“ der Erlösung der Kulturmenschen von den ihr anhaftenden schweren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Uebelständen liegt in den Worten: **Solidarität der Arbeiterklasse!** Das müssen in erster Linie die Arbeiter selbst begreifen und dementsprechend sich betätigen als einheitliche Macht. Wer die Weltlage richtig beurteilen und aus ihr die richtigen Schlüsse ziehen will, darf den Faktor Arbeiterklasse nicht übersehen.

### Politische Umschau.

Der 18. März, ein Ehrentag des deutschen Proletariats, steht wieder vor der Tür. An diesem Tage hat im Jahre 1848 die Berliner Arbeiterklasse im Bunde mit dem damals noch freischütigen Bürgertum im blutigen Barrikadenkampf den Absolutismus bezwungen; leider nur auf kurze Zeit. Bald hat sich wieder das preussische Zunterregiment zu erheben vermocht, und heute scheint es fester denn je gegründet zu sein. Um so mehr hat das Proletariat Anlaß, seine Kraft zu fählen und aufzumuntern, um die Reaktion endgültig zu bezwingen. Nicht mit dem Nützling der Barbaren, mit Schwert und Speich nicht kämpfen wir. Mit geistigen Waffen und durch solidarischen Zusammenstehen aller Ausgebulten und Geknechteten wollen und müssen wir den politischen und wirtschaftlichen Absolutismus überwinden. Wie in frühen Jahren so auch jetzt werden zum 18. März Massenversammlungen veranstaltet, Versammlungen, um das Andenken der Märtyrergestalten zu ehren, Versammlungen, um flammenden Protest zu erheben gegen Volksverdrossenheit und Volksverdrüßung. Da in diesem Jahre der 18. März auf einen Sonntag fällt, ist zu erwarten, daß sich die Arbeiterklasse massenhaft an den Versammlungen beteiligen, damit der Volkswille in solcher Weise zum Ausdruck gebracht wird, daß er von den herrschenden Gewalten nicht länger zu übersehen ist.

Die Sitzungen des Reichstages bieten seit Wochen schon wieder ein überaus-trauriges Bild. Seltener denn je mehr als einige Duzend Abgeordnete anwesend. Aber wenn die Beschlußfähigkeit des Hauses nicht bezweifelt und damit die Ausgeglichenheit herbeigeführt wird, so kann auch noch eine Minorität der Volksvertretung gültige Beschlüsse fassen. Am stärksten ist relativ immer die sozialdemokratische Fraktion vertreten. Dieser parlamentarische Zustand wird immer befremdender und depressiver. Ihm kann nur durch die Willigung von Diktatoren erfolgreich entgegengekömmt werden. Aber bis jetzt ist seit Anfang dieses Jahres erwartete diesbezügliche Vorlage der Regierung nicht erschienen. Es verläutet, der Bundesrat habe sich dahin geeinigt, eine Pause aufzunehmen von 8000 für jede Session in Vorlage zu bringen. Damit verbindet sich das Gerücht, es sei, um ein „schöneres Arbeiten“ des Reichstages, d. h. eine gangbare Weise Abführung der Debatten, resp. die Vergewaltigung einer oppositionellen Minorität zu ermöglichen, auch eine „Reform“ der Geschäftsordnung beabsichtigt. Sollte man mit dieser Absicht wirklich hervortreten, so wird die Sozialdemokratie mit aller Entschiedenheit ihre Ausübung zu verhindern bemüht sein; denn die Rechte und Kompetenzen des Reichstages sind wirklich so sehr schon so knapp bemessen, daß ihre weitere Einschränkung geradezu ein Hohn auf den Begriff des Parlamentarismus sein würde.

Das Votum wurde in letzter Woche hauptsächlich durch die zweite Lesung des Postgesetzes in Anspruch genommen. Die Debatte war sehr umfassend und erschöpfend. Es wurden zahlreiche organische Mängel und Fehler im Postwesen, sowie auch — hauptsächlich von den Rednern der sozialdemokratischen Fraktion — die mangelhafte Lage und oft unangemessene und ungerechte Behandlung der Postbeamten scharf kritisiert. Abgeordneter Singer bemerkte u. a., daß die Organisationen und Organisationsbestrebungen der Postbeamten sich noch immer des negativen Wohlwollens der Postbehörden erfreuen. Fortgesetzt werden die staatsbürgerlichen Rechte der Postbeamten, zumal ihr Koalitionsrecht, durch unzulässige Beeinflussung seitens der Vorgesetzten beschränkt.

Der Zentrumsabgeordnete Gröber meinte zwar, daß die Sozialpolitik der Reichspostverwaltung einen „höchsterzulassenden Fortschritt“ aufweise. Dieser Meinung aber widersprachen sehr viele gewichtige Tatsachen, u. a. die Arbeitszeit der Postbeamten, die immer noch übermäßig lang ist. Die Verwaltung kann bei einem jährlichen Ueberschuß von mehr als 62 Millionen Mark viel mehr zur Verbesserung der Lage ihrer Beamten tun. Mehrere in dieser Richtung gefasste Resolutionen fanden keine Annahme.

Am letzten Schwereinstage wurden zwei Initiativanträge, Bassefmann (nationalliberal) und Rothhoff (freisinnige Vereinigung) beraten, die eine Verbesserung und gezielte Regelung der Verhältnisse der technischen Angestellten bezweckten. Es handelt sich dabei im einzelnen um die Gehaltszahlung in Krankheitsfällen, um die Anpassung an die Bestimmungen über das Dienstverhältnis der Handelsangestellten, um angemessene Ruhezeiten, sowie um die Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte auf die technischen Angestellten. Das Haus war in der Unterstützung dieser Forderungen, die früher schon öfter auch von den Sozialdemokraten erhoben worden sind, einig. Der Staatssekretär der Justiz, Dr. Nieberding, aber verhielt sich sehr reserviert. Er beschränkte sich auf die Versicherung, daß die Regierung „sich für die Materie interessiere“, daß ihr aber die beantragte Regelung nicht sympathisch sei. Die Vorlage wurde einer besonderen Kommission überwiesen.

Im Beirat für Arbeiterstatistik wurde in einer seiner letzten Sitzungen verhandelt über den Bericht des Ausschusses, betreffend die weitere Behandlung der Erhebungen im Fleischergerberberbe. Die von den befragten Organisationen der Arbeitgeber und der Arbeiter sowie von den staatsrechtlichen gemachten Angaben über den Einfluß der Arbeitszeit und der Arbeitsverhältnisse auf die gesundheitlichen Zustände der Arbeiter im Fleischergerberberbe bieten kein genügendes Material, um schon jetzt zu einem abschließenden Urteil zu gelangen. Es wurde daher die Einholung eines Gutachtens des kaiserlichen Gesundheitsamtes zur Vervollständigung des Materials beschloffen.

Die Frage der Heimarbeitserleichterung soll nach der Ansicht der Sozialpolitik, die am Regierungsamtlichen sitzen, „sehr schwer“ zu regeln sein. Das ist eine alte Medensart, die die Reichsregierung schon oft gebraucht hat, um ihre abweichende Haltung oder ihr Zögern in wichtigen Fragen sozialpolitischer Reform zu entschuldigen oder zu rechtfertigen. Um so nachdrücklicher muß darauf hingewiesen werden, daß sich die Gesetzgebung anderer Länder längst der Heimarbeit angenommen hat. So beschloß in England schon im Jahre 1867, also vor nun bald vierzig Jahren, das Parlament, die zum Schutze der Frauen und Kinder in Fabriken bestehenden Gesetze auf familiäre Klein-, also im wesentlichen hausindustriellen Betriebe auszudehnen. Im Jahre 1891 und 1895 erfolgten Ergänzungen des Gesetzes. Die englische Heimarbeitserleichterung beruht dabei auf einem Zusammenwirken der Wohnungsinspektion mit der Fabrikinspektion. „Der Wohnungsinspektion ist das Recht der Inspektion der Heimarbeitstätten übertragen. Die Wohnungsinspektoren haben in erster Linie über die hygienische Beschaffenheit der Wohnräume zu wachen und, sofern diese den Anforderungen nicht genügen, die Schließung des Betriebes anzuordnen. Für Zuwiderhandlungen sind Geldstrafen bis zu 200 angesetzt. Die Arbeitszeit der Heimarbeiter darf die der Fabrikarbeiter nicht übersteigen.“

In den Vereinigten Staaten gehören dank der energischen Agitation der Arbeiterorganisationen gegen die Heimarbeit (das sogenannte „sweating-system“) die Gesetze der amerikanischen Einzelstaaten, die zur Bekämpfung dieses Systems erlassen sind, zu den erfolgreichsten. Im Jahre 1900 besaßen neun Staaten, und zwar gerade die, in denen die größten Zentren der Schwärzerei liegen (New-York, Brooklyn, Jersey City, Boston, Philadelphia, Baltimore, Chicago, Indianapolis und Cincinnati) eigene Gesetze gegen das Schwärzsystem. Nach dem New-York Gesetz ist seit dem Jahre 1899 für jede in Heimarbeit Beschäftigte Person eine besondere amtliche Erlaubniserteilung erforderlich.

Auch in Australien bestehen längst Heimarbeitserleichterungsgesetze, die im wesentlichen mit denen Englands und Amerikas übereinstimmen. Im Staate Victoria ist die wichtigste Bestimmung die Einsetzung einer paritätisch gebildeten Kommission von Arbeitern und Unternehmern, die Minimallöhne für alle in Betracht kommenden Arbeitsarten festzusetzen hat.

Und da wollen unsere gubementalen Sozialpolitiker glauben machen, die Frage der gesetzlichen Regelung des Heimarbeiterschlusses biete „außerordentliche Schwierigkeiten!“ Es ist das wirklich kein Beweis dafür, daß das Deutsche Reich „an der Spitze der Sozialreform marschieren!“

Eine Steuer gegen die Arbeiterbewegung hat die zweite sächsische Kammer geschaffen in der beifolgendstehenden Form einer Gebühr für Versammlungssammlungen oder vielmehr für Ausstellung der Anmeldebekundigung, die auf 60 s festgesetzt wurde. Gleichzeitig hat man — und das ist wieder alles echt sächsisch — beschloffen, alle Anmeldungen von Versammlungen der Militärvereine und Feuerwehren gebührenfrei zu machen, und zwar die Militärvereine deshalb, weil dort „der nationale Geist“ gepflegt werde.

Diese ordnungspolitische Leistung ist wirklich tragikomisch. Sie läßt erkennen, was staatsverhaltender Geist ist. Glaube man wirklich, die Welt erkenne nicht die unendliche Kleinlichkeit, die sich darin begreift?

In Frankreich treiben jetzt Klerikale „Revolutionäre“ ein wüßes Unwesen. Fanatisierte „Fromme“ der katholischen Kirche setzen den staatlichen Organen, die nach Aufgabe der neuen Gesetze die Kircheninventuraufnahmen zu machen haben, gewalttätigen Widerstand entgegen. In Paris und anderen Städten ist es zu blutigen Konfrontationen gekommen. Es ist eine edle und rechte Passionsrevolte. Die „Diener Gottes“ fanatisieren in den Departements die dumme, religiös dressierte Landbevölkerung zu einem Kampf um Leben und Tod gegen die Organe der Staatsgewalt. Sie möchten einen förmlichen „heiligen Krieg“ ins Werk setzen, um ihrem angeblich, beleidigten allmächtigen Gott zu Hilfe zu kommen. In Montre-Dame in Paris predigte Abbé Faubier „über die Tugenden“. Er sagte u. a.: „Der passivste Gehorsam ist wieder eine menschliche noch eine christliche Tugend. Es gibt Grenzen der Autorität!“ Der Redner schloß: „Wir gehorchen nicht zu denjenigen, die die erniedrigende Lehre verbreiten; daß Gesetz Gesetz sei. O nein: Das Gesetz muß nicht immer respektiert werden, und es gibt Tage, wo die Rebellion gegen das Gesetz die heiligste der Pflichten wird.“

Ueber diesen Kampf gegen die Kirche ist nun das französische Ministerium-Mouvier schließlich gestolpert; es hat demissioniert, da sich die Kammer bei einer Abstimmung gegen seine Politik entschied.

Am 10. März ist Eugen Richter, der freisinnige Parlamentarier, im Alter von nicht ganz 63 Jahren gestorben. Wenn wir von seinem Weibem Notiz nehmen, so geschieht es lediglich deswegen, weil er lange Jahre einer der meistgenannten Politiker war. Für die Arbeiterklasse hat Richter nicht viel Nützliches geleistet, weil überhaupt der Freisinn gerade unter seiner Leitung immer verrohter und arbeitserfeindlicher geworden ist. An der heutigen Bedeutunglosigkeit des Freisinnis trägt der Verstorbenen eine

große Schuld. Für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung war Richter stets ein häßlicher aber auch ungeschätzter Gegner. Schon in der Zeit, als der Freisinn noch etwas bedeutete, hat er dieser Gegnerschaft oft schmerzhaften Ausdruck gegeben.

Erwähnt sei das unrichtige Verhalten des Freisinnis bei der Abstimmung über die Verlängerung des Sozialistengesetzes im Jahre 1894. Nicht weniger als 27 Mitglieder der deutsch-freisinnigen Partei stimmten damals für das Schandgesetz! Eugen Richter selbst unterstützte diesen schändlichen Verrat aller liberalen Prinzipien dadurch, daß er seinen Kamulus Gernies beauftragte, an die abwesenden Abgeordneten zu schreiben, daß sie zur entscheidenden Abstimmung nicht zu kommen brauchen.

Einen anderen Beweis seiner feindseligen Gesinnung gab der Freisinn auf Richters Antisthen bei den Kämpfen um den Posttarif. Dort war es Richter, der in ganz widerlicher Weise gegen die Opposition der Sozialdemokratie und der Freisinnigen Vereinigung zu Felde zog.

Richter war im Jahre 1838 in Düsseldorf geboren, er studierte Jura und brachte es auch bis zum Meister. Er wurde einmal zum Bürgermeister in Neuwied ernannt, aber nicht bestätigt. Später wandte er sich der Publizistik zu. Dem Reichstage gehörte er seit seinem Anfang ununterbrochen an; er vertrat lange Zeit den Wahlkreis Sagen-Schwelm. Sein politisches Erbe hatte schon vor seinem Tode der Abgeordnete Müller-Sagan angetreten; von diesem darf man erwarten, daß er Richters Wert bei den bitteren Ende weiterführen wird, d. h. er wird das bürgerliche Freisinn, das noch vorhanden ist, sicher auf den Grund bringen.

Partei und Gewerkschaft. Anlässlich der kürzlich erfolgten Verurteilung eines Redakteurs der „Leipziger Volkszeitung“ zu 13 Jahren Gefängnis hat dies Parteiorgan den Redakteur Meßhäuser vom „Vuchdrucker-Korrespondenzblatt“ als heiligste des Arbeiterberrats gezogen und ihn einen Kronzeugen der Staatsanwaltschaft genannt. Gegen diesen Angriff, der, wenn er berechtigt wäre, die Buchdrucker sofort veranlassen müßte, Meßhäuser vor seinem Posten zu entfernen, hat der Vorstand des Buchdruckerverbandes folgende Erklärung veröffentlicht:

„Gegen die eigentliche Kampfesweise der „Leipziger Volkszeitung“ steht sich der Verbandsvorstand der Buchdrucker gezwungen, Stellung zu nehmen. Das fragliche Blatt benutzt die Verleumdung über seinen Prozeß, in dem sein verantwortlicher Redakteur zu 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, zu einem unerhörten Ausfälle auf den Redakteur des Buchdrucker-Korrespondenzblatt, Meßhäuser. Es bezeichnet ihn als Kronzeugen des Staatsanwaltes, welcher sich „geschämt“ habe, „seinen Namen in den Mund zu nehmen“. Der Verbandsvorstand der Buchdrucker, der seiner Deklaration empfohlen hatte, für die Folge auf die Unverwundlichkeit der „Leipziger Volkszeitung“ nicht einzugehen, erklärt jetzt, daß gegen eine derartige Ehrabschändelung, wie sie die „Leipziger Volkszeitung“ betreibt, nicht polemisiert werden kann; es genüge festzustellen, daß Meßhäuser nicht zum „eigenen Rager“ der „Leipziger Volkszeitung“ gehört, daß also die betreffenden Aufklärungen des Staatsanwaltes, die die „Leipziger Volkszeitung“ für ihren Angriff benutzt, gar nicht auf Meßhäuser bezogen werden können, sondern daß es sich vielmehr bei den diesbezüglichen Aufklärungen des Staatsanwaltes lediglich um die in der Tat vorhandenen Meinungsverschiedenheiten in der Sozialdemokratie, betreffend die Taktik, handeln könne.“

Wir wollen hier nicht in eine weitläufige Erörterung des Falles eintreten, zur Vermeidung der vielen Streitfälle, die die „Leipziger Volks-Zg.“ nun schon seit Jahren mit einer Reihe anderer Arbeiterorgane hat, sei aber doch das folgende festzustellen: Von und Töndung mancher in dem Gefühl absoluter Unschärfe hinausgeschmittenen „Volkszeitungs“-Artikel sind mit dem tatsächlichen Stande und den notwendigen Bedürfnissen der Arbeiterbewegung gar nicht in Einklang zu bringen. Wer aber gegen solche Artikel polemisiert, wird von der „Volks-Zg.“ stracks als dumme oder auch schlechter Kerl dem Volksorgan überantwortet. Nun hätte Meßhäuser das Unglück, gerade solche Artikel mit seiner auch wieder zu weit gehenden Kritik zu treffen, die später von der Staatsanwaltschaft angefaßt wurden. Und darum nun „Arbeiterverrat“ und „Kronzeuge“. Wenn das Blatt — richtiger: Unfälle! — werden sollte, dann könnte in jedes Blatt gerade seine Kampfarbeit außer jeder Kritik fallen. Ubrigens sind wir überzeugt, daß die Artikel Meßhäuser weder die Staatsanwaltschaft bei der Erhebung der Anklage noch das Gericht bei der Abmahnung der Strafe beeinflusst haben. Unserer Meinung nach war der Angriff der „Volkszeitung“ gegen Meßhäuser in diesem Falle völlig unmotiviert, und wir stimmen dem „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission bei, daß Meßhäuser genau wie jeder andere Gewerkschaftsredakteur vom Verbandstage seiner Organisation auf seinen Posten gestellt worden ist, also durch das Vertrauen der Mitglieder und der zuständigen Vertretung hierzu berufen wurde. Das müßte eigentlich selbst der „Leipziger Volkszeitung“ zu denken geben, daß die Art, wie sie es belächelt, eine Vertrauensperson der Gewerkschaftsbewegung ohne jegliche tatsächliche Unterlage des erbärmlichsten Verrates zu bejähigen, der in der Arbeiterbewegung denkbar ist, den Gewerkschaften selbst, in erster Linie dem Buchdruckerverbande, ein Schlag ins Gesicht bedeutet. Mit einer derartigen Kampfesweise dient man nicht der Sache der Arbeiterbewegung, sondern man liefert gerade dem Gegner die besten Waffen in seinen Hände; wie man in den eigenen Reihen nur persönliche Willkür erzeugt.

Diese durchaus zutreffende Kritik sucht die „Leipziger Volkszeitung“ wie folgt aufzuheben:

„Wiewohl war es die Bitte der deutschen Arbeiterbewegung, eine Vertrauensperson, die sich einer solchen Handlung schuldig gemacht hätte, aus seiner Vertrauensstellung zu entfernen. Das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission stellt sich zum ersten Male auf den Standpunkt der preussischen Staatsräson: wer einen Beamten einer erloschen Handlung anklagt, beleidigt den Staat, der den Beamten angestellt hat; der Angeklagte bleibt nun erst recht an seinem Plage, aber der Ankläger wird als Frechler an den heiligen Interessen des Staates verdonnert. Es ist der Standpunkt einer verdorbenen Bureaucratie.“

Was die „Leipziger Volks-Zg.“ hier dem „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission unterstellt, ist genau so unwahr, wie die Behauptung unwahr ist, Meßhäuser „habe sich einer erloschen Handlung schuldig gemacht. Und diese Behauptung wird um nichts wahrer dadurch, daß der „Vorwärts“ der Leipziger Kollegin beibringt und von den Gewerkschaften als



Stoffe für Gewerkschaftsbeamte, sowie von einer fast unüberwindlichen Haltung des „Correspondenzblatt“ rehet. Der „Vorwärts“ geht sogar so weit, zu verlangen, daß selbst dann die Gewerkschaften nicht für ihre Beamten zum Kampfe aufgerufen werden dürfen, wenn diese zu Unrecht angegriffen seien.

Einen anderen Fall, der in Gewerkschaften und die Partei gleichermaßen angeht, hängt die „Vergewaltigung“ unter der Stichmarke **Internationale Sozialreformer** gehörend niedriger. Es handelt sich um einige Vorträge, die Dr. Michels-Marbburg, Mitglied der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in Paris über die deutsche Arbeiterbewegung gehalten hat. In Frankreich hat sich aus verschiedenen Gründen die Hauptmasse der Gewerkschaften zu dem Antiparlamentarismus zurückentwickelt. Diese französischen Gewerkschaften verwerfen die Teilnahme an den parlamentarischen Arbeiten, an der Gesetzgebung, bezeichnen die parlamentarische Tätigkeit der Arbeitervertreter als „verwundenes“, unmöglich. Ihre ganze Hoffnung legen sie auf die „direkte Aktion“ — alias „Generalstreik“. Von allem anderen als vom „Generalstreik“ wollen diese irregulierten französischen Gewerkschaften nichts wissen. Die Folge dieser Art Agitation ist sehr augenfällig — abgesehen von der Feindschaft zwischen sozialdemokratischer Parteivertretung im Parlament und der Gewerkschaftsvertretung — die Schwäche der französischen Gewerkschaften, ihre lose Organisation, ihre geringen Beiträge, ihre leeren Kassen! Also die Voraussetzungen für einen siegreichen Gewerkschaftskampf hat die belächelte Generalstreikpropaganda in Frankreich nicht erfüllt, konnte sie nicht erfüllen.

Statt nun diese in ihrer Generalstreikpropaganda veranfaßten Antiparlamentaristen sachlich zu belehren, hält Dr. Michels ihnen Vorträge, die eine weitere Entfremdung zwischen gewerkschaftlicher und politischer Arbeitervertretung in Frankreich zur Folge haben müssen. Michels hat die parlamentarische Tätigkeit der Arbeitervertretung im Deutschen Reichsgesetz sehr abfällig kritisiert. Unter anderem behauptete er, daß — Militarismus gestützt — haben! Also, weil der ein Demokratiker gegen den Militarismus ankämpft, weil er sich nicht überläßt dem Dr. Michels behauptet, für den Militarismus gewillt zu sein.

Noch schlimmer verfuhr der Querschnitt Dr. Michels mit den deutschen Gewerkschaften. Er behauptete, die Gewerkschaften seien konterbändig, ja sogar „dynastisch“, gestützt, d. h. Anhänger des monarchistischen Prinzips. Ferner verließ sich Michels dazu, zu behaupten: „Der Generalstreik habe unter den Gewerkschaftsführern keinen Anhang, weil diese um ihre Einkünfte in den fürstlichen“! Damit unterstellt Herr Michels den Gewerkschaftsbeamten, es komme ihnen in erster Linie auf die „Gehaltsfrage“ an; die Gewerkschaftsführer werden als „gehobene Gehaltskassen“ bezeichnet, die sich den Teil der die Bedürfnisse des gewerkschaftlichen Kampfes kümmern, sondern zufrieden sein, wenn nur sie reichlich bezahlt werden. Reichtliche Beerdigungen sind nach dem Kölner Gewerkschaftsbericht von verschiedenen „Ueberredungen“ in Verhandlungen und Presse ausgebrochen worden. Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen eine solche Verächtlichmachung! Sie führt nicht zur Einigung, sondern zur Uneinigkeit; sie zerstört das Vertrauen der Gewerkschaftsbeamten zu ihren gewählten Beamten und muß auf die Dauer zerstörend wirken. Herr Dr. Michels entkam einer millionenreichen Kölner Unternehmerrfamilie; er ist der allerbeste, der zu beurteilen vermag, unter welchen erbärmlichen Verhältnissen die allerbesten Gewerkschaftsbeamten zu leben genötigt sind. Hunderte Gewerkschaftsbeamte erhalten monatlich nur 40 bis 150, wobei sie noch große Ausgaben für ihre weitere Ausbildung zu leisten haben. Eine sehr aufreibende Tätigkeit ist die eines Gewerkschaftsagitatoren, aber davon kann der Parteiführer Michels nichts wissen. Wir bewahren uns gegen seine hallosten Verächtlichungen, wir bewahren uns auch gegen die Verächtlichungen seiner Selbsterneuerungen. Unter den „Ueberredungen“, die den Gewerkschaftsbeamten die ideale Gewinnung absperrt, befinden sich Leute, die mehr als doppelt so hohen Gehalt beziehen, als die angeblich in „gehobener Lebensstellung“ befindlichen Gewerkschaftler.

## Maurerbewegung.

### Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperrn, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht. Zuzug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

#### Deutschland:

##### Schleswig-Holstein:

Barmstedt (Sperrn über Rathjens, in Hemdingen), Itzehoe (Streik der Bauarbeiter);

##### Mecklenburg:

Schwerin (Sperrn über Ferd. Stange), Bützow (Differenzen);

##### Pommern:

Gollnow (Sperrn über Küster), Jarmen (Sperrn über Brandt und Heidtschmidt), Stralsund (Sperrn über Hasselmann und Albrecht);

##### Ost- und Westpreußen:

Könitz (Aussperrung), Marienwerder (Differenzen), Königsberg (Sperrn über Tietz);

##### Schlesien:

Ranswalde b. Görlitz (Sperrn über Unternehmer Paul), Waldenburg (Sperrn über die Spiegelhütte auf Kolonie Sandberg);

##### Brandenburg:

Spandau (Sperrn über die Unternehmer Leo und Roksch), Strassburg i. d. Uckermark (Sperrn über Dörping);

##### Provinz Sachsen:

Halberstadt (Massregelung);

##### Königr. Sachsen:

Leipzig (Gesperst sind die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Karl Wilhelm Thormann, Leipzig-Anger, Wiebelstr., Bernhard Busch, Leipzig-Schleussig, Seumstrasse, Architekt Schulte in Meckern, Halleschestrass, Karl Feist in Wahren, Halleschestrass), Taucha

(Sperrn über Richter-Hohenleina), Wurzen (Sperrn über Lehmann in Pöschau);

#### Thüringen:

Erfurt (Sperrn über Wagner), Coburg (Differenzen), Eisenach (Sperrn über Wagner), Gera (Sperrn über Hirsch);

#### Rheinprovinz und Westfalen:

Bonn (Sperrn über Judick), Gütersloh (Aussperrung);

#### Hannover, Oldenburg und Lippe:

Burgdorf (Sperrn über Allerding), Visselhövede (Sperrn über Cöhrs und Köster), Pyrmont (Streik), Melle (Partieller Streik);

#### Hessen:

Weissenau (Sperrn über die Zementwerke), Witzhausen (Sperrn über Maurermeister Oehm, Grossalmroder);

#### Baden-Pfalz:

Kaiserslautern (Sperrn über den Unternehmer Neurohr), Mandenheim (Sperrn über die Fabrik Giulini);

#### Elsass-Lothringen:

St. Ludwig (Differenzen bei der Firma Matter aus Strassburg).

In **Serne** scheint der Unternehmer Senger der Ansicht zu sein, daß ein den Arbeitern gegebenes Wort nicht gehalten zu werden braucht. Denn während die anderen Unternehmer des Baugewerbes die Bestimmungen des im vorigen Jahre abgeschlossenen Vertrags möglichst beobachtet, ignoriert Senger den Vertrag fortgesetzt. So zahlte er auf einen Neubau in N. Süd den Maurern 47 bis 50  $\frac{1}{2}$  den Bauführerarbeitern 35  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn. Auf die Vorforderung des Organisationsvereins antwortete der Herr, er zahle nur nach Leistung. Also direkter Vertragsbruch! In einer früheren Unterredung erklärte Senger, die Bauführerarbeit seien ja nur hergelauenes Volk. Und diesen Mann haben die Unternehmer gar noch zum Vorsteher der im Vertrage vorgesehenen Schlichtungskommission ernannt! Da nun aber die baugewerblichen Arbeiter es endlich mit der Zurechtweisung des Vertrags meinen, so sind sie nicht gewillt, eine derartige Komödie mitzumachen. Ihr Obmann hat deshalb bei den Vorständen des Arbeitgeberverbandes beantragt, Senger seines Postens zu entheben. Den Kollegen aber möchten wir raten, es sich zweimal zu überlegen, ehe sie bei Senger Arbeit nehmen.

Die Unternehmer in **Solferstadt** glauben immer noch in ihrer Weise fortwirken zu müssen; noch immer sind einige Kollegen von der Ausperrung her gemahregelt, denen es bisher unmöglich gewesen ist, in Arbeit zu kommen. Damit die Unternehmer in ihrer Bosheit nicht durch Angebot anderer Arbeitskräfte unterstellt werden, machen wir es allen Verbandskollegen zur Pflicht, den Zuzug nach Solferstadt fernzuhalten, bis dort alle gemahregelten Kollegen wieder eingestellt sind.

#### Gau Eichen:

Die Sperrn über das Kollektorstück in Weizen, an der 35 Maurer und 10 Zimmerer beteiligt waren, ist nach vierwöchiger Dauer beendet. 3 Maurer und 3 Zimmerer waren als Arbeitswillige stehen geblieben. Diese paar Getreuen konnten die Fabrik nicht reiten. Die Direktion mußte 2  $\frac{1}{2}$  zulassen und versprechen, auch in Zukunft den üblichen Lohn zu bezahlen. Sämtliche Streikende sind vom Kollektorstück resp. vom Baumeister Gröschel, der unterdessen einen Teil der Arbeiten übernommen hatte, wieder eingestellt.

Die Sperrn über das Baugeschäft Dieb in Radeburg ist nach sechswochiger Dauer zu Gunsten der Maurer beendet. Dieb, der bis jetzt nur 27  $\frac{1}{2}$  zahlte, wird laut Vertrag bis zum 1. März 1907 32  $\frac{1}{2}$  pro Stunde zahlen. In die Stelle der erstbündigen Arbeitszeit tritt die zehnständige. Da Dieb fast sämtliche Arbeiten in diesem Bezirk ausführt, ist damit nicht nur in dem Bezirk Radeburg, sondern auch in dem ganzen angrenzenden Bezirk Breßle gelegt.

In **Könitz** machen die Unternehmer unter Leitung des Maurermeisters Herrmann, der für gewöhnlich Strafgefangene beschäftigt, um auf diese Weise das Handwerk zu leben, die größten Anstrengungen, um Streikbrecher heranzuholen. Besonders haben sie es auf die Kulmer und Schmegeyer abgesehen. Dort, glauben sie, wärst ihr Wohl noch am besten; denn die Polizei tut ihr möglichstes, um die Herangekommenen den Unternehmern zu liefern. Als am Montag, den 5. d. M., fünf Maurer ausreisen waren nicht mehr und nicht weniger als drei Polizisten und drei Gendarmen am Bahnhof. Auch die Unternehmer waren dort. Herrmann erklärte unseren Kollegen Schmegeyer, daß sie sich die Polizisten bestellt und daß sie ihnen alle zur Verfügung ständen. Danach hatte es den Anschein, als wenn die Polizisten nur für die Unternehmer da sind. Unter diesem Vorwand der Kriegszustand ist es den Unternehmern geglückt, einige von diesen Leuten einzufangen. Eine größere Zahl ist aber wieder abgelaufen. Es ist nun Pflicht aller Mitglieder, in Ost- und Westpreußen, dafür zu sorgen, daß der Zuzug von Könitz ferngehalten wird; erst dann ist es möglich, den Unternehmern ihr krautiges Handwerk zu legen.

#### Gau Stettin:

Im **Bahngesamt Pölitz** sind, im 25. Distributions 17 Unternehmern angesetzt. Im Dezember 1905 wurde diesen eine Forderung auf 45  $\frac{1}{2}$  für 18 Orte und 47  $\frac{1}{2}$  für die übrigen Orte zugesetzt. Zunächst wollte kein Unternehmer Zuzugsbewilligung machen. Schließlich beugte sich einer nach dem anderen. Bis 5. März hatten 11 bewilligt und zwar C. Schulz, Carl Preger, H. Sterling und C. Giese in Pölitz, G. Wüggardt in Jalenitz, W. Dieb und G. Zienow in Neuenborn, W. Schmidt in Falkenwalde, Otto Bormelter in Scholwin, Albert Wolfow in Trunz und Wolfow in Stotzenhagen. Unbeantwortet ließen unsere Wünsche W. Paape, Aug. Gronow, W. Betermann in Pölitz, Zienow in Langenberg, Schmidt in Stotzenhagen. W. Paape meinte zu „seinen“ Leuten: „Ich bin alt geworden; mir tut das nicht mehr an und treibt dem Zentralverband bei.“ Aus Mangel vor einem neuen grünen Haupte arbeiten die Maurer bei dem alten Herrn 2 bis 5  $\frac{1}{2}$  pro Stunde billiger, schädigen

sich selbst und ihre Kollegen. Da sage noch einer, die Maurer sind roh und rücksichtslos! C. Giese in Meisenitz in der Stadt in seiner abnehmenden Antwort hinter wenig schickliche Gründe. Er beruft sich auf Paape. Augenblicklich ohne Arbeit, wird er gegebenenfalls doch wohl Gefühlsman sein und der Notwendigkeit gehorchen. Die Mitglieder der unglücklichen Vereine sind hiermit auf das bisherige Ergebnis der Lohnbewegung aufmerksam gemacht; ihre Pflicht ist es, bei der weiteren Durchführung den nötigen Kollegen zur Seite zu stehen.

In **Wolgast** haben die Unternehmer eingesehen, daß es so bummle Menschen, die auf das vom 29. Januar d. J. gebotene Schachergeschäft eingehen, nicht mehr gibt. J. Peters sollte mit der Lohnkommission verhandeln. Das konnte er seinem Familientat mit „Grammophon“ nicht antun. Er verhandelte mit-diesem und erzielte für sich Gutes. Albert Schmidt gab dann der Lohnkommission Nachricht. Das Schreiben lautet: Wolgast, den 28. Februar 1906.

An die Lohnkommission der Maurer  
z. Bb. des Herrn C. Müller

Ich zahle vom 1. März 1906 ab meinen Maurergehellen einen Stundenlohn von 0,38  $\frac{1}{2}$  bei achtstündiger Arbeitszeit, bei Landarbeit und Überstunden 0,46  $\frac{1}{2}$  pro Stunde; bei Landarbeit werden Überstunden nicht besonders vergütet. Die Landarbeit wird bei über 5 km an gerechnet.

Althausbohl  
Albert Schmidt.

Die übrigen Unternehmer sind dem Beispiel gefolgt. Die Kollegen sind bis auf weiteres hiermit zuversichert. Notwendig ist jetzt eine umfassende Agitation, um auch einen besseren Bauarbeiterstand zu erhalten.

In **Samburg**. In Sorb hatte am 28. Februar die Lohnkommission unteres Zweigvereins eine Sitzung mit den Unternehmern, um über unsere Lohnforderung zu beraten. Auch ein Mitglied des Bauhandwerkes nahm an der Beratung teil. Die Unternehmer boten auf die Forderung, ab 1. März d. J. den Stundenlohn von 40 auf 45  $\frac{1}{2}$  zu erhöhen — eine Zulage von 3  $\frac{1}{2}$  pro Stunde ab 1. März und ab 1. Juli dann eine weitere Lohnsteigerung um 2  $\frac{1}{2}$ . Dieses Angebot wurde abgelehnt und nach längerem Sträuben bewilligten die Unternehmer unsere Forderung in vollem Umfang. Danach erhalten die Maurergehellen ab 1. März dieses Jahres einen Stundenlohn von 45  $\frac{1}{2}$  für Überstunden 10  $\frac{1}{2}$  Aufschlag, für Feststellen pro Stunde 70  $\frac{1}{2}$ , für Nacharbeiten im heißen Zustande pro Stunde 4  $\frac{1}{2}$ . Außerdem ist der Lohn noch für Überlandsarbeit geregelt. Auch für bessere Schutzbestimmungen ist gesorgt.

## Der Streik der Berliner Fliesenleger.

### Ein Nachwort.

Wie wir bereits in einer der vorigen Nummern gemeldet haben, haben die Berliner Fliesenleger ihren Kampf um bessere Arbeitsbedingungen aufgeben müssen, ohne sämtliche Gefährte zur Anerkennung des vorgelagerten Tarifs gewonnen zu haben. Wohl ist es ihnen gelungen, ihn bei elf Firmen durchzusetzen, aber bei Schluß der Bewegung war nur die knappe Hälfte der Streikenden zu den neuen Bedingungen beschäftigt; es muß also gesagt werden: die Bewegung der Fliesenleger ist gescheitert, sie hat aufgegeben werden müssen, ohne daß ihr Ziel erreicht war. Es wäre töricht, das zu verschweigen; nie ist das unsere Art gewesen, sie soll es auch nie sein. Sieht man aber verständig, aus unseren gescheiterten Bewegungen zu lernen, vor allem aber festzustellen, woran die Bewegung gescheitert ist. Für uns, die wir den Kampf der Berliner Fliesenleger in allen seinen Phasen aufmerksam verfolgt haben, liegt es sehr, daß seine Erfolglosigkeit nicht durch etwaige taktische Fehler seiner Leiter, nicht durch etwaige Schwäche der Unternehmung, sondern lediglich durch das schamlose Verhalten der Leitung der lokalistischen Fliesenleger-Verbindungen bedingt worden ist.

Bekanntlich heißt unter dem Namen „Freie Vereinigung der Fliesenleger Deutschlands“ eine Organisation, bei der es aufnehmend Prinzip ist, Fliesenleger, die im Zentralverband der Maurer Deutschlands organisiert sind, unter allen Umständen das Arbeiten in diesem Berufszweige unmöglich zu machen. Wir nehmen an, daß lediglich der von den „Anarcho-lokalisten“ angefaßte und geführte Haß gegen die Zentralverbände der Bewegung zu diesem Treiben ist, weil wir voraussetzen müssen, daß diesen Leuten die Pflichten der Solidarität genugsam bekannt sein werden, um zu wissen, was sie zu tun haben. Aber dann sind die Streiche, die die „Freie Vereinigung“ gegen ihre im Verband organisierten Kollegen ausgeführt hat, nur um so schwerer zu beurteilen, dann sind sie wiederum ein Beweis dafür, zu welcher Gemeingefährlichkeit sich die lokalistische Sonderbewegung entwickeln muß. Da sich diese Väter des Arbeitsmarktes aber immer noch das Recht anmaßen, zur modernen Arbeiterbewegung zu zählen, so berufen sie gerade jetzt, mit allen Mitteln der Offensivität zu fuggieren, daß sie allein die gewesen seien, die konsequent gehandelt haben, daß auf ihrer Seite alles Recht, auf der Seite der Verbandsfliesenleger dagegen das krassste Unrecht wäre. Dies wird ihnen freilich nur bei Leuten gelingen, die von alledem, was sich in den letzten Jahren im Berliner Fliesenlegergewerbe abgespielt hat, nichts weiter wissen, als was die Leiter der „Freien Vereinigung“ ihnen erzählen. Der Versuch, sich vor der Berliner Arbeiterbewegung von dem schweren Vorwurf des organisierten Streikbruchs zu rechtfertigen, wird ihnen freilich nicht gelingen; wenigstens werden wir tun, was wir können, um ihren Potemtschen Dörfern die Wirklichkeit entgegen zu stellen und damit ihre eble Absicht, die unangenehmen Folgen ihres Treibens aufzuhalten, zu durchkreuzen.

Wer die Vorgänge in ihrer chronologischen Reihenfolge kennt, für den wird es auch zur Gewissheit, daß bei den Lokalisten schon seit längerer Zeit, sicher aber seit November des Jahres 1904, die Absicht bestand, so zu handeln, wie sie es tatsächlich getan haben. Da das alles des Allgemeininteresses nicht entbehrt, so sei hier der Vorgang, soweit er attennmäßig festzustellen ist, geschildert. Für die Berliner Fliesenleger bestanden bis zum 1. Januar 1905 drei Organisationen, und zwar der Fachverein der Mosaikfliesenleger, die „Freie Vereinigung“ und die Sektion des Zentralverbandes der Maurer. Alle drei Organisationen hatten mit den Firmen Tarife abgeschlossen, und zwar lief der Tarif der „Freien Vereinigung“ bis zum 1. September 1905, während die Sektion und der Fachverein bis zum 1. Februar 1905 gebunden waren. Später verbanden sich der Fachverein und die Freie











lich dazu führten, daß über ein Geschäft die Sperre verhängt wurde. Als wir nach circa zehn Tagen die Sperre noch nicht aufgehoben, drohten die Unternehmer, sämtliche Maurer und Zimmerer des Preßes Weidenbach auszusperren. Die Kollegen, auch die Zimmerer, warteten jedoch die Auslieferung nicht ab, sondern legten einen Tag vorher die Arbeit einmütig nieder. Nun gingen die Unternehmer auf die Suche nach Maurern. Köhnen und Italiener wurden herangeschleppt, aber ebenso prompt von unserer Seite wieder abgeschoben, ja sogar eine Kolonne Berliner Streikbrecher, denen man 80 und 85  $\frac{1}{2}$  die Stunde Lohn zahlte, wurde herangeholt. Diese schickten wir jedoch nicht weg; und wir hatten unsere guten Gründe dazu. Als nämlich der Bau ein Stockwerk hochgeführt war, mußte er abgesteift werden, weil die Mauer einzurollen drohten. Mit Hochbauwerkern konnten die Helfer überhaupt nicht maulen; diese wurden an dem ganzen Bau ausgespart. Der mit so tüchtigen Leuten beglückte Unternehmer mußte diese schließlich fortjagen, wenn er die Arbeit nicht verlieren wollte. Einen anderen Bau führte ein Techniker mit mehreren Bauhelfern hoch. Als der Bau unter Dach und die Hochbauarbeiten vorüber war, wurde er auf die Anzeige der Streikenden nach allen Seiten mit Schraubenankern zusammengezogen, da die Fenstergehäuse einführen und auch sonst nichts Gerades daran zu finden war. Der Bau wurde schließlich dem Breslauer Bauobermeister zur Fertigstellung übergeben; nur das schnelle Ende des Streikes war schuld, daß wir ihn schließlich seinem ersten Meister wieder überließen. Nachdem der Streik 13 Wochen gedauert hatte, mußten ihn die Zimmerer aufheben; unsere Kollegen jedoch dauerten nicht daran. Nach 15 vollen Wochen war der Sieg unser. Der Erfolg war nach jeder Seite ein vollständiger. Hier wie in Bries kamen annähernd 800 Kollegen in Frage.

Auch in Orla waren wir gelungen, in den Kampf einzutreten. Ein Unternehmer dieses Ortes verachtete seinen Briege Kollegen zu Hilfe zu kommen (allerdings mit dem Nebengedanken, sich selbst dort einzunisten, wie sich später herausstellte); die Folge davon war, daß wir auch in Orla in einen allgemeinen Kampf verwickelt wurden, der nach circa achtwöchiger Dauer zu unseren Gunsten beendet wurde. Auch hier wurde eine Verstärkung der Arbeit, eine entsprechende Lohnsteigerung und die Anerkennung der Organisation erreicht. Nur ein Unternehmer, der wenig Arbeit hatte, bewilligte nicht; doch wird er in diesem Jahr wohl ebenfalls daran glauben müssen.

In Arnberg war wohl bisher bezüglich der Lohnhöhe der elendeste Ort im Gau, wurden doch hier noch Löhne von 1,80 bis 2,40 pro Tag bezahlt. Im Frühjahr wurde nun versucht, auf dem Wege der Verhandlung eine Regelung zu schaffen. Es kam auch wirklich zu einer Einigung, indem sich die Unternehmer verpflichteten, 24  $\frac{1}{2}$  Lohn pro Stunde zu zahlen. Aber auch dieses geringe Zugeständnis wurde nicht innegehalten, und so ritz unseren Kollegen endlich die Geduld. Nach einem circa zehn-wöchigen Kampf wurde jetzt wenigstens ein Tarif abgeschlossen, der 28  $\frac{1}{2}$  Stundenlohn vorsieht und worin die Organisation anerkannt wird. Auch hier kam es leider zu zahlreichen Verurteilungen unserer Kollegen.

Außerdem gelang es im vergangenen Jahre in Deutsch Rissa einen Tarif mit einer Lohnsteigerung und Festlegung der Arbeitszeit auf zehn Stunden (vorher zehnmal fünf Stunden) ohne Kampf abzuschließen, ebenso in Siergaa, wo die Arbeitszeit von elf auf zehn Stunden verkürzt und 3  $\frac{1}{2}$  Lohnsteigerung erzielt wurde. In Freiburg gelang es, den Lohn von 31 auf 34  $\frac{1}{2}$  zu erhöhen. In Waldenburg war beabsichtigt, unsere Forderungen energig durchzuführen, da jedoch ein Teil unserer dortigen Kollegen noch nicht einsehen wollte, daß mit der Erhöhung des Lohnes auch eine Verstärkung der Arbeitszeit eintreten muß, so unterblieben weitere Maßnahmen, um so mehr, da auch hier die Unternehmer 2  $\frac{1}{2}$  pro Stunde zulezten.

In allen Orten, wo wir Forderungen stellten, können wir also konstatieren, daß wir zum Teil ganz erhebliche Vorteile errungen haben. Die Unternehmer waren aber durch die mit aller Hartnäckigkeit und Schärfe geführten Kämpfe so befüßt, daß sie schließlich in Breslau zu einem „Tage“ zusammenkamen und die Gründung eines Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe ganz Schlesiens beschloßen. Eine Folge dieser Gründung, die sich als Endziel die eventuelle Aussperrung aller Maurer Schlesiens gesetzt hat, kann natürlich nur sein, daß sich unsere Kollegen noch enger als bisher zusammen schließen, denn von einem Stillstand unserer Bestrebungen, die Lebenshaltung der schlesischen Maurer zu verbessern, kann keine Rede sein, da wir in dieser Hinsicht anderen Landesteilen gegenüber noch sehr weit zurückstehen.

Bezüglich des Bauarbeiterschutzes ist zu sagen, daß es anfangs, in einzelnen Orten besser zu werden; zum größten Teile geschieht aber nichts, weder von den Unternehmern und Behörden, noch von unseren Kollegen. Und das letztere ist das Bedauerlichste. Es muß eben nichts; wenn man vielleicht alle Jahre einmal in der Versammlung über schlechte Baubuden usw. schimpft; nein, die Selbsthilfe müssen wir kräftig gebrauchen, und dann wird es auch in dieser Hinsicht besser werden, wie es in Breslau zum Beispiel und in anderen Orten schon geschehen ist.

Der Geschäftsgang des Bauverbandes betrug sich in folgenden Grenzen. Es wurden abgehalten 212 Versammlungen, 176 Sitzungen und Zusammenkünfte, 39 Revisionen. Die Korrespondenz gestaltete sich folgendermaßen: Ausgegangen 235 Briefe, 370 Postkarten, 8 Telegramme, 1 Postanweisung, 19 Pakete, 227 Drucksachen. Eingegangen sind: 254 Briefe, 282 Karten, 26 Telegramme, 21 Pakete, 198 Drucksachen, 3 Postanweisungen.

Weber die Klassenverhältnisse gibt nachstehende Zusammenstellung Aufschluß:

Einnahme.	
Rassenbestand vom vorigen Jahre	M. 480,71
Zum Verbandsvorstand erhalten:	
a) An Beiträgen auf Grund des Statuts	2813,11
b) „ „ „ „ „ „ „ „	1678,84
c) „ „ „ „ „ „ „ „	2000,80
Beiträge der Zweigvereine	1175,05
Sonstiges	80,-
Summa	M. 8175,01

Ausgabe.	
Für Beamtengehalt	M. 1800,-
eingetragener Arbeitsdienst anderer Kollegen	987,45
„ „ „ „ „ „ „ „	2836,-
„ „ „ „ „ „ „ „	1189,95
„ „ „ „ „ „ „ „	67,53
„ „ „ „ „ „ „ „	161,62
„ „ „ „ „ „ „ „	272,43
„ „ „ „ „ „ „ „	45,25
Summa	M. 7300,03

Bilanz.	
Einnahme	M. 8175,01
Ausgabe	7300,03
Rassenbestand	M. 874,98

Heinrich Köster, Vorsitzender. Eduard Nison, Kassierer.

### Gau Dortmund.

Mehr als das Jahr 1904 können wir das Jahr 1905 als ein Jahr des Kampfes bezeichnen. Was wir im vorigen Jahre vermutheten, nämlich, daß die Unternehmer zu einem großen Schläge gegen die ihnen so verhassten Bauarbeiter-Organisationen rüsteten, ist zur Tatsache geworden. Alle Zweigvereine des ganzen Gaues, mit Ausnahme von Duisburg und der kleineren, außerhalb des eigentlichen Industriegebietes gelegenen, wurden von dem „jungen kräftigen Bund“ der Arbeitgeber ausgespart. Doch davon später. Die Arbeitslosigkeit ist im großen und ganzen wieder als günstig zu bezeichnen. Nach den Berichten der Zweigvereine war im ersten Quartal die Arbeitslosigkeit in 15 gut, in 6 mittel und in 4 schlecht. Aus drei Bezirken wurde Steinmangel gemeldet. Doch wird er, wie gewöhnlich in diesem Quartal, in den meisten Orten zu verzeichnen gewesen sein. Aus 4 Orten wird auch Arbeitslosigkeit von Mitgliedern gemeldet. Im zweiten Quartal war die Arbeitslosigkeit in 18 Zweigvereins-gebieten gut, in 4 mittel und in 1 schlecht. Im dritten Quartal in 21 gut, 1 mittel und 4 schlecht, und im vierten Quartal in 16 gut, 3 mittel und 4 schlecht. Aus obigem geht hervor, daß die Unternehmer sich für ihre Aussperrung nicht gerade den günstigsten Zeitpunkt ausgesuchen hatten.

Lohnbewegungen. Zu Beginn des Jahres standen im Vertragsverhältnis mit den Unternehmern die Bezirke Essen und Essen-Rand, Mülheim, Duisburg, Gelsenkirchen, Herne, Neudorf, Dortmund, Dörne, Brackel, Unna, Hamm, Wülfrath, Lüdenscheid, Bochum und Rüttendorf. Von diesen Bezirken liefen am 1. April resp. 1. Mai ab: Essen, Lüdenscheid, Bochum, Dortmund, Unna und Hamm. Zu neuen Verträgen kam es aber nur im Laufe des Frühjahrs in Essen, Gladbeck, Lüdenscheid und Hamm. In Hamm nur zu losen Umladungen durch den Gesellensausfluß. Forderungen waren den Unternehmern zugestimmt in 19 Bezirken. Zu Verhandlungen kam es noch in Bochum im Februar, März und April. In der letzten Sitzung wurde zwar eine Einigung mit den Unternehmern erzielt, die jedoch vom Arbeitgeberbund nicht anerkannt wurde. Die Verhandlungen in Dortmund scheiterten ebenfalls, weil der Arbeitgeberbund sich anmaßte, für den ganzen Industriebezirk die Höchstgrenze der Löhne festzusetzen. In Witten-Gastrop, Siergaa und Unna konnte eigentlich von Verhandlungen keine Rede sein, denn hier teilten die Unternehmer einfach ihre Beschlüsse mit. Bemerkenswert sind die Verhandlungen für den Bezirk Witten-Gastrop, weil hier die Unternehmer nur mit den Christlichen verhandeln wollten, jedoch wurde schließlich auch einer unserer Vertreter zugelassen. Hier wurde sich auch ein frommer Unternehmer darüber, daß die Christlichen auch Verstärkung der Arbeitszeit verlangten. Er meinte, das sei nicht christlich, denn Religion bedeute Arbeit. Ein Ausdruck nach dem Herzen so manchen Zentrumsmannes. An dem ganzen Vorgehen der Unternehmer merkte man die Vorbereitungen für die später folgende Aussperrung im ganzen Industriegebiet. Die Aussperrung werden wir nur sehr kurz herühren, empfehlen aber den Kollegen die demnächst erscheinende Broschüre, die sehr wertvolles Material für die fernere Agitation enthält. Hier wollen wir nur kurz einiges erwähnen. Mit ungeheurer Kamtast ist diese Aussperrung vom Arbeitgeberbund inszeniert, mit den schäblichsten Mitteln ist gekämpft worden, aber das Ziel, die Bauarbeiterorganisation des Industriegebietes zu vernichten, haben diese Schachmänner nicht erreicht. Doch auch die Großenproben und Großindustriellen hinter dem Arbeitgeberbund standen, ist nicht nur aus den Notizen der Schachmännerpersone, sondern auch aus manchen Äußerungen der Unternehmer selbst hervorgegangen. Wohl nicht mit Unrecht wurde herbegehoben, wenn die Löhne der Bauarbeiter des Bezirks noch weiter steigen würden, dann würden schließlich auch die bisher so geduldeten Arbeiter der Großindustrie unzufrieden mit ihrer Lage, und das wäre der Ruin der deutschen Industrie. Das letztere würde ja nun allerdings nicht der Fall sein, sondern nur der Profit des Unternehmern würde etwas schmälert. Deshalb ging auch das ganze Streben der Unternehmer dahin, die alten Zustände, wo sie bezüglich der Löhne, der Arbeitszeit, der Behandlung der Arbeiter usw. kafften und wahren konnten, wie es ihnen eben beliebt, beizubehalten. Bei der ersten Verhandlung in Siergaa, die unter dem Vorsitz des Regierungspräsidenten von Arnberg stattfand und wo die Herren vom Bund noch rundheraus erklärten, in Gegenwart der Zentralvorstände der einzelnen Organisationen nicht zu verhandeln, wurden uns auch die Ziele der Herren offenbar: Tarifverträge gibt es für die Zukunft nicht mehr, jeder Arbeiter wird nach Leistung bezahlt, die jedesmalige Leistung beurteilen wir aber unsere Polizei.

Auch bei den späteren Verhandlungen vor dem Dortmund-Gewerbegericht wurde noch derselbe Ton angeschlagen, wenn auch nicht mehr so einmütig wie in Siergaa. Auch hier noch erklärte Herr Fritz-Essen: Wir wollen keine Tarifverträge, wir haben unsere Arbeitsordnungen. Die Löhne setzen wir (also die Arbeitgeber) jedes Jahr fest, und für dieses Jahr ist es geschehen. Die Forderungen der Arbeiter genieren uns durchaus nicht. Schließlich reduzierten wir noch die Löhne. Und Herr Schulze-Dortmund jammerte: „Wir sollen nur immer zahlen, aber nichts mehr zu, sagen haben; es wird uns schließlich nur

nach gestattet, am Lohnstage das Geld nach der Baustelle zu bringen. Auf die späteren Verhandlungen in Essen, die in der Broschüre behandelt sind, wollen wir hier nicht weiter eingehen. Auch die Hilfe der Polizei war den Schachmännern lange noch nicht weitgehend genug, trotzdem a. B. einzelne Beamten jeden, der ihnen nur als Streikposten verdächtig erschien, aus der Nähe des Bahnhofs vertrieben; trotzdem der Bürgermeister von Siergaa durch öffentliche Bekanntmachung das Streikpostenheben überhaupt verbot und der Landrat auf eine Beschwerde dieserhalb erwiderte, er halte das Verbot für gerechtfertigt. Erst auf Beschwerde beim Regierungspräsidenten wurde diese Verfügung durch folgendes Schreiben aufgehoben:

Der Regierungspräsident.  
Z.-Nr. P. P. 3493.

Arnberg, den 28. August 1905.  
Auf Ihre Protokollbescheide vom 8. August d. J. erwidere ich Ihnen, daß ich die dortige Polizeiverwaltung angewiesen habe, das von ihr unterm 20. Juli 1905 erlassene allgemeine Verbot des Streikpostenhebens am Westbahnhof und dessen Umgebung zurückzuziehen.

Ich mache jedoch darauf aufmerksam, daß die Polizeiverwaltung und ihre Organe auf G. und der Regierungspolizeibehörde vom 3. Februar 1900 (M. Bl. S. 179) beauftragt sind, im Einzelfalle gegen Streikposten einzuschreiten, wenn durch deren Verhalten die Sicherheit und Bequemlichkeit auf der öffentlichen Straße gefährdet wird. Ich stelle Ihnen anheim usw.

Eine Unmasse von Verhaftungen, Notierungen, Strafmandaten und Anklagen waren die Folge des Vorgehens der Polizeibeamten, namentlich in Dortmund. Allerdings ist auch eine große Anzahl von Freisprechungen erfolgt, aber auch einzelne schwere Strafen sind verhängt.

Mit den Christlichen wurde der Kampf ziemlich einmütig geführt. Einige Seitenstränge waren aber auch hier wieder zu verzeichnen. So wurde u. a. auf einer gemeinschaftlichen Konferenz am 8. Juni eine Resolution einstimmig angenommen, worin es u. a. heißt: „Bei allen Fragen, die den gemeinsamen Kampf betreffen, besonders bei Einleitung und Führung von Unterhandlungen, Abschießung von Verhandlungen, ist nur nach gegenseitigem Uebereinkommen zu handeln.“ Einige Tage später veröffentlichte darin die „M.-B. Btg.“ eine Notiz, wonach die christliche Organisation den Regierungspräsidenten in Arnberg um seine Vermittlung ersucht habe. In der nächsten Sitzung der Sechserkommission gaben dann auch die Vertreter der Christlichen zu, daß am Tage nach der obigen Beschlusfassung ihr Zentralvorstand in Wiesbaden und der Vorsitzende der Dortmunder „Zustelle“, Erhardt, nach Arnberg gefahren und beim Regierungspräsidenten vorstellig geworden seien.

Die Unternehmer wurden natürlich desto übermütiger, weil sie diesen Schritt nur als Furcht vor der den Bauarbeitern angebotenen allgemeinen Aussperrung bezeichneten. Dazu kam noch, daß zu gleicher Zeit in den Zentrumsblättern des ganzen Bezirks ein Aufruf der christlichen Arbeiterführer und Gemeindeführer erschien, der „an die christlichen Arbeiter und Freunde derselben im rheinisch-westfälischen Industriebezirk“ gerichtet war und zu moralischer und vor allem finanzieller Unterstützung der Aussperrung aufforderte. Auch hierüber jubelten die Unternehmer, indem sie nun darauf hinwiesen, daß die Arbeiterorganisationen ja keine Mittel hätten, um den angeordneten Kampf längere Zeit zu führen. Wenn nun die Unternehmer sich hierin auch getäuscht haben, so hat doch ungewissheitlich dies Vorgehen ihren Mut gekürzt und den Kampf sehr in die Länge gezogen. Auch wurde von den Christlichen auf der obigen Konferenz, sowie später noch behauptet, daß ihre Organisation weit stärker von der Aussperrung betroffen sei, wie die Zentralverbände der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter zusammen. Ja, in einem von den Christlichen am Anfang Dezember herausgegebenen Flugblatt heißt es sogar: „Kollegen! Waren wir es nicht in der letzten Aussperrung, die bereits zu drei Vierteln organisierten christlichen Bauhandwerker von Rheinland und Westfalen, die unter der Aussperrungsbaut der Unternehmer zu leiden hatten und die freien Gewerkschaften nur zu einem Drittel? Daß die Christlichen hier, wie es gewöhnlich bezüglich ihrer Mitglieder geschieht, gewaltig übertrieben haben, mögen folgende Zahlen beweisen:

Es zahlten für Streikunterstützung:	
Zentralverband der Maurer	M. 111071,14
„ „ „ „ „ „ „ „	23048,96
„ „ „ „ „ „ „ „	20416,55
Zusammen	M. 154556,65
Die Christlichen für Maurer	M. 87042,46
„ „ „ „ „ „ „ „	2136,10
„ „ „ „ „ „ „ „	2070,27
Zusammen	M. 91248,83
Für Streikunterstützung an Streikende:	
Zentralverband der Maurer	M. 8109,10
„ „ „ „ „ „ „ „	1158,35
„ „ „ „ „ „ „ „	825,85
Zusammen	M. 10093,30
Die Christlichen für Maurer	M. 8467,11
„ „ „ „ „ „ „ „	143,80
„ „ „ „ „ „ „ „	286,60
Zusammen	M. 8867,01
Für Fortschaffung Zugereister:	
Zentralverband der Maurer	M. 3574,69
„ „ „ „ „ „ „ „	723,69
„ „ „ „ „ „ „ „	457,85
Zusammen	M. 4756,23
Die Christlichen für Maurer	M. 1415,85
„ „ „ „ „ „ „ „	88,25
„ „ „ „ „ „ „ „	14,20
Zusammen	M. 1518,-
Für Fernhaltung des Zugereister:	
Zentralverband der Maurer	M. 4246,57
„ „ „ „ „ „ „ „	998,90
„ „ „ „ „ „ „ „	126,18
Zusammen	M. 5371,65



Die Christlichen für Mauer	M.	4584,64
Bauhilfsarbeiter		40,70
Zimmerer		

Zusammen	M.	4575,84
Die Gesamtausgaben der Zweigvereine resp. Baustellen für die Ausperrung betragen:		
Für den Zentralverband der Mauer	M.	148957,91
Bauhilfsarbeiter		27951,32
Zimmerer		22890,27
Zusammen	M.	194239,50

Für den christlichen Verband insgesamt		109025,90
Also ein Mehr für die freien Verbände von	M.	86213,60

Bemerkte sei allerdings, daß uns die Abrechnungen einiger kleinerer Baustellen des christlichen Verbandes fehlen, so daß sich ihre Gesamtausgaben vielleicht noch um ein paar Tausend Mark erhöhen, aber immerhin muß man die Kühnheit dieser Leute bewundern, daß sie noch heute damit haushieren gehen, sie seien stärker an der Ausperrung beteiligt gewesen wie die freien Verbände, und ihnen sei hauptsächlich der Erfolg zu verdanken. Das Mehr der Streikunterstützung von M. 83.307,32, das die freien Verbände ausgegeben haben, beweist doch, daß diese es gewesen sind, die Leute, die zur Durchführung des Kampfes nötig waren, am Orte behalten haben, denn die Streikunterstützung war in beiden Organisationen gleich hoch.

Ebenso kommt es bei Lohnkämpfen doch hauptsächlich auf die Fernhaltung des Zugewinns und die Fortschaffung der Zugewinne an; auch hier haben die freien Verbände über M. 5000 mehr ausgegeben wie die Christlichen, während merkwürdigerweise die Streikunterstützung an abgewiesene Streikende ziemlich gleich ist. Bemerkte sei noch, daß der Zentralverband der Mauer auch circa M. 5000 Streikunterstützung an verarbeitete Kollegen gezahlt hat, wogegen die Christlichen diese Unterstützung nicht haben. Diese Summe ist aber in den obigen Kosten nicht enthalten.

Die Einnahmen sehen sich in den Hauptposten folgendermaßen zusammen: Freie Verbände: Hauptkassengelder M. 171.554,83, christlicher Verband M. 94.067,57. Aus den Kassa-Einnahmen: Freie Verbände M. 6755,95, christlicher Verband M. 966,73. Beiträge der Arbeiter: Freie Verbände M. 14.964,70, christlicher Verband M. 12.067,15. Auf Listen gesammelt: Freie Verbände nichts, christlicher Verband M. 1700. Hierbei ist bemerkenswert, daß die Beiträge der in Arbeit stehenden christlichen Mitglieder beinahe dieselbe Höhe erreichten, wie die der freien Verbände, obgleich die Aufgabe der letzteren, wie schon angeführt, um M. 85.213,00 niedriger sind.

Gleich zu Beginn des Jahres wurde eine Anzahl unserer Mitglieder, annähernd 300, durch den Vergarbeitsvertrag in Mitleidsenschaft gezogen, worüber circa M. 7500 Unterstützung gezahlt wurden. Ebenso wurden wir durch den Streik der Bauarbeiter in Hamm in Mitleidsenschaft gezogen. Außerdem hatten wir eine ganze Anzahl von Sperren gegen einzelne Unternehmer durchzuführen, meistens wegen nicht Einzahlung der Beiträge. Die meisten dieser Sperren waren nur von kurzer Dauer und endeten mit vollem Erfolge.

Die Erfolge der Lohnkämpfe und der Organisation im letzten Jahr sind möge das Ergebnis der Statistiken vom Jahre 1900 und 1905 veranschaulichen. Die Statistik von 1900 erstreckte sich über 78 Lohnbezirke mit 181 Orten; in diesen waren 931 Unternehmer vorhanden, die 1307 Poliere, 1468 Maurer und 1212 Lehrlinge beschäftigten. Von den Gesellen waren 1214 Ausländer. Die vorjährige Statistik umfaßte 95 Lohnbezirke mit 269 Orten. Diesmal sind zu verzeichnen 1425 Unternehmer, die 1895 Poliere, 17.880 Gesellen, davon 1519 Ausländer, und 1508 Lehrlinge beschäftigten. Stundenlöhne wurden gezahlt:

Stundenlohn:	27	28	30	31	32	33	34	35	36	37
Gesellen 1900:	1	1	3	6	16	18	32	141	247	213
Gesellen 1905:	—	—	4	5	158	6	21	178	121	80
Stundenlohn:	38	39	40	41	42	43	44	45	46	48
Gesellen 1900:	1013	626	1827	821	2163	2650	1875	1712	123	
Gesellen 1905:	207	27	483	64	315	257	832	1846	735	
Stundenlohn:	47	48	49	50	51	52	53	54	55	56
Gesellen 1900:	100	23	—	—	—	—	—	—	—	—
Gesellen 1905:	610	2230	1913	1667	2827	164	2632	9	200	14

Im Vorjahre sind Löhne unter 42 3 nur noch in den abgelegenen Gegenden des Sauerlandes und des Münsterlandes, wo wir noch keine Organisation haben, gezahlt worden. Ebenso ist auch dort noch die längste Arbeitszeit zu verzeichnen. Die meisten dieser Orte sind aber in der Statistik von 1900 nicht enthalten. Wenn man diese Zahlen gegenüberstellt, ist ja eine bedeutende Besserung zu verzeichnen. Aber immerhin bleibt noch viel zu wünschen übrig. In die geregelten Verhältnisse, wie sie durch den Vertrag geschaffen sind, kann sich der größte Teil der Unternehmer, aber auch ein Teil der Arbeiter, noch durchaus nicht gewöhnen. Namentlich mit der festgesetzten Arbeitszeit während der Wintermonate hapert es noch sehr. Es muß mehr als bisher in allen Zweigvereinen darauf hingewirkt werden, daß namentlich die Arbeitszeit, aber auch alle sonstigen Punkte des Vertrages strikte innegehalten werden. Auch die vorgesehene Schlichtungskommissionen funktionieren in den meisten Bezirken durchaus noch nicht.

Am Schlusse des Jahres hatten die Unternehmer in einer Anzahl von Bezirken ihre Mitglieder zu der Kommission überhaupt noch nicht gewählt, trotzdem schon im Oktober und November seitens der Arbeiter Emissionen der Kommissionen beantragt waren. In den Kreisen der Unternehmer geht das Streben dahin, die Gewerbevereine in sämtlichen Streitfragen ganz auszuscheiden und alle Sachen in den Schlichtungskommissionen zu erledigen. Die Gewerbevereine in Hagen und Gumborn hatten sich denn auch schon für unzuständig erklärt. Auf eingeleitete Beschwerden haben sie jedoch ihren Standpunkt geändert.

Die Mitgliederzahl hat natürlich unter der Ausperrung sehr gelitten; eine Steigerung ist nur im 1. und 4. Quartal zu verzeichnen. Sie betrug:

1901	1902	1903	1904	1905
im 1. Quartal	—	1140	2333	4866
2.	1566	1892	2753	7624
3.	1550	2165	3628	7629
4.	1058	1473	2978	4882
				1655

# Der Umsatz an Beitragsmarken betrug:

	1901	1902	1903	1904	1905
1. Quartal	—	4091	9468	16266	38226
2. "	15901	17805	24613	72248	83235
3. "	16749	24973	36325	91620	75633
4. "	12821	17720	32323	56453	64918
Insgesamt:	45471	64089	102727	236581	257102

Die durchschnittliche Mitgliederzahl betrug demnach 1902: 1902, 1903: 2568, 1904: 5912, 1905: 6427 bei 40 vollgezählten Wochenbeiträgen. Die Zahl der Neuaufnahmen betrug diesmal 5970, also 1478 weniger als 1904. Die meisten Aufnahmen hatte diesmal Essen mit 553, dann folgt Dortmund mit 513, Ruhrort mit 729, Hagen mit 647, Bochum mit 591, Gelsenkirchen mit 514, Herne mit 487, Mülheim-Oberhausen mit 264, Duisburg mit 224, Münster mit 150, Unna mit 120, Görde mit 110, Hamm mit 104, Südenscheid mit 97, Witten mit 87, Schwerte mit 85, Warstein mit 34, Zierlohn mit 34, Pöppel mit 24, Rheine mit 19, Bocholt mit 14, Mettenberg mit 10. Mit Ausnahme von Gelsenkirchen, Südenscheid, Mülheim-Oberhausen, Schwerte, Unna, Warstein, Witten, Borgforth ist die Mitgliederzahl gestiegen. Der Rückgang in Gelsenkirchen ist auf die Abgabe eines Teiles des Zweigvereinsgebietes an Herne-Mettlinghausen zurückzuführen. Die größte Steigerung am Jahreschlusse hatte Dortmund mit 446, dann folgt Hagen mit 355, Bochum mit 252, Herne mit 242, Ruhrort mit 197, Essen mit 110 usw. Die Zahl der wieder verloren gegangenen Mitglieder ist immerhin noch sehr groß. Leider lassen sich hierüber noch immer keine genauen Angaben machen, weil sogar große Zweigvereine, wie Dortmund und Essen, dieselben aus den Quartalsberichten häufig unterlassen und auch ein großer Teil unserer Mitglieder die Ans- und Abmeldungen noch immer unterläßt. Wir wollen auch an dieser Stelle die Zweigvereins- und Baustellenleiter ersuchen, mehr als bisher den § 15 des Statuts zu beachten.

Die Zahl der Zweigvereine ist um zwei geringer wie im Vorjahre. Mehrere ist an den Gau Cassel abgetreten und Mülheim und Oberhausen sind zu einem Zweigverein vereinigt, während der Zweigverein Soest wieder aufgelöst ist. Alle Bemühungen, die dortigen Mauer zum Anschluß an den Verband zu bewegen, sind bisher gescheitert. Die dortigen Unternehmer werden offensichtlich bald dafür sorgen, daß auch diese Mauer zum Nachdenken kommen. Neugegründet ist der Zweigverein Bocholt; doch auch hier müssen unsere Mitglieder mehr auf dem Posten sein, wenn die dort noch recht traurigen Verhältnisse gebessert werden sollen. Die Zahl der Baustellen ist von 39 auf 47 gestiegen. Außerdem haben wir jetzt fünf Sektionen der Pfleienleger. Wie die Verhältnisse hier liegen, werden noch einige kleinere Zweigvereine den größeren als Baustellen angegliedert werden müssen. Die Zahl der Sozialbeamten ist jetzt auf acht gestiegen. Durch die jetzt geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse wird auch die Mitgliederzahl stabiler und dadurch auch die Buch- und Kassenführung erleichtert und besser. Unregelmäßigkeiten waren leider auch im Berichtsjahre in einigen Baustellen zu verzeichnen. Einige Zweigvereinsvorstände müssen wir dringend ersuchen, sich bezüglich der Abrechnungen und Quartalsberichte etwas mehr Pünktlichkeit anzueignen.

Die Agitation ist während des ganzen Jahres recht reger gewesen. Die Zahl der öffentlichen Versammlungen ist namentlich während der Ausperrung sehr groß gewesen, mitunter 10—12 an einem Tage, natürlich meistens gemeinsam mit den Christlichen. Ebenso haben während dieser Periode eine ganze Anzahl Konferenzen stattgefunden. Das vom Hauptvorstand herausgegebene Flugblatt hat wieder gute Dienste geleistet, nur hat es an manchen Orten an der planmäßigen Verbreitung gemangelt. Im sogenannten Münsterland sowie auch im Sauerland ist es immer noch nicht möglich, Lokale zu Versammlungen, ja selbst zu Vorpredigten zu erhalten. Im Mettinghauser Bezirk haben auch Polizeibeamte ihr Möglichstes getan, um uns die Lokale abzutreiben, aber trotz alledem geht es auch dort vorwärts. Auch die Zahl der Referenten innerhalb des Bezirkes ist erfreulicherweise wieder gewachsen, so daß wir diesmal im Stande waren, den Zweigvereinen für die Wintermonate 12 Referenten mit 41 verschiedenen Thematika zur Verfügung zu stellen. Wenn auch etwas mehr Gebrauch hier von als im Vorjahre gemacht ist, so müssen doch die Vorstände noch weit mehr darauf bedacht sein, gerade während der Wintermonate mehr für die Auffklärung unserer Mitglieder zu tun als bisher. Besondere ist es, daß wir heute noch viele Mitglieder haben, die nur Vorträgen über Lohnkämpfe usw. Interesse entgegenbringen, alles übrige aber für überflüssig erklären. Dies muß noch während der Vertragsdauer anders werden.

Der Bauarbeiterkampf liegt noch immer sehr im argen, obgleich auch hier an einigen Orten eine kleine Besserung zu verzeichnen ist. Wir hatten zu Beginn des Jahres an die einzelnen Zweigvereine Formulare verandt, um die Zahl der in den einzelnen Bezirken vorgekommenen Unfälle einmal festzustellen. Leider sind diese Formulare, trotz mehrfacher Mahnung, nur aus Bochum, Hamm, Südenscheid, Görde, Ruhrort und Witten zurückgeliefert. Aus diesen 6 Orten werden allein 70 Unfälle gemeldet, davon 13 tödlich. Ungeachtet geht die Regierung in Arnberg jetzt etwas schärfer vor. So verlangte sie von der Stadtverwaltung Dortmund die Anstellung eines Bauteilkontrolleurs. Die Stadtverordneten Dortmunds lehnten die Anstellung ab und erklärten, wenn die Regierung den Beamten für nötig halte, möge sie auch das Gehalt bezahlen. Die Regierung hat nun die zwangsweise Einstellung des Gehaltspostens in den Etat verlegt, wogegen die Stadtverwaltung den Klageweg beschritten hat. In diesem Beispiel sehen unsere Kollegen, daß sie selbst für die Durchführung des Bauarbeiterkampfes und für Besserung auf diesem Gebiete eintreten müssen.

An Korrespondenz war zu verzeichnen: Eingang: 638 Briefe, 691 Karten, 58 Telegramme, 12 Postanweisungen, 43 Pakete, 117 Drucksachen, in Summa 1467 Sendungen. Versand: 283 Briefe, 643 Karten, 138 Telegramme, 6 Postanweisungen, 110 Pakete, 61 Drucksachen, in Summa 1791 Sendungen.

An anderen Organisationen kommt nur die christliche in Betracht, die nach dem Jahresbericht ihres Sekretärs Schmidt-Vogum, natürlich über einen weit größeren Bezirk als der unsere, 7713 Mauer, zu ihren Mitgliedern zählen will. Genaue Angaben über Markenverkauf usw. werden, wie immer von dieser Seite, auch hier natürlich bemerkt gemacht.

Ueber ihre Stellung zu unserem Verbands sagt Schmidt in seinem Bericht, sie sei nach Lage der Dinge vollständig bestiebig. „Denn“, sagt er, „sie bekämpfen uns, wo sie nur können, verleumben uns, wo sie ihnen nur Gelegenheit bietet, sprechen uns die Eristenzberechtigung ab und suchen uns zu brüden, wo sie nur eine Spur von Gelegenheit bemerkt macht.“

Wir können umgekehrt genau dasselbe sagen, nur müssen wir offen gestehen, daß wir auf dem Gebiete der Verleumdung weit hinter den Christlichen zurück sind. Als „Eristprobe“ führt Sch. dann die Wahl der Sekretarmission zu Beginn der Ausperrung an, wo unserer drei Vertreter beansprucht wurden, während den Christlichen nur einer zugestanden werden sollte. Die Sache war doch ganz natürlich. Unserer kamen drei Organisationen in Betracht, und von Seiten der Christlichen doch nur eine, und merkwürdigerweise wird jetzt von dem, was damals hauptsächlich von den Christlichen ins Feld geführt wurde, sie seien stärker an der Ausperrung beteiligt als wir, kein Wort mehr gesagt. Die von uns angeführten Zahlen beweisen ja auch das Gegenteil. Wenn uns dieserhalb „Großprediger“, „Selbstüberhebung“ usw. vorgeworfen wird, so wird jeder, der die Verhältnisse sachlich betrachtet, sagen müssen, daß diese uns angebotenen Untugenden gerade auf der anderen Seite zu verzeichnen sind.

Der Arbeitgeberbund zählt jetzt circa 30 Ortsgruppen in unserem Bezirk. Aber trotz der eifrigsten Agitation und trotz des größten Terrorismus während und nach der Ausperrung steht doch noch ein sehr großer Teil der Unternehmer dem Verbands fern. Immerhin hat der Arbeitgeberbund im letzten Jahre sehr große Fortschritte gemacht. Diese, sowie die Entwicklung des christlichen Verbandes, müssen unseren Mitgliedern ein Ansporn zu immer regerer Agitation sein. Die Statistik hat uns gezeigt, daß noch eine sehr große Anzahl Mauer zu organisieren ist. Deshalb auf zu erneuter Arbeit, auf zu erneuten Erfolgen!

## Die Jahresabrechnung gestaltete sich folgendermaßen:

Einnahme.	
An Kassenbestand vom Vorjahre	M. 2668,48
Beiträge laut Statut vom Verbandsvorstand	2729,53
Anlagen für Streikleistung zurück	2130,35
Beiträge der Zweigvereine	1303,80
sonstigen Einnahmen	277,67
Summa	M. 10109,83
Ausgabe.	
Für Beamtengehalt	M. 1969,—
entlangenen Arbeitsverdienst anderer Kollegen	515,92
Däten	1943,40
Fahrtgeld	1403,25
Druckkosten	826,95
Posto und Extrapostmaterial	251,80
Bureaumiete, Utensilien, Licht, Reinigung	261,35
Besuchungsbeitrag	44,87
Zeitungsbörsen	37,46
Entschädigung des Kassierers	24,—
Anteil an der Ausperrungskleidung	816,70
sonstigen Ausgaben	133,70
Summa	M. 8219,40

## Bilan.

Einnahme	M. 10109,83
Ausgabe	8219,40
Kassenbestand	M. 1890,43

Friedr. Pfaffenberg, Kassierer.

Die Revisoren: Th. Suhn, J. Fauer.

Der Gauvorstand, J. M. F. Pahl.

## Gau Hamburg.

Das Jahr 1905 ist für den Organisationsbezirk Hamburg bezüglich der Bautätigkeit als ein außerordentlich günstiges zu bezeichnen. Fast in allen Zweigvereinsbezirken war während des ganzen Jahres eine lebhafteste Nachfrage nach Arbeitskräften vorhanden. Eine Ausnahme hiervon war nur in wenigen, namentlich rein ländlichen Gebieten zu beobachten. Es war auch dann kaum eine Änderung in diesem Verhältnis eingetreten, als man in Anbetracht der vorgerückten Jahreszeit damit zu rechnen hatte, daß durch eintretendes Frostwetter der Bautätigkeit ein natürliches Ende bereitet werden könnte. Ebenjenseitig über die eigenartige Lage des Gebiets in dem letzten Viertel des Jahres einen hemmenden Einfluß auf den Stand der Bautätigkeit aus. Als die Reichsbahn ihren Dienst in dem kurzen Zeitraum vom 11. September bis zum 11. Dezember, also innerhalb dreier Monate, um volle 3 pSt., von 3 auf 6 pSt. erhöhte, war auch da von einem wesentlichen Rückgang der Bautätigkeit im ganzen Gau keine Rede. Nur in Hamburg soll sich, nach einigen unkontrollierbaren Angaben, im Monat September Arbeitslosigkeit im geringen Maße bemerkbar gemacht haben. Es ist aber anzunehmen, daß weniger der Rückgang der Konjunktur als vielmehr der außerordentliche Zufluss aus allen Himmelsrichtungen für eine kurze Zeit das Angebot der Arbeitskräfte so vermehrte, daß ein Ueberfluß entstand. Hierfür spricht auch die umfängliche Statistik, nach der, wie aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich ist, gerade in den Monaten September und Oktober die meisten Bauten im Jahre fertiggestellt wurden.



Monat	Mitglieder zu Beginn	Neuzugänge	Abgänge	Verbleibend	Beiträge zu Beginn	Beiträge zu Ende	Beiträge zu Ende	Beiträge zu Ende	Beiträge zu Ende	Beiträge zu Ende
Januar	26	4	34	5	4	73				
Februar	26	4	29	1	5	64				
März	115	8	29	5	14	171				
April	125	4	28	1	15	173				
Mai	29	10	24	5	10	78				
Juni	50	5	17	9	14	95				
Juli	56	11	26	4	8	105				
August	50	9	15	1	10	85				
September	186	16	63	8	41	324				
Oktober	131	21	39	5	11	207				
November	72	9	80	—	11	122				
Dezember	59	7	24	4	11	105				
Summa	935	108	358	47	154	1602				

Die beiden größten Städte im Gau, Hamburg und Kiel haben wohl kaum zuvor eine bessere Konjunktur im Baugewerbe gesehen. Eine besondere und auffallende Ausnahme betrifft die Konjunktur, welche die Fabrikstadt Rummelsburg, in der für das Berichtsjahr die Bau- tätigkeit ziemlich lahmgelegt hat.

#### Lohnbewegungen.

Sind in keinem Jahre in solchem Umfange im Gau zu verzeichnen gewesen, als in dem vorliegenden Jahre. Die Steigerung der Lebensmittelpreise — namentlich die außerordentlich hohen Fleischpreise — einerseits und die außerordentliche Konjunktur andererseits haben ihr gutes Teil dazu beigetragen, daß überall die Kollegen den Versuch machten, ihre Lebenshaltung durch kleine Lohn- erhöhungen zu verbessern. Neben der Steigerung des Arbeitslohnes wurde noch besonderes Gewicht auf die Ver- minderung der Arbeitszeit gelegt.

Im ganzen waren es 38 Zweigvereine, vier Bezirksstellen und die Sektionen der Plattenleger (Ziegeleier) und Zementierer in Hamburg, die sich in der Lohnbewegung befanden. Die Hamburger Bewegung, bei der es sich um eine Lohnerhöhung von 5  $\frac{1}{2}$  pro Stunde handelte, wurde zu Gunsten der Kollegen durchgeführt, was bei der ungeheuren Nachfrage nach Arbeitskräften nicht zu verwundern war. Die Unternehmer waren in Hamburg für eine Lohn- erhöhung leicht zu gewinnen, da bei der hier herrschenden Arbeitslosigkeit in den Spekulationsbauten in Wirklichkeit ein weit höherer Lohn erzielt wird. Es handelt sich hier nur um eine höhere Abschlagszahlung von 5  $\frac{1}{2}$  pro Stunde. Die Arbeiterpreise sind keineswegs gleichzeitig mit der Erhöhung des Stundenlohnes gestiegen. Alle Vorteile, die den Kol- legen durch die gute Konjunktur geboten sind, werden durch die Arbeitslosigkeit hinfällig. Wir wollen in dem vorliegenden Bericht nicht das Klagebild vom vorigen Jahre vollständig wiederholen, sondern uns darauf beschränken, anzudeuten, daß es nicht besser geworden ist, sondern schlimmer. Alles Neben und Schreien gegen den besagten Zustand, den die Arbeiter herbeigeführt, ist nutzlos; man predigt tauben Ohren. Das Jagen und Kassen nach möglichst hohen Arbeitsüberschüssen tötet jede ideale Bewegung bei der Mehrzahl unserer Kollegen. Nur wenige übersehen die Situation mit klarem Blick und den- ken betreten Sinnes an die Folgen, die ein solcher Miß- stand der menschlichen Arbeitskraft zeitigen muß. Der Bauvorstand wiederholt darum seine Mahnung: Fort mit der Arbeitslosigkeit und her mit dem acht- stündigen Arbeitstag!

Die Einführung eines Stundenlohnes von 75  $\frac{1}{2}$  pro Stunde im Zweigverein Hamburg hatte zur Folge, daß die Kollegen in einer ganzen Anzahl von Orten es nun auch an der Zeit hielten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. In einigen Orten bestanden schon dementsprechende Abmachungen, daß bei einer etwaigen Lohn- erhöhung in Hamburg auch in diesen Orten eine Lohn- erhöhung eintreten solle. In anderen Zweigvereinen war man im Frühjahr mit der Forderung abgewiesen; aber man hatte aus guten Gründen die Bewegung hinausgeschoben. Nachdem aber in Hamburg die Bewegung beendet war, hielt man es an der Zeit, etwas energischer gegen die Unternehmer vorzugehen.

Die Bewegung in Kiel verdient wohl am meisten Beachtung. Wenn die Hamburger Bewegung auch den Meisten eröffnete, und zum Teil auch Kiel unter der Nach- wirkung des Hamburger Erfolges stand, so ist die Bewe- gung in Kiel doch viel reichhaltiger an interessanten Einzelheiten. Nach dem verlorenen Kampf im Jahre 1902 mußte der Gesellensausgleich in Kiel einen von der Innung einseitig aufgestellten Vertrag unterzeichnen. Der Vertrag sollte für die bei Kieler Innungsmeistern beschäftigten Maurer und Zimmerer Gültigkeit haben vom 25. Juli bis zum 21. Dezember 1903, mit der Maßgabe, daß die in diesem Vertrage festgesetzten Löhne auch über diese Zeit hinaus, und zwar bis zum 31. März 1905, gegült werden sollten, wenn ein anderseitiger Vertrag nicht zu Stande kommen würde. Die Kieler Innung wollte mit der Organisation der Gesellen resp. deren Vertreter nicht ver- handeln, so mußten wohl oder übel die Kieler Kollegen sich mit den Abmachungen durch den Gesellensausgleich zu- frieden geben. Es ist dann auch nach den Bestimmungen des Vertrages bis zum Frühjahr 1905 gearbeitet worden. Einige Innungsmeister ließen sich wiederholt gefügigen, die Bestimmungen des Tarifs zu verletzen, doch wurde immer- seits der Arbeiter nach Möglichkeit versucht, den Frieden aufrechtzuerhalten, bis im Monat Mai des Berichtsjahres eine kleine Anzahl unserer Kollegen mit dem nicht der Innung angehörenden Unternehmer B. Mohr in Dis- senz geriet. Die Ursache dieser Differenzen war die versprochene Ausfertigung eines Arbeitsvertrages. Dieses Versprechen wollte der Unternehmer nicht erfüllen. Diese Angelegenheit war durchaus nicht mit dem Tarif in Zu- sammenhang zu bringen. Der Innungsvorstand benutzte diese Sache aber sofort, um den organisierten Kollegen „ein-

auszuweisen“. Statt sich in der Angelegenheit neutral zu verhalten, nahm der Innungsvorstand sofort Partei für den der Innung sonst fernstehenden Unternehmer Mohr und verbande an alle Mitglieder der Innung schwarze Listen, wodurch die Kieler Unternehmer gezwungen wurden, die Leute, die bei Mohr gearbeitet hatten, in Arbeit zu stellen. Es wurde hier seitens des Innungsvorstandes ein Verfahren beliebt, auf das die richtige Antwort ge- wesen wäre, den Vertrag, den die Innung mit ihrem Aus- schuß abgeschlossen hatte, nicht länger als maßgebend an- zuerkennen und den Unternehmern einen neuen Tarif zu unterbreiten; auf die Gefahr hin, daß es hierdurch zum offenen Kampfe kommen würde. Doch unsere Kollegen in Kiel waren anderer Meinung. Sie wollten so lange wie möglich mit der Innung in Frieden leben. Als die Innung eintrat, daß es durch ihr unqualifizierbares Vor- gehen zum Kampf kommen könne, gab der Innungsvorstand eine Erklärung ab, daß die schwarzen Listen zurückgezogen seien. Hiermit gaben sich die Kieler Maurer wieder zu- frieden. Die alte Ruhe wurde allerdings nicht völlig wiederhergestellt; einen offenen Kampf mit der Innung suchte man aber immer zu vermeiden. Als man dann aber später Kenntnis davon erhielt, in welcher Weise die Innung sich zu einem Kampfe rüstete, den Versuch machte, die außerhalb der Innung stehenden Unternehmer zu organisieren, mit den Piesentenen Verträge abzuschließen, um eine Materialperre vorzubereiten, und als aus allen Himmelsrichtungen die Mitteilung kam, daß die Unter- nehmer in Kiel Maurer nach dort suchten, nahm man end- lich Stellung zu diesem eigenartigen Gebaren. Am 7. Juli beschloß eine außerordentlich stark besuchte Mit- gliederversammlung, das alte Lohn- und Arbeitsverhältnis mit der Innung auch noch ferner bestehen zu lassen. Damit aber etwas in der guten Konjunktur unternehmen würde, solle der Versuch gemacht werden, bei den außerhalb der Innung stehenden Unternehmern die neunstündige Ar- beitszeit einzuführen und den Stundenlohn von 60 auf 65  $\frac{1}{2}$  zu erhöhen. Ferner wurde beschlossen, diese Forderung eventuell durch partielle Streiks zur Durchführung zu bringen. Wieder war es der Innungsvorstand, der sich hier als Anwalt für die — sonst von ihnen als „Pau- löwen“ gekennzeichneten — Unternehmer auftrat. Es wurden die „Unternehmer ohne Befähigungsnachweis“ durch alle möglichen Verprechungen und auch — nicht zum kleinsten Teil — durch Drohungen scharf gemacht, die Forderung nicht zu bewilligen, und als dieses Vorgehen dann in ausgiebiger Weise gescheitert hatte, wurden die auf den Leim gegangenen Arbeiter durch hohe Konventional- strafen verpflichtet, an den Abmachungen der Innung fest- zuhalten. Als alle Vorbereitungen der Innung beendet- stellt waren, hielt es ihr Vorstand an der Zeit, offen den Gesellen den Krieg zu erklären. Am 10. Juli wurde allen Maurern und Zimmerern ein Revers zur Unterschrift unter- breitet, nach dem sie sich verpflichten sollten, den Tarif der Innung bis zum Jahre 1907 anzuerkennen. Dieser Re- vers wurde von fast allen Unternehmern vorgelegt, ob- wohl Mitglied der Innung oder nicht. Wer die Unterschrift ver- weigerte, wurde ausgespart. Durch dieses Vorgehen der Unternehmer lagen am 11. Juli alle Maurer- und Zimmer- gesellen Kiels auf dem Straßenpflaster. Dieser Vorgang bietet an und für sich auch nicht viel Absonderliches, sondern derselbe Vorgang hat sich in ähnlicher Weise wohl schon oft wiederholt. Das Verwunderliche an der Sache aber ist, daß die Unternehmer sich ein solches frivoles Vorgehen erlauben konnten bei einer Bautätigkeit, wie sie in Kiel wohl noch nie dagewesen ist. Alle Staats- und Kommunal- bauten, wie auch die außerordentlich vielen Privatbauten, ganze Straßenzüge mit angefangenen Neubauten, alles ruhte. Allen voran war es die Kieler Stadtverwaltung, die unterworfen einseitig für die Unternehmern Stellung nahm. Letztere und ihre Hintermänner waren vollständig davon überzeugt, daß sie im Einklang mit dem Ma- gistrat und den Behörden handelten, wenn sie sich als Ziel gesetzt hatten, alle Gesellen nach Verlegung der Ar- beitszeit ein für allemal zu ertöten — ohne sich um Recht und übernommene Verpflichtungen zu kümmern. Der Kampf wurde in der schärfsten Weise geführt und dauerte vom 11. Juli bis zum 8. November. Die Unternehmer hatten alles mobil gemacht, wie schon oben erwähnt; nur eins wollte nicht glücken: auswärtige Streikbrecher waren nicht oder doch nur vereinzelt zu bekommen. Die Haltung unserer Kollegen war, abgesehen von taktischen Fehlern, geradezu als musterhaft zu bezeichnen. Selbst die Polizei ließen sich von wenigen Ausnahmen abgesehen, nicht durch weitgehendes Anwerben von den Unternehmern verlocken, Verrat an ihren Arbeitsbrüdern zu üben; alle waren nur von dem einen Gedanken besetzt, den Unternehmern ihre Frivolität gebührend heimzujagen. Von den 1500 Kollegen, die vor der Aussperrung in Kiel arbeiteten, waren mehr als 1000 gleich nach den ersten Tagen abgereist. Unsere Sache hand, hiernach zu rechnen, und in Anbetracht der guten Konjunktur, nicht ungünstig, — doch mußte, im Monat November, als durch die Initiative der Gewerbe- gerichtsbekämpfer Verhandlungen vor dem Gewerbege- richtsamt wurden, ein Vertrag angenommen werden, nach dem zunächst für die alten Bedingungen weiter gearbeitet werden mußte. Es ist allerdings für einen späteren Termin die Verlegung der Arbeitszeit vorgesehen und die Innung außerdem gezwungen worden — die Organi- sation anzuerkennen, aber der Erfolg ist hinter den Er- wartungen der Kieler Kollegen zurückgeblieben. Und mit Recht hatte der bemühte Opfermann einen besseren Preis zu erwarten. Die Ursache für diesen nicht allzu günstigen Abschluß vollständig klarzulegen, würde hier etwas zu weit führen. Im allgemeinen darf man zu den Ursachen wohl mit hinzurechnen, daß bei der spärlichen Entlohnung zur Großstadt — in Kiel ist von 1900 bis 1905 die Bevölkerungs- zahl um 34,36 Proz. gestiegen, und zählte am 1. De- zember 188 687 Einwohner — die Kieler zu wenig den Spielbürger abgetrennt haben. Weiter zeigen damit auch wohl zusammen die von manchen anderen Großstädten ab- weichen Verhältnisse betreffend die Beschäftigung von Kapitalien. Zuletzt darf aber auch nicht verschwiegen werden, daß die Kollegen, trotz ihres tapferen Aushaltens im Kampfe, sich durch ihr eigenes Verhalten in taktischer Hinsicht die Sache selber bedeutend erschwert, haben. Sollen sich wieder unsere Kollegen für die Zukunft aus dem Verlauf dieser Bewegung ihre Lehren ziehen.

Die Lohnbewegung in Hadersleben wollen wir hier deshalben erwähnen, weil es den Unternehmern wider alles Erwarten gelungen war, eine Kolonne Streikbrecher aus Dänemark zu holen. Viele Freude sollten die Herren an dieser Gesellschaft aber nicht haben; denn kaum hatte man die Dänen auf dem Seeboje nach Hadersleben am frühen Morgen hineingeworfen, so schlossen sie sich auch schon den Streikenden an. Außer diesem ist noch be- merkenswert, daß uns die Lohnbewegung in Hadersleben den Beweis gebracht hat, daß die „Freie Vereinigung der Maurer Hamburgs“ als Helfer in der Not bis zur dänischen Grenze herübergehoben ist. Als die Unternehmer kurz vor Beendigung des Streiks aufsteht in der Ratsche laden, wandte sich Herr Paul Christiansen, Inhaber eines der größten Baugeschäfte in Hadersleben, an den Vorsitzenden der Freien Vereinigung mit folgendem Schreiben:

Hadersleben, den 18. August 1905.

Herrn Baugleich

in Hamburg.

Frage hierdurch ergeben sich, ob es der Freien Verei- nigung der Maurer in Hamburg möglich wäre, für mich noch zwei größere Bauten, zusammen circa 300 000 Steine, in Afford auszuführen. Ich bin gern bereit, mit Beiz- nungen und Aufstellungen usw. nach dort zu kommen, um recht baldige Antwort bittend, zeichnet  
Hochachtungsvoll

Paul Christiansen.

Zu welcher Weise diese von Herrn Christiansen an- gebachten Verhandlungen weitergeführt sind, ist uns nicht bekannt; es genügt auch vollständig, hier konstatieren zu können, wie weit in Unternehmertreue die „Freie Verei- nigung der Maurer Hamburgs“ sich ein besonderes An- sehen erworben hat.

Eine Lohnbewegung ganz eigener Art ist in Harburg durchgeführt worden. Zunächst war der Zeitpunkt für den ersten Vorstoß bei den Monat November verfallen wor- den, eine Jahreszeit, die sonst im allgemeinen nicht für den Beginn einer Lohnbewegung günstig ist. In Harburg hatte man aber mit eigenartigen Verhältnissen zu rechnen. Von den vorhergehenden ungünstigen Bewegungen waren noch immer sehr viele unorganisierte Elemente beschäftigt. Vor allem der Inhaber des größten Baugeschäftes, Herr A. Prien, Obermeister der Innung, hat im Sommer ganze Kolonnen schlesischer Maurer in Beschäftigung. Mit diesen Leuten ist wenig oder gar nicht über Organisations- angelegenheiten zu sprechen. Künftig wird darüber ge- wacht, daß die organisierten Kollegen nicht den Versuch machen, die unorganisierten aufzulösen. Der geringste Versuch nach dieser Richtung wird mit Entlassung bestraft. Zum Winter aber ziehen sich die Schlingens des Herrn Prien in ihre Heimat zurück. Nun wollte es der Zufall, daß gerade zur Zeit der Heimreise der Schlinger in Harburg eine reine Bautätigkeit zu verzeichnen war. Namentlich die Firma Prien war mit Aufträgen überhäuft, infolgedessen konnte eine Auswahl der Arbeiter nicht stattfinden, wie es sonst bei dieser Firma üblich ist. Über Mahne- rungen und Schikanierungen der Baubefehlshaber hörten doch nicht auf, und schließlich kam es hierdurch soweit, daß ein Angriff gemacht wurde, um das Recht zu wahren, in den Häusen Agitation treiben zu können; weiter sollte hierbei gleichzeitig eine Lohnerhöhung durchgeführt werden. Diese Forderung wurde aus besonderen taktischen Gründen zu- nächst nur bei Prien eingereicht und gleichzeitig über das Geschäft die Sperre verhängt. Nun wandte sich der Ober- meister Prien in seiner Not an seine Kollegen, und diese beschloßen, ihm zunächst von ihren Bauten einige zur Ver- fügung zu stellen. Aber fast alle Maurer, ohne Ausnahme, weigerten sich, bei der Firma Prien zu arbeiten. Die Folge war Entlassung. Die Entlassenen konnten in Ham- burg untergebracht werden, so daß ganz Harburg schließlich von Arbeitskräften entleert war. Nun ließ man sich auf Verhandlungen ein, und in der vierten Woche nach Ver- hängung der Sperren führten die Verhandlungen zu einer Einigung; der Stundenlohn wurde von 70  $\frac{1}{2}$  auf 75  $\frac{1}{2}$  erhöht und versprochen, an den Lohntagen, wöchentlich Sonnabends, im Sommer eine halbe Stunde früher Feier- abend ohne Lohnabzug zu gewähren.

Somit über unsere Angriffskreise. Nun etwas über die Aussperrung in Jekhoe. Hier haben die Unternehmer sich etwas Besonderes im vorliegenden Sommer geleistet. Die Bauarbeiter haben sich veranlaßt, ihren Forderungen durch einen Streik Nachdruck zu verleihen. Dieses gab dann den Unternehmern die Veranlassung, sämtliche Maurer und Zimmerer trotz des bestehenden Tarifvertrages aus- zusperren. Auf diese Weise wollte die Innung die Maurer- und Zimmerer veranlassen, auf die Bauarbeiter einzu- wirken, damit diese ihre Forderung zurückgeben. Die Herren hatten aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht; unsere Kollegen, sowie auch die Zimmerer, ließen sich solche niederträchtige Handlungsweise nicht ohne weiteres ge- fallen. Die Unternehmer erhielten als Antwort eine Lohn- forderung überreicht. Es wurde nun von den Unternehmern alles ausgeboten, um fremde Arbeitskräfte heranzuziehen; leider war dieses Bestreben auch vom Glück begünstigt, zunächst hatte man eine große Zahl Maurer und Hand- langer, männliche und weibliche, aus Oberhessen nach Jekhoe importiert. Der Oberbürgermeister und die Stadt- vertretung unterstützten die Unternehmer nach besten Kräf- ten. Die einheimischen Arbeiter hatten man rücksichtslos außer Verdict gebracht und für das hergelassene Ge- sindel wurde häßliches Eigentum als Unterpfandsumme bereitgestellt. Trotz aller Fürsorge, die der Unternehmern und ihren Schlingens zu Teil wurde, gelang es doch, die Leute aus Schlesien zu bewegen, den Jekhoeer Staub von ihren Pantoffeln zu schütteln, so daß sie in die Heimat zurückkehrten. Aber dieser Mißerfolg entmutigte die Unternehmer nicht. Statt der Schlinger wurden nun „Kinder des Südens“ herbeigeholt. Diese zweifelhafte Ge- sellschaft aus Italien wirkte sich so sehr wie ein Ingeheuer ein. Von der Aussperrung waren 110 Maurer betroffen; circa 80 Italiener und einige andere kamen an deren Stelle. Wie lieblos die Behörde in Jekhoe sich der italienischen Streikbrecher — die für ganz Deutschland als Randplage auftreten — annahm, kann man daraus sehen, daß ein unserm Verbands angehörender italienischer Kollege, der verurteilt, mit seinen Randpläten zu sprechen, um sie über ihre Handlungsweise aufzuklären, polizeilich festgesetzt wurde und dann einen Stadtverweis erhielt, nach dem er inner-

\* Hamburg vielleicht nach der großen Feuersbrunst im Jahre 1842.



halb-zwei Stunden die Stadt hinter sich haben mußte. Die italienischen Streikbrecher haben sich alles möglich erlaubt, wüste Orgien aufgeführt, Schlägereien und Verfechtungen unter sich und mit den Einwohnern von Jheboe inszeniert, aber keiner von ihnen ist der Stadt vertrieben worden. Es lebe die Gerechtigkeit! Nicht allein die Jheboer Behörden nahmen sich der Unternehmer an, sondern auch die Hamburger Kriminalpolizei benutzte die Auspersperung in Jheboe, um den Streik zu liefern, daß sie alle Zeit auf dem Posten ist, wenn es gilt, für Kapital und Unternehmertum einzutreten. Als der erste Transport „Arbeitswilliger“ aus Schlesien in Hamburg auf dem Bahnhof Altona eintraf, war ich gerade auf dem Bahnsteig, versehen mit einer gültigen Karte, die zu dem Aufnahmestellen berechtigte. Ohne mit jemand ein Wort gewechselt zu haben, und ohne daß ich wußte, was hier vor sich ging, wurde ich von vier bis fünf Beamten in Zivil umringt und aufgeführt, den Bahnsteig zu verlassen. Auf die Frage, was denn vorgehe, und warum man mich verhaften wolle, den Bahnsteig zu verlassen, nahm man mich beim Arm, und unter Mithilfe angelegener Hände wurde ich vom Bahnsteig auf die Straße befördert, nachdem man mir gewaltsam und widerständig ohne Entschädigung meine Karte abgenommen hatte. Der Herbeigehende in Hamburg zur Zeit des Sozialistengesetzes sehr bekannte — Oberwachmeister erklärte mir später, die Ursache der mit widerwärtigen Behandlung sei, daß ich auf Befunden eines Beamten den einen Platz verlassenen Wagen, mit Streikbrechern besetzt, verdrängt angesehen hätte; höflich setzte der Oberwachmeister hinzu, wenn ich mit der Umkleekasse der Hamburger Kriminalpolizei nicht einverstanden wäre, dann solle ich Beschwerde einreichen. Seit russische Zustände in der „Freien Stadt“ Hamburg!

Die Auspersperung in Neumünster war ebenfalls sehr beachtenswert. Hier verlangten die Unternehmer, unsere Kollegen sollten eine Sperre zurücknehmen, die in Wirklichkeit nicht existierte. Die Sache lag wie folgt: Bei der Firma Hünge & Zwers war ein Kolier beschäftigt, mit dem niemand gern zusammen arbeiten wollte, infolgedessen es der Firma fortwährend an dem Kolier, im Arbeiterbetrieb beschäftigt war, an Arbeitskräften mangelte. Der Unternehmer glaubte, sein Kolier sei gekippt, und wandte sich an die Zinnung um Hilfe. Der Zinnung gegenüber wurde wiederholt erklärt, daß keine Sperre bestünde, es vielmehr jedem Kollegen überlassen bleibe, bei obiger Firma in Arbeit zu treten. Endlich wurde verlangt, die organisierten Kollegen sollten den Kolier mit Arbeitskräften besetzen. Als diese erklärten, dieses sei unmöglich, indem man es jedem selbst überlassen müßte, dort zu arbeiten, wo es ihm beliebt, erfolgte die Auspersperung sämtlicher organisierten Arbeiter. Die Unternehmer konnten diese brutale Handlung um so leichter zur Ausführung bringen, als die Arbeitskräfte in der Fabrikfabrik Neumünster ausnahmsweise sehr gering war. In der Geschichte unserer Organisation wird diese Auspersperung als Beweis dienen, mit welchem prophanen Unternehmertum wir in unserem Zeitalter zu rechnen hatten.

Im Gau kam es in 6 Zweigvereinen zum Streik, in 3 Zweigvereinen hatten wir mit einer Auspersperung zu rechnen, in 2 Zweigvereinen und ebensovielen Sektionen wurden partielle Streiks zur Durchführung der Lohnbewegung unternommen. Den Erfolg der überaus lebhaften Lohnbewegung bezeugen die folgenden Zahlen: Für 8556 Kollegen in 135 Orten wurde eine durchschnittliche Lohnsteigerung von 4,82 % pro Stunde erzielt. Eine Verärgerung der Arbeitszeit wurde für 2598 Kollegen in 11 Orten ab 1906 durchgeführt. In 3 Zweigvereinen wurde wegen ungünstiger Konjunktur die Forderung stillschweigend übergangen.

Die Arbeitszeit im Sommer ist für den Gaubezirk nach folgender Tabelle geregelt:

Es wurden im Gau gezählt	Lohnbezüge	Orte	Maurer
Mit 9 stündiger Arbeitszeit:	7	22	6743
" 9½ "	11	89	1980
" 10 "	67	496	3624
" 10½ "	3	22	114
" 11 "	8	13	130
Im Ganzen...	91	642	11591

Die Agitation ist neben der umfangreichen Lohnbewegung auch im Berichtsjahre nicht vernachlässigt worden. Soweit aus den Zweigvereinen Berichte bei dem Gauvorstand eingegangen sind, hat das vom Verbandsvorstand auch in dem verfloßenen Jahre herausgegebene Flugblatt gut gewirkt. Die Verbreitung des Flugblattes gibt die Veranlassung zu einer umfangreichen Hausagitation, wodurch namentlich in den ländlichen Bezirken, wo das Baubelegerstystem schwer durchzuführen ist, unschätzbare Dienste für die Ausbreitung unserer Organisation geleistet wurden. Es gibt leider aber immer noch Zweigvereine, deren Mitglieder den Wert der Hausagitation nicht begreifen können. In anderen Zweigvereinen scheut man wiederum die geringen Ausgaben, die durch die Verbreitung der Flugblätter und der damit zu verbindenden Hausagitation entstehen. In vielen Fällen wird an den Gauvorstand der Antrag gestellt, die Ausgaben aus der Gaufasse zu beden. Sehr oft werden diese Anträge aus Zweigvereinen gestellt, deren Kassaallienbestände verhältnismäßig ganz respektable sind; aber zu Agitationszwecken glaubt man nichts hergeben zu können. Wenn der Gauvorstand alle diese Anträge berücksichtigen wollte, dann würden die uns zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen. Aus diesem Grunde können auch nur die Anträge Aussicht auf Erfolg haben, die aus Zweigvereinen gestellt sind, wo keine Kassaalliengebel zur Verfügung stehen, und die Verhältnisse es bedingen, daß notwendigerweise Agitation in dem betreffenden Bezirk betrieben werden muß. Von den 1200—1600 im Gau außerhalb der Organisation stehenden Kollegen könnte noch mancher für den Verband gewonnen werden, wenn alle Vereine es sich zum Prinzip machen würden, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln, und ohne Rücksicht auf die Mühen und Opfer, die die Kleinarbeit für die Organisation erfordert, sich an der Agitationsarbeit zu beteiligen. Wenn die

Hausagitation aber manchmal selbst dort nicht die erwünschte Wirkung zeigt, wo Mittel und Mühen nicht gespart sind, ist die Ursache vielfach darin zu suchen, daß die Arbeit nicht am richtigen Ende angefaßt wird. „Wie man's treibt, so geht's.“ Soll die Hausagitation volle Wirkung zeigen, dann genügt es nicht, eine Anzahl Kollegen mit einem Päckchen Agitationschriften zu versehen, damit sie dann den indifferenten Kollegen ins Haus getragen werden mit dem Erlaß, die Sachen einmal durchzulesen. Nein! Um die Hausagitation wirksam zu gestalten, ist es notwendig, sie planmäßig vorzubereiten. Bedingung ist ferner die Schulung der erforderlichen Kräfte, die möglichst aus der Verwaltung und den intelligentesten Mitgliedern zu nehmen sind. Zur Ausrüstung der Agitatoren gehören dann die vom Verband herausgegebenen Flug- und Agitationschriften, etwa übrig behaltene Exemplare des „Grundstein“ usw. Als besonders notwendig muß dann aber betrachtet werden, daß die Agitatoren das genannte Agitationsmaterial selber studieren. Wer selber nicht viel davon kennt, wie es in unserer Organisation aussieht, wer nicht genügend davon überzeugt ist, welchen Wert die Organisation für uns hat, welche Mühen wir durch inniges Zusammenschließen in dem Verband entfalten können, wenn die Erkenntnis aller dieser Dinge nicht in Fleisch und Blut übergegangen ist, wird auf eine besondere Wirkung selten rechnen können. Um vollen Erfolg zu erzielen, gehören außer der planmäßigen Vorbereitung und guten Schulung der Kräfte auch noch Fleiß, Ausdauer und Begeisterung dazu. Wenn alle diese Bedingungen erfüllt sind und verbunden werden mit einer freundlichen, kollegialen Behandlung gegenüber den zu gewinnenden Kollegen, kann die wichtigste Kleinarbeit für den Verband unternommen werden. Wenn dann trotz allem noch Mißerfolge zu verzeichnen sind, darf immer noch nicht an den endgültigen Wirkungsgescheit werden. „Kein Baum fällt auf den ersten Streich.“ Immer von neuem muß die Agitation unternommen werden. Wenn möglich, sind jedesmal andere Beweise über den Wert der Organisation ins Feld zu führen; immer neues Material muß den uns noch fernstehenden Kollegen übergeben werden. Die mit der Agitation betrauten Kollegen müssen mit den für unsere Organisation noch zu gewinnenden Personen die engste Fühlung nehmen. Die persönliche Fühlung und die dadurch ermöglichte Aufklärung sind so dazu recht geeignet, unseren Ideen und Bestrebungen die weitest Verbreitung zu geben. Es ist eine beschwerliche Kleinarbeit, aber bei richtiger Durchführung auch die erfolgreichste.

Zur Förderung der Agitation und zum Zwecke der Einleitung der Lohn- und Agitationsbezirke sind zwei Bezirkskonferenzen abgehalten worden.

Der Gauvorstand verfaßte fünf Birkulare an die Zweigvereine, wobei drei die Agitation betrafen, eins den Handel der Lohnbewegung und eines betraf die Statistik. Ueber die statistischen Erhebungen ist zu bemerken, daß immer noch eine ganze Reihe Zweigvereine sich nicht daran gewöhnen kann, die Fragebogen rechtzeitig einzusenden. In manchen Fällen genügt auch noch eine wiederholte Mahnung nicht, sondern mit viel Zeit- und Geldverlust muß der Fragebogen von einem Mitgliede des Gauvorstandes eingeholt werden. Für die Zukunft muß hierin eine Veränderung eintreten.

Die Kassen- und Buchführung war im Durchschnitt zufriedenstellend. Einige Zweigvereine lassen allerdings noch viel zu wünschen übrig, namentlich betreffs der Einfindung der Quartalsberichte an den Verbandsvorstand; trotz aller Ermahnungen kommen regelmäßig dieselben Vereine als Nachzügler auf die Liste. In einem Zweigverein ist auch eine Unterfahlgang von ca. 400 vorgekommen. Der ungetreue Kassierer ist verpflichtet worden, ratenweise das veruntreute Geld abzugeben.

Der Protokollierung der Versammlungsbeschlüsse sowie der Vorstandstätigkeiten wird durchgehend viel zu wenig Bedeutung beigelegt. Trotzdem, daß der Gauvorstand seit Jahren demüthigt war, in den Vorstandstätigkeiten und bei den Revisionen auf die Notwendigkeit eines gut geführten Protokolls hinzuweisen, wird heute selbst noch in den großen Zweigvereinen nach dieser Richtung schwer gefördert.

Revisionen wurden in 25 Zweigvereinen vorgenommen. Zur Erledigung der Geschäfte wurden außer der Sonntagsarbeit noch 65 Arbeitstage von den Mitgliedern des Gauvorstandes — den Vorstehenden nicht mit eingerechnet — zur Hilfe genommen. Der Vorsteher war 271 mal außerhalb Hamburgs beschäftigt. Die umfangreiche Korrespondenz bestand aus 1456 eingegangenen Sendungen, verteilt auf 1013 Briefe, 251 Postkarten, 43 Telegramme, 10 Postanweisungen (die an den Kassierer adressierten sind nicht mit einbezogen), 4 Pakete und 126 Drucksachen. Demgegenüber wurden 2108 Sendungen aller Art abgeschickt, die sich auf 1403 Briefe, 129 Postkarten, 93 Telegramme, 7 Postanweisungen, 16 Pakete und 460 Drucksachen verteilen.

Wie im verfloßenen Jahre, werden wir uns auch im laufenden Jahre bemühen, die Organisation auszubauen und zu stärken, damit die Leistungsfähigkeit und die Kraft des Verbandes erhöht wird. Bei einheitlichem Zusammenarbeiten mit den Zweigvereinsvorständen und den gesamten Mitgliedern kann der Erfolg solcher gemeinsamen Tätigkeit nicht ausbleiben: die Befreiung von dem Joch der Lohnknechtschaft sowie die Erhöhung der Lebenshaltung aller unserer Kollegen.

#### Jahresabrechnung für 1905.

Ausgabe:	
Gehalt des Vorstehenden	M. 2188,—
Entgangener Arbeitsverdienst an andere Kollegen	452,80
Diensten	2078,75
Fahrtgeld	1873,10
Druckkosten	177,51
Post- und Schreibmaterial	447,50
Bureaumittel, Heizung, Feuerung, Menseiten	893,21
Einigung und Revision	64,25
Reisungskosten	83,82
Konferenzunterkosten	121,60
Umsatzkosten	7,90
Veränderung des Vorstehenden	86,—
Summa	M. 7874,54

Einnahme:	
Kassenbestand vom Jahre 1904	M. 4224,64
Vom Verbandspräsident erhaltenen Beiträge nach § 8 des Statuts	6258,75
Auslagen für Streikleitung zurück	645,80
Beiträge der Zweigvereine	2149,45
Zinsen für 1904 und 1905	116,45
Summa	M. 13395,09

Bilanz:	
Einnahme	M. 13395,09
Ausgabe	7874,54
Kassenbestand	M. 6020,55

Hugo Rober, Vorsteher. Aug. Steiniger, Kassierer, Fritz Band, Adolf Danne, Fritz Schmiedecke, Revisoren.

#### Berichte.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des „Grundstein“. Nur kurze Mitteilungen können noch Dienstagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Forderungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstagmorgens in unseren Händen sind.

#### Eine Warnung für ungetreue Kassierer.

Zu dem in voriger Nummer mitgeteilten Urteil für Sachen des früheren Kassierers des Zweigvereins Borsheim, Rucke, ist noch nachzutragen, daß er auch zum Verzicht der staatsbürgerlichen Ehrenrechte für die Dauer von drei Jahren verurteilt worden ist. Die Ehrenrechte in der Arbeiterbewegung hat er für immer verloren.

Berlin. Der Zweigverein Berlin hielt am 2. März im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Generalversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Störmer über: Die sozialistische Welt und Lebensanschauung. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. Der lehrreiche Vortrag des Referenten fand sehr beifällige Aufnahme, eine Diskussion wurde nicht bestritten. Unter „Gewerkschaftliches“ fand ein Antrag einstimmige Annahme, den russischen Freistritkämpfern M. 3000 zu überweisen. Ein Unterfahlgangsantrag für einen in Rot geratenen Kollegen wurde ebenfalls einstimmig angenommen. Für die Delegierten zur Gaufonferenz wurden M. 4 als Diäten festgesetzt. Außerdem wurde der Bibliothekskommission 500 M. überwiesen.

Delitzsch. Die am 4. März im „Eindenhof“ tagende öffentliche Maurerverammlung war von fast hundert Kollegen besucht. Sie befaßte sich zunächst mit der Lohnfrage. Kollege Bräunig erläuterte den Bericht über die am 1. März gefloßenen Verhandlungen mit den Unternehmern. Gefordert wurden ein Stundenlohn von 45 ¢, vom 1. März 1906 an abwärts, ferner für Nacharbeit 10 ¢ pro Stunde. Abschaffung der Affordarbeit, Lohnzahlung auf der Baustelle. Das Ergebnis der Verhandlung war, daß die Unternehmern sich bereit erklärten, vom 1. März bis 15. April einen Stundenlohn von 43 ¢ und vom 15. April ab 45 ¢ zu zahlen. Der Lohn für Junggelehrten im ersten Jahre bleibt der gegenseitigen Vereinbarung überlassen. Alle übrigen Forderungen wurden von den Unternehmern anerkannt. In der Diskussion wurde von allen Rednern die Annahme dieses Vorschlags empfohlen. Er wurde sodann einstimmig angenommen. Der Vorsteher, Kollege Baum, ersuchte dann die Kollegen, für strenge Durchführung dieses Beschlusses Sorge zu tragen. Er teilte ferner mit, daß dieser Tarif schon Kollegen gedrückt ausgeht. Außerdem sollen auf eben eingelaufenen Baustellen Erhebungen über die Einhaltung dieser Vereinbarungen gemacht werden. Ferner wurde die Lohnkommission beauftragt, die Annahme dieser Vereinbarung den Unternehmern mitzuteilen. Dann hielt Kollege Koch aus Leipzig einen Vortrag über Zweck und Nutzen der Organisation. Er führte an trefflichen Beispielen aus, wie durch den mit dem 1. März in Kraft tretenden Tarif die Lebensweise der Arbeiter bedeutend verbessert werde, so daß die Arbeiterfamilie, wollte sie die Verteuerung der Lebensmittel nicht auf ihre Familie wirken lassen, gezwungen wäre, mit neuen Forderungen an die Unternehmern heranzutreten, um dadurch einen Ausgleich dieser Mißbräute zu schaffen. Er forderte ferner die Kollegen auf, da nicht allein die gewerkschaftliche Organisation in der Lage sei, Verbesserungen der Lebenslage der Arbeiter herbeizuführen, sich der politischen Organisation anzuschließen und eine dementsprechende Presse zu lesen. Mit dem Appell, daß sämtliche Kollegen es sich zur Pflicht machen, am Ausbau der Organisation mitzuwirken, schloß Redner seinen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Hierauf teilte der Vorsteher mit, daß der Beitrag pro Woche bei einem Lohn von 43 ¢ pro Stunde laut Statut auf 45 ¢ pro Woche erhöht wird. Ferner ersuchte Redner die Kollegen, sich bei der Verteilung des vom Hauptbahnhof Ende März herausgegebenen Flugblattes zahlreich zu beteiligen. Nachdem sich drei Kollegen hatten aufnehmen lassen, schloß der Vorsteher mit einem Hoch auf die deutsche Maurerbewegung die Versammlung.

Emden. Der hiesige Zweigverein hielt am 27. Februar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, die gut besucht war. Zunächst ließen sich vier Kollegen aufnehmen. Dann wurde darüber gesprochen, daß bei der augenblicklich hier herrschenden guten Baufonjunktur sehr viele Mißstände auf den Baustellen sich eingeschlichen haben. Dazu gehört auch, daß die Unternehmern durch allerlei Mittel versuchen, die schon seit einem Jahre hier abgeschaffte Affordarbeit wieder einzuführen. Namentlich ist es der Unternehmer Loescher, der sich hierin herbeistellt, indem er damit droht, auswärtige Maurer heranzuziehen, wenn sich die Emdener weigern sollten, seine Arbeiten im Afford auszuführen. Da wohl anzunehmen ist, daß er seine Drohungen wahr zu machen versuchen wird, so seien die Kollegen allerwärts auf den Unternehmer Loescher aufmerksam gemacht, damit sie sich nicht für seine Affordarbeit einfangen lassen.



**Gelsenkirchen.** (Jahresbericht.) Das verfloßene Jahr war für unseren Zweigverein recht bewegt. Nachdem die Lohnbewegung gleich zu Anfang des Jahres für den ganzen Verband mit Erfolg für die Kollegen beendet war, durfte man annehmen, daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Verträge geregelt und bis zum 31. März 1906 festgelegt waren, daß nunmehr eine Zeit der ruhigen Entwicklung und des Aufstieges der Organisation nach allen Richtungen hin eintreten könnte; aber es sollte anders kommen. Nach dem der junge aber recht kampflustige Arbeitgeberbund des Baugewerbes im hiesigen Industriegebiet hatte einsehen müssen, daß die Geister, die er durch seine feilsche Ausbeutung in Dortmund und den verchiedenen anderen Orten, wo Verträge nicht bestanden, heraufbeschworen hatte, nicht kommen konnte, wurden auch wir durch den händlichen Vertragsbruch der Unternehmer im Monat Juli zum zweiten Male in den Kampf hineingezogen. Den Verlauf und das Resultat dieser Bewegung näher zu schildern, ist nicht nötig; das ist genügend bekannt. Doch das muß gesagt werden, trotz der kurzen Zeit, wo im hiesigen Bezirke von einer gut funktionierenden Organisation die Rede sein kann, haben beide Bewegungen, abgesehen von den Fiskuslegern, unseren gesamten Kollegen Vorteile gebracht, wie solche kaum in einem anderen Bezirke zu verzeichnen sein dürften. Wenn man bedenkt, in einem Zeitraum von circa zwei Jahren Erhöhung der Stundenlöhne um 10 % und zum Teil sogar noch darüber, Regelung und Verfestigung der Arbeitszeit von 12 und mehr Stunden auf 10, und noch so manches andere, namentlich in bezug auf sanitärem Gebiete, wie Schutz und Sicherstellung von Leben und Gesundheit der Bauarbeiter, so sollte doch endlich jeder Berufscollege den unendlich hohen Wert des Zentralverbandes der deutschen Maurer erkennen und die richtigen Schlüsse daraus ziehen, und die Erfolge würden in Zukunft noch ganz bedeutend größer sein. Insofern kann das verfloßene Jahr als recht befriedigend bezeichnet werden; durchaus unbefriedigend ist es aber, daß der Mitgliederstand trotz der vorerwähnten Erfolge, trotz der Ausfüllung und Befestigung nach allen Richtungen hin, nennenswerte Fortschritte nicht gemacht hat. Er betrug am Schluß des ersten Quartals 1905 613, im zweiten 620, im dritten 636 und im vierten 641 Mitglieder. Allerdings stehen der Ausbreitung unseres Verbandes große Schwierigkeiten entgegen. Da ist in erster Linie der Mangel an geeigneten Lokalen. Ist es schon in der Großstadt Gelsenkirchen schlecht damit bestellt, so steht der Arbeiterbezirk in Wanne nur ein einziges Lokal zur Verfügung; genau so geht es der Zahlstelle Hordt. Sodann liegt ein großer Teil unseres Zweigvereinsgebietes in dem so berühmten Hinterlande. Hier ist es bis jetzt überhaupt noch nicht gelungen, ein Lokal zu beschaffen, um die Versammlungen zu bekommen. Das unter solchen Umständen die Organisation nur schwer Fortschritte machen kann, ist klar. Auch dem Unternehmertum scheinen wir freien Verfallender besonders schwer im Wege zu liegen. Man muß diese Folgerung aus verschiedenen Umständen ziehen. Kommen A. B. Verbandskollegen, um nach Arbeit zu fragen, so heißt es öfter, es werden keine Maurer gebraucht; kommt aber am selben Tage oder doch bald nachher ein ganzes Babel aus Gegenden, die vom Organisationsgebanke noch nicht berührt sind, so ist mit einem Male Arbeit in Güte und Fülle vorhanden. Man weiß wahrscheinlich nur zu gut, daß letztere viel gedultigere Ausbeutungsbefähigung sind. Auf den Bauten, wo unsere Kollegen Arbeit erhalten, kommt es nicht selten vor, daß sie versuchen, neue Mitglieder zu werben; auch dringen sie häufig darauf, daß die Vertragsbestimmungen korrekt durchgeführt werden, was, beiläufig gesagt, eigentlich nicht erst nötig sein sollte, indem sie von allen Unternehmern ohne weiteres von selbst durchgeführt werden sollten. Wenn aber unsere Kollegen auf die Durchführung der Bauarbeiterbestimmungen usw. achten, dann scheinen sie den Unternehmern, Polieren z. B. besonders unbehagen zu werden. Nach dem bekannten Grundsatz: „Was man einen Hund hängen, findet sich auch der Strick dazu“, sucht man sich dann unter irgend einem Vorwande solcher unbehaglichen Friedensfürer zu entledigen. Es kommt hinzu, daß es gewöhnlich nicht lange dauert, dann ist schon Aufseher der so bekannt geworden, daß es ihm beim besten Willen nicht mehr gelingt, am Orte Arbeit zu erhalten. Man er sonst der reellste und tüchtigste Arbeiter sein; daß er nun einmal nicht fagebunden und unterkänigig Kraftlose von dem Unternehmer und seinen Trabanten machen kann, wird ihm schließlich zum Verhängnis, so daß ihm nichts anderes übrig bleibt, als den Ort zu verlassen. So gehen dann recht oft die tüchtigsten Kollegen der Organisation am Orte verloren. Noch ein anderer Umstand, der der Ausbreitung der Organisation sehr hinderlich ist, muß erwähnt werden: die ungeheure Fiktionalität. Bei 620 Neuaufnahmen im Jahre ein Mehr an Mitgliedern von 281! Bei halbwegs stabilen Verhältnissen müßte man meinen, daß sich der Zweigverein um die Hälfte der Neuaufgenommenen hätte vermehren müssen. Der größte Teil von diesen wird ja für den Verband dauernd gewonnen sein, aber der Zweigverein selbst hat an Mitgliedern so gut wie nichts gewonnen. In Betracht kommt auch, daß es im Industriebezirke zu ungeheurer wenig wirklich anständige Kollegen gibt, von der Gesamtheit im Zweigverein kaum 15 pSt. Auch das wirkt nicht befruchtend und fördernd auf die Organisationsverhältnisse. Es fehlt bei einem großen Teile das elementare hohe Interesse, das notwendig ist, den Mut und die Opferfreudigkeit des Einzelnen so zu fächeln, daß er trotz aller Beschwerden und Hindernisse sein ganzes Können für die Organisation einsetzt und damit die dauernde Verbesserung seiner traurigen Lage, sich unter allen Umständen zu erkämpfen bereit ist. Bietet man alles dieses in Rechnung, so ist zwar kein Grund, mit den Verhältnissen zufrieden zu sein, aber begreiflicher dürfte es werden, warum nicht mehr erreicht werden konnte. Die Möglichkeit, die Organisation auch in unserem Bezirke noch viel mehr auszubauen und zu stärken, ist trotzdem vorhanden. Es wird nur darauf ankommen, ob fortan bei allen Kollegen der gute Wille, die Einfachheit und vor allen Dingen das Interesse vorhanden ist, trotz aller Hindernisse gemeinsam mit ihrer Leistung nicht zu ruhen und zu rasten, bis der letzte Mann der Organisation zugeführt ist. Als ein weiterer innerweltlicher Zustand ist zu verzeichnen, daß ein großer Teil unserer Kollegen zwar weiß, daß sie ganz bestimmte Rechte haben, von ihrer Organisation etwas zu verlangen, auf der anderen Seite aber vielfach verweisen, daß demgegenüber auch ganz bestimmte Pflichten erfüllt werden müssen. Soll die Organisation schließlich nicht scheitern, so müssen durch die Sammlung der eigenen Angehörigen erlitten werden, auch die Kollegen in diesem Bezirke dafür sorgen müssen, daß die Verbandsträger etwas prominenter als bisher gezahlt werden. Hoffentlich sorgen sie dafür, daß am Schluß

des Jahres in bezug auf Beitragszahlung nur Günstiges berichtet werden kann. Die Kassenverhältnisse gestalten sich folgendermaßen: Die Einnahme der Hauptkasse betrug an reinem Markterlöse M. 10819,95. An Beitragsmarken wurden inklusive Arbeitslohnmarken insgesamt 91 451 Stück verkauft. Das macht auf eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 627 berechnet 84,2 Stück pro Mitglied und Jahr. An die Hauptkasse abgaben wurden M. 6889,70. Die Restkasse wies eine Einnahme von M. 4882,14 auf, die Ausgabe betrug M. 4801,64, so daß uns ein Kassenbestand von M. 80,60 verblieb. Der Kassenbestand hätte können wohl höher sein; es ist aber zu berücksichtigen, daß wir für Agitation ziemlich erhebliche Aufwendungen, nämlich M. 416,55 machen mußten. Hieran wird auch in Zukunft nicht gespart werden können. Das Versammlungsleben spielte sich in 9 öffentlichen und 60 Mitgliederversammlungen ab. Außerdem fanden noch 22 Besprechungen in den Zahlstellen und 11 Sitzungen des Vorstandes statt. Unsere Schlichtungskommission mußten wir 19mal in Bewegung setzen. Die Beschwerden endeten in 16 Fällen zu Gunsten, in 9 Fällen zu Ungunsten der Kollegen; eine Beschwerde wurde zurückgezogen.

**Gottesberg.** In unserer im Februar abgehaltenen Hauptversammlung war auch Kollege Gürtle aus Waldenburg anwesend. Es wurde zunächst der Kassenbericht verlesen und alsdann zur Vorstandswahl geschritten, in der der Vorliegende und Kassierer wieder und die anderen Vorstandsmitglieder neu gewählt wurden. Alsdann nahm Kollege Gürtle das Wort und schilderte in seinem über eine Stunde währenden Vortrage die Unzulänglichkeit der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Sodann wurde der vom Vorstandsvorsitzenden ausgearbeitete Tarif an die Unternehmer verlesen und mit einigen Veränderungen angenommen. Der Arbeitgeberbund von Waldenburg-Gottesberg schreibt auf unsere Eingabe: „Auf Ihr gest. Schreiben die ergebene Mitteilung, daß bezüglich der gestellten Wünsche auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeitgeberbund mit Ihrem Verbands im Laufe dieses Monats innerhalb in Verbindung treten wird.“ Soweit wäre ja alles ganz gut. Nun fällt sich aber der Herr Maurer- und Zimmermeister Richard Stengel, obgleich er dem Arbeitgeberbund angehört, verpöndet, uns eins auszuweichen, indem er schreibt: „Auf meine Mitteilung erlaube mir, Ihnen beizugeben, daß ich für vorläufig in keine Verhandlung einwilligen und zwar aus folgenden Gründen: 1. Sind für jetzt nur zwei Bauten in Aussicht. 2. Bei einer Arbeitszeit von 5-8 Uhr (also 12 Stunden), wie es meine Leute wollen, kann ich einen höheren Lohn nicht zahlen. 3. Die Arbeitsleistung ist bei unseren sehr weit verstreut liegenden Arbeitsstätten auch bedeutend geringer als bei einem Hauptplatz, der den ganzen Tag unter Aufsicht des Meisters steht. Sollte sich jedoch etwas einstellen, so würde ich mit meinen Leuten den Lohn noch vereinbaren.“ Hoffentlich gelingt es uns, die bei diesem Unternehmer arbeitenden Kollegen recht bald zu organisieren. Sieht dann der Unternehmer, daß fast alle Maurer ausfindig sind, so wird er sich wohl auch bequemen, die von seinen Kollegen den Gesellen angehenden glühenden Lohn- und Arbeitsbedingungen ebenfalls anzuerkennen. Also auf zur Agitation!

**Jahr.** Sonntag, den 4. März, fand hier die mächtige bejuchte Mitgliederversammlung statt. Nach Erledigung der allgemeinen Geschäfts wurde scharf Klage gegen die Mitglieder der Zentralfrankfurter „Grundstein zur Einheit“ geführt, indem sie sich nicht allein nicht unserer Organisation anschließen, sondern auch andere Kollegen von uns fern halten. Inzwischen ist es der Vorliegende der Kasse, Wangler, der jede Gelegenheit benutzt, um zu schändigen. Hoffentlich wird auch in Jahr die Zeit kommen, wo wir die Frankfurterkollegen von der Notwendigkeit der Organisation überzeugen und Herrn Wangler in seine Schranken verweisen können.

**Waldenburg.** Samstag, den 3. März, tagte hier eine schwach besuchte Mitgliederversammlung. Zunächst machte der Vorliegende die Mitteilung, daß die Wahlen der Vertreter zur Ortskrankenkasse der Bauhandwerker für ungültig erklärt worden seien. Nachdem der Vorliegende die ganz unbedeutenden Gründe, die zur Ungültigkeitserklärung geführt haben, mitgeteilt hatte, ersuchte er die Kollegen, eine rege Agitation zu der am 20. März, Vormittags 12 bis 18 Uhr stattfindenden Neuwahl zu entfalten, damit nicht von den 26 Mandaten, wie bei der letzten Wahl, 4 den Christlichen zufallen. Der Kartellbericht, der schon einmal verlegt worden war, erlitt daselbst eine Schicksal, weil kein einziger Kartellbelegierter erschienen war. Alsdann hielt Kollege J. Schmidt einen beiläufig aufgenommenen Vortrag über: „Die Pflichten der Baubelegierten und die Taktik bei der Agitation.“ Als besonders wichtige Pflichten der Baubelegierten nannte er die Überwachung des Vertrages, der Unfallversicherungsbeiträge, sowie der Baupolizeiordnungen, des weiteren die Disziplin, die Pflege der Solidarität, und vor allen Dingen die Agitation auf der Baustelle. Hierzu lasse sich natürlich keine bestimmte Taktik festlegen, man müsse sie eben den verschiedenen Verhältnissen anpassen. Auf die ungeheure Preissteigerung der notwendigen Lebensmittel, die Regierung, Steuer- und Zollpolitik hinweisend, wies Redner nach, daß Agitationsstoff genügend vorhanden sei. Zum Schluß erluchte er die Kollegen, jeder möge an seinem Teile mitwirken an dem großen Werke der Befreiung der Arbeiterklasse von der Armut und der Knechtschaft. In der Diskussion wurde festgestellt, daß die Kollegen Chr. Wittmann, Josef Köhl, Jos. Reichel und Georg Reichel im vorigen Jahre zu Unrecht auf die Liste der „Arbeitswilligen“ gesetzt worden sind.

**Ynghe.** Da uns hier kein Lokal mehr zur Verfügung steht, so werden die Kollegen ersucht, die Wirtschaften, die einen Saal haben, ihn uns aber nicht zur Verfügung stellen, streng zu meiden.

**Boisdamm.** Nach Erledigung mehrerer Aufnahmen und geschäftlicher Mitteilungen, nahm die am 6. März abgehaltene Versammlung unseres Zweigvereins den Bericht des Kollegen Kuno über die in Berlin abgehaltene Konferenz entgegen. Er führte aus, daß nach dem Vorstandsbereich der Bauhandwerker des vergangenen Jahres im allgemeinen günstig war. Das sei auch für unseren Bezirk zutreffend. Trotzdem habe die Agitation für die Prinzipien und Forderungen des Verbandes nicht überall mit der notwendigen Energie eingesetzt. Auch bei uns sei in dieser Beziehung noch ein gut Teil Arbeit zu leisten, da an die Opferbereitschaft der schon aufgestellten und vorwärts

strebenden Kollegen allerdings hohe Anforderungen stelle. Die Mittel, mit denen die Unternehmer namentlich im südlichen Teil des Regierungsbezirks Frankfurt a. d. O. operieren, seien zum Teil auch hier noch im Schwange. Treten sie auch nicht so auffällig zu Tage, so wird auch im Boisdammer Bezirk die Organisation nicht immer mit dem nötigen Respekt behandelt, vielmehr wird eine Spaltung im Zweigverein durch allerlei Schikanen versucht, wie es namentlich durch die Unforbarkeit der Forderungen ist. Auch hier wird fast jede Forderung der Gesellen und Arbeiter durch die Überzeugung an den Arbeitgeberverband zu einer Nachfrage gemacht, so daß meistens nur die beiden Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter in Frage kommen. So wichtig das für die sozialpolitische Bedeutung der Organisation ist, so wichtig ist es aber auch, daß die Verbandsmittelglieder bei Lohnbewegungen usw. nicht mit Kleinigkeiten Dingen kommen, sondern ihre ganze Energie der Erreichung der Hauptpunkte zuwenden. Daß zu diesen vor allen Dingen die Verstärkung der Arbeitskraft gehöre, sei eine gemeinschaftliche Selbstverständlichkeit, die auch in sozialer Beziehung mehr und mehr zur Geltung kommen. Durch die Einrichtung der auch hier bestehenden Hauskassierung haben wir ein gutes Agitationsmittel, das für die Organisation doppelt wertvoll sei. Es gelte aber nicht bloß, die jetzigen Mitglieder beim Verband zu halten und für diesen zu erziehen, sondern immer neue Mitglieder zu werben, namentlich in den künftigen Orten. Gesetze das, so würden wir fähig sein, unsere wirtschaftliche Lage immer mehr zu verbessern und unser politisches Leben freier zu gestalten. Zum Schluß seines beiläufig aufgenommenen Berichts gab Redner noch einige geschäftliche und finanzielle Mitteilungen, die besahen, daß die Organisationsentwicklung des Jahres trotz aller Schwierigkeiten stetig vorwärts geht. Und auch für den Boisdammer Zweigverein werden die Ergebnisse der Konferenz ein Ansporn sein, noch mehr als bisher für den Verband zu wirken. Die hierauf folgende Vorstandswahl ergab die Wiederwahl fast aller bisherigen Mitglieder desselben, so wie sie diese nicht abgelehnt hatten. Daß die meisten Kandidaten ablehnten, bildet keine erfreuliche Erscheinung für die hiesigen Zustände, die nach der nun doch beilegenden Agitation hoffentlich endlich vollständig gesunden. Im Interesse der gesamten Organisation liegt es, wenn die Kollegen ihren einstimmig gewählten Funktionären ihre Aufgabe so viel wie möglich zu erleichtern suchen, nicht aber, sie ihnen durch persönliche Reibereien zu erschweren oder gar zu vereiteln. Mehr Vertrauen zueinander, dann wird auch die Einheit der Verbandskollegen trotz einzelner Eidenstriche wieder zu voller Geltung kommen! Aus Rücksicht auf den Versammlungstag des Wahlvereins soll unsere monatliche Versammlung auf einen anderen Tag verlegt werden, damit die beiden Versammlungen nicht von einem zum anderen Tage aufeinander fallen; hoffentlich wird diese Verlegung für den Besuch der Wahlvereinsversammlung durch unsere Mitglieder von günstigen Folgen sein. Wie es ja auch zu wünschen wäre, daß die beherzigten Worte des Vorliegenden, Kollege W. a. d. t., u. a. betreffend die größere Beteiligung unserer Kollegen auch an politischen Leben, die Unterstützung der Parteipresse usw., auf recht guten Boden gefallen sein mögen. Kollege Kirchner wünschte dann noch eine vermehrte Berücksichtigung der Kartellbelegierten; infolge der langen Tagesordnungen der letzten Versammlungen war dies nicht möglich, soll aber in Zukunft wieder geschehen. Nachdem noch auf die Wichtigkeit des Versammlungstempels für die Statistik, auf die Bedeutung der Baubelegierten und die hier gegründete Arbeiterbildungsschule hingewiesen worden war, schloß der Vorliegende die gut besuchte Versammlung mit dem Ergehen auch die im April stattfindende ebenso wie. noch besser zu besuchen, da die Frage der Meißner diesmal infolge der hier seinerzeit befristeter „Rot“feiertage besonders wichtig ist.

**Schwarzeneck.** Am 26. Februar tagte hier die regelmäßige Mitgliederversammlung. Der Vorliegende teilte mit, daß eine Agitation in Rumbach ausgeführt worden sei und sei mit dem Unternehmer Hadam Niedersprache wegen der Lohnverhältnisse genommen worden. Der Unternehmer habe versprochen, am 1. April an 55 % Stundenlohn zu zahlen zu wollen. Bestimmtes sei aber nicht festgelegt worden. Hierauf wurde unsere Lohnbewegung besprochen. Von der bisherigen Lohnsatzung am 1. April d. J. abläßt, ist eine Forderung an die Unternehmer gestellt worden, den bisherigen Stundenlohn von 42 % auf 50 % zu erhöhen und die achtstündige Lohnzahlung statt der bisherigen 14stündigen Lohnzahlung einzuführen. Hierzu berichtete die Lohnkommission, daß eine Sitzung mit den Unternehmern stattgefunden habe; und daß die Unternehmer einige Punkte des ihnen zugefandenen Lohnsatzes nicht anerkennen, sondern nur einen Stundenlohn von 46 % zahlen, das übrige Landgeld aber weglassen lassen wollen. Ferner wollen sie die 14stündige Lohnzahlung beibehalten. Hierauf beschloß die Versammlung nach längerer Diskussion, an dem Stundenlohn von 50 % festzuhalten. Bezüglich des Landgeldes wurde beschlossen, solches zu fordern, wenn die Arbeit mehr als 7 km vom Wohnort des Unternehmers entfernt ist. Die 14stündige Lohnzahlung wurde beibehalten. Die Lohnkommission wurde beauftragt, diesen Beschluß den Unternehmern mitzuteilen.

**Sonderburg.** Am 8. d. M. fand hier im „Gewerkschaftshaus“ unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, die trotz genügender Bekanntmachung nur mäßig besucht war. Zunächst wurde die Maßregelung zweier Kollegen auf dem Bau der Marinekaserne zur Diskussion gestellt. Es wurde von der Versammlung beschlossen, die Sache dem Vorstand und der Lohnkommission zur Regelung zu überweisen. Des weiteren wurde der frühere Kollege W. Jensen vom Verband wegen grober Verletzung des Verbandes und rückständiger Beiträge ausgeschlossen. Darauf wurde vom Vorliegenden darauf aufmerksam gemacht, daß in dem nahegelegenen Orte Grabenstein eine rege Agitation für den Verband zu entfalten sei, da in dem betreffenden Orte noch kein organisierter Kollege ist. Der Vorliegende Dr. Stier und der Kassierer G. Wöhrhoff sollen die Agitation dort entfalten.

**Taucha.** Eine am 24. Februar abgehaltene öffentliche Maurerverammlung beschloß, sich mit folgender Tages-



ordnung: Bericht von der Konferenz Altenburg und innere Berufsangelegenheiten. Aus dem Vertrauensmann erstatteten Bericht über die Konferenz ersah man, daß gerade die wichtigsten Punkte, wie Gehaltsverhöhung und Neuwahl, bis zur letzten Stunde verdrängt worden sind. Hierzu bemerkt ein Kollege, man möge in Zukunft zwei Tage für die Tagung des Gausauges festsetzen und die oben erwähnten wichtigsten Punkte zu Anfang verhandeln. Ferner wandte sich die Versammlung strittig gegen die Gehaltsverhöhung mit rückwirkender Kraft. Nach laute die Frage auf, ob ein Referat vom Gauvorstand von der örtlichen Verwaltung bezahlt werde, da ein Kollege anführte, daß man in Grotz für ein solches M. 25 bezahlt habe. Unter „Innere Berufsangelegenheiten“ überwies man der Verwaltung die Angelegenheit mit Werkloz zur Untersuchung. Zum Schluß wurde noch bemerkt, daß sich in Wahren, Bezirk Leipzig, ein Bau befindet, an dem schon eilige Wochen kein Lohn ausgezahlt worden sei. Von einer Baupolizei habe man aber bis heute nichts wahrgenommen.

**Ulm.** Am 1. März tagte im „Kronenbau“ eine Versammlung des Zweigvereins, die sich besonders mit der Frage der Anstellung eines Kollegen als Lokalbeamter für das weit ausgedehnte Zweigvereinsgebiet beschäftigte. Der Gauleiter stellte befürwortete unter Hinweis auf die Notwendigkeit einer Lohnverhöhung den dahingehenden Antrag. Die Verhältnisse bedingten für die Ulmer Maurer eine Lohnverhöhung, die sie aber nur durch eine starke Organisation zu erringen. Für die zu leistende Agitation habe aber die bisherige Tätigkeit des Zweigvereinsvorsitzenden, der dabei seinen Berufsangelegenheiten nachgehen mußte, schon lange nicht mehr ausgereicht, man müsse darum den Schritt tun und einen Kollegen anstellen, der diese Arbeit zu leisten habe. Freilich bedinge die Anstellung auch zugleich eine Beitragsverhöhung um 5 S. Nach längerer Diskussion beschloß die Versammlung in diesem Sinne. Das Gehalt des anzustellenden Kollegen wurde auf M. 1600 pro Jahr festgesetzt. Die darauf vorgenommene Wahl ergab, daß der Kollege Bantleon einstimmig zum Lokalbeamten gewählt wurde. Kollege Bantleon dankte den Kollegen für das Vertrauen, daß sie ihm durch diese Wahl bezeugt hätten, und versprach, sich alle Mühe geben zu wollen, um es zu rechtfertigen. Damit wurde die Versammlung geschlossen.

**Wanne.** Eine gemeinschaftliche Mitgliederversammlung der Maurer und Hilfsarbeiter fand am 10. März im Somburgischen Lokal statt. Das Hauptthema war „Organisation und Agitation“. Als Referenten waren die Kollegen Wendler aus Herne und Sempel aus Düsseldorf erschienen. Sie verstanden es, den Anwesenden klar zu machen, was zu tun ist. Wendler besprach den Sozialist. Sempel betonte, daß nur durch eine einheitliche Agitation etwas gutes erzielt werden könne. Er empfahl das Delegiertenwesen, das gerade hier gute Erfolge verzeichnen, da die meisten der Zureichenden noch nicht organisiert seien. Beiden Rednern wurde durch lebhaften Beifall bewiesen, daß die Versammlung mit ihren Ausführungen einverstanden war. Die erste Delegiertenwahl findet am 17. März bei Somburg statt. Weiter wurde einem Kollegen eine Unterstützung von M. 15 bewilligt. Der Vorsitzende gab bekannt, daß vom 1. April an 60 S Beitrag zu zahlen sind. Da die Zeit schon weit vorgeschritten war, wurde die Versammlung mit einem kräftigen Hoch auf die freien Gewerkschaften geschlossen.

**Weida.** Sonntag, den 4. März, fand unsere Mitglieder-versammlung im „Schützenhaus“ statt, die trotz der wichtigsten Tagesordnung leider nur schwach besucht war. Die Abrechnung vom letzten Winterberichts ergab einen Ueberschuß von M. 48,17. Damit ist unser Lokalfonds auf M. 120 angewachsen, wovon M. 100 auf der Sparkasse angelegt sind. Hierauf machte der Vorsitzende bekannt, daß in diesem Monat noch eine Flugblätterverbreitung mit Hauszitation vorgenommen wird. Er forderte die Kollegen auf, sich zahlreich hieran zu beteiligen, damit die paar Kollegen, die uns noch fern stehen, dem Verbande zugeführt werden. Weiter wies zugleich auf unsere elenden Lohnverhältnisse hin und betonte, daß es nicht ausreichte, wenn eine gute Baukonjunktur eintritt, daß wir unsere Forderungen den Unternehmern von neuem unterbreiten und bei einem ablehnenden Bescheid, wieder in einen Lohnkampf eintreten. Nachdem der Kartelldelegierte noch Bericht von der letzten Sitzung erstattet hatte, gedachte der Vorsitzende noch unseres kranken Kollegen Köhn, der schon seit Weihnachten im hiesigen Spital liegt. Dem kranken Kollegen wird eine Unterstützung bewilligt. Die nächste Versammlung findet am 1. April bei dem Mitglied Heinrich Bahl statt.

**Werra.** Eine öffentliche Maurer- und Bauarbeiterversammlung tagte Sonntag, den 4. März, im Restaurant „Pferdeweg“. Gauvorsteher Jakob Leipzig referierte über die wirtschaftliche Lage der Maurer Deutschlands. Er gab den Anwesenden ein klares Bild, wie sie ihre Lage verbessern können und behauptete, daß die Kollegen von Werra erst so spät an ihre Organisation gedacht hätten. In der Diskussion gab der erste Vorsitzende bekannt, daß am 26. März eine Flugblattverteilung stattfindet. Die Kollegen möchten sich zahlreich daran beteiligen. Eine Resolution im Sinne der Ausführungen des Referenten wurde angenommen. Kollege Jakob betonte in seinem Schlusswort, wenn die Kollegen Einfluss auf die Unternehmer gewinnen wollten, so müssten sie die Versammlungen in Massen besuchen. Der Unternehmer beurteilt nicht die Massen im Verbande, sondern nur die Versammlungsbesuche. Es sei daher Pflicht eines jeden Kollegen, auch den größten Hausplatz aufzuräumen, damit er die Versammlung besuche.

## Centralrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 4. bis 10. März sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Brandenburg a. d. Spree M. 800, Deutsch Wilmersdorf 200, Schweinitz a. d. Elbe 200, Mühlenbeck 200, Garburg a. d. Elbe 200, Leipzig-Gohlis 100, Grotz 100, Saarmund 100. Summa M. 1400.

Zufuß erhielten: Döberan 1. Med. M. 400, Heilbronn 200, Mannheim 200, Dortmund 200, Heubach 1. Hessen 200, Mierleben 100, Naibach 100, Malchin 1. Med. 100, Lampertshausen 50, Sauerberg 50, Salzwasser 50, Lutter a. Elbe 50. Summa M. 1700.

Mitteilungen, den 10. März 1906.

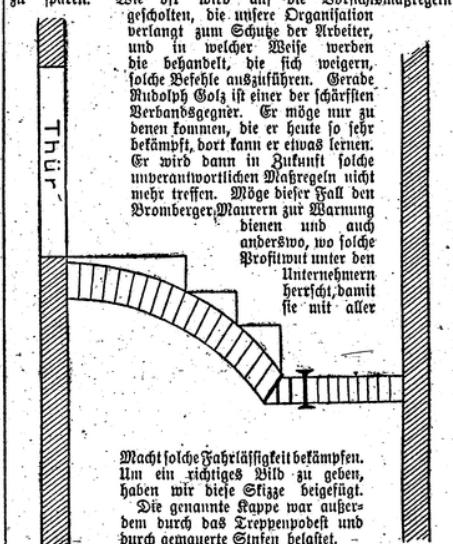
Karl Reiff, Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

## Vom Bau.

### Anfälle, Arbeiterschulung, Submissionen etc.

(Die Zweigvereinsvorsitzenden werden dringend ersucht, aber alle in ihrem Bezirk verfallenden Anfälle, mit kurzer Einführung der Begeleitumstände und der überlebenden Folgen, umgehend an den „Grundstein“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Anfallen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Verlauf von Arbeiterschulungsbestimmungen und über Submissionsergebnisse.)

**Dromberg.** Auf dem Bau des Bauunternehmers Rudolph Goltz ereignete sich, Mittwoch, den 28. Februar, ein Unfall. Durch direkte Schuld des Unternehmers wurde ein junger blühender Mensch zum Krüppel gemacht. Der Bau war im Hohenbau fertig, und der Unternehmer wollte durch den 16jährigen Arbeiterschüler Thiel die Aufräumung besorgen lassen. Als sie bei der Treppentappe anstiegen, begann Thiel, weil sie vorwärtschreitig gebaut war und jedes Schritt entbehrte, auch bereits nachzugeben. Goltz versel nun auf eine „geniale“ Idee. Er befahl dem Arbeiterschüler, die Tappe anzulegen, um die Tappe hochzuwinden und sie von oben zu verteilen. Was vorausgehen war, geschah. Durch das Anheben der Tappe ging das Mauerviertel aus den Fugen und stürzte auf den unten stehenden Arbeiterschüler hinunter. Ein Schrei, und er war von der Einschulung und den Steinmassen begraben. Mit zerbrochenem Oberhaken, geschnittenen Gliedern und innerlichen Verletzungen wurde er herabgezogen und in das Krankenhaus gebracht. Befehl der Polizei, namens Eduard Krids, welcher, nebenbei bemerkt, früher Mitglied unseres Verbandes war, die sachmännlichen Fähigkeiten, um einen Bau auszuführen? Obgleich ihn ein Gefelle auf die Unmöglichkeit seines Beginns aufmerksam machte, ließ ihm seine Hege gegen Verbandsmitglieder nicht so viel Zeit, über die technischen Notwendigkeiten nachzudenken. Hat sich der Unternehmer nicht eine schwere Körperverletzung zu schulden kommen lassen? Er mußte sich die Unmöglichkeit und der Gefahr seines Handelns bewußt sein. Hier sieht man wieder einmal, wie mit Menschenleben gespielt wird, nur um die Kosten des Umbaus zu sparen. Wie oft wird auf die Vorschriftenregeln



Der Fehler in der Anlage besteht, wie unsere Leser ja auch auf den ersten Blick sehen werden, darin, daß sich die Tappe nicht, wie es hätte sein müssen, an den Träger ansetzt, wodurch die ganze Tappe losgerissen und in der Luft hingefallen. Eine solche Wilderei sollte man sich allerdings für unmöglich halten. Zu solcher Arbeit müßte sich gar kein Maurer hergeben.

**Berlin.** Ein schwerer Baunfall, bei dem sechs Arbeiter verunglückten, darunter zwei Lebensgefährlich, ereignete sich Donnerstag, 7. März, Vormittags bald nach 9 Uhr, in der Dortheimstraße 23/24. Dort wird von der Baufirma C. Kuhn, Willestraße 122a, ein umfangreiches städtisches Gebäude aufgeführt. Im ersten Stock waren nun sechs Arbeiter damit beschäftigt, Zementierarbeiten zu verrichten. Zwei von ihnen hielten den Zement, während die vier anderen ihn in Säcken zutrugten. Plötzlich stürzte eine Zementkappe zusammen und rief die sechs Arbeiter mit in die Tiefe. Im nächsten Augenblicke wurden Hilferufe laut. Die zahlreich in der Nähe der Unglücksstätte tätigen Arbeiter führten in Gast herbei und machten sich an die Rettungsarbeiten ihrer Kollegen. Es gelang auch bald, alle unter den Trümmern hervorzuheben. Am schwersten verunglückt waren die Arbeiter Otto Sieber aus der Sternstraße 24 und Hans Praschowsky aus der Friedrichstraße 84. Sie wurden sofort nach der Unfallstation in der Kronenstrasse geschafft, wo der behandelnde Arzt schwere innere Verletzungen feststellte. Siebert mußte dann der Charité und sein Kollege nach dem Krankenhaus am Urban transportiert werden. Der Zustand von beiden ist bedenklich. Die vier anderen Verunglückten kamen mit leichten Verletzungen davon und konnten nach ihren Wohnungen entlassen werden. Die Ursache des Unfalles soll ungenügende Absteifung sein. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

**Wittstock.** Am 9. März, Nachmittags um 5½ Uhr, ereignete sich auf dem Neubau in der Unterfiettenstraße ein Baunfall. Der Maurer Ferd. Silgert fiel infolge eines Fehltritts im Treppenhause die eigene Treppe herunter, wobei er mit dem Kopfe auf diese aufschlug. Er erlitt schwere Verletzungen.

**Wolgast.** Am 6. März 1906 wurde bei einem Anbau des „Gartenwerks“ „Panner“ eine Gefallenstruktion aufgestellt. Ueber 2 Zimmerer, 9 Maurer, 2 Kletterer und 2 Arbeiter hatte Baugewerkmeister J. Peters die Aufsicht. Ein Hilfsbaum von 25 cm Durchmesser verfügte sich nach oben auf 15 cm

Er war so aufgestellt, daß er in einer Höhe von 8 m etwa 0,75 m übersteigte. Zum besseren Halt waren zwei Schwerkeilen angebracht, jede mit Scherezug. Zum Aufsteigen der Last war oben ein Dreiecksbierblock, unten ein Dreiecksbierblock angebracht. Gegen 11½ Uhr war die erste Säule etwa dreiviertel aufgestellt, da rief die Stroppe der in Druck stehenden Schwerkeile. In der Bestimmung liefen alle mit die Zugleine los; auch der Aufstiegsfährende verlor den Kopf. Die 23 Zentner schwere Säule wurde von der hell gebliebenen Leine nach der Seite geholt und begrub im Fallen unter sich den 67jährigen Bauarbeiter Joh. Harber, den 69jährigen Maurer Joh. Drechner und den 69jährigen Bauarbeiter Joh. Möwe. Harber war auf der Stelle tot, der Säulenkopf hatte ihn ins Hintergehirn getroffen, Drechner erlitt einen Beinbruch und schwere Rückenverletzungen. Möwe kam mit leichten Verletzungen davon. Es ist nicht bloßer Zufall, daß nur ältere Leute verunglückt sind; die jungen konnten aber die herumschwebenden Formasten und sonstigen Utensilien selber hinweg. Angerufen ist, daß Peters auch alte Leute beschäftigt, um so mehr mühe er aber für glatte Bahn sorgen. Am Nachmittag erzielte Peters ein Weiterarbeiten nur mit dem Hinweis, daß die Säule unterteilt sei. Auf Geheiß des Poliers ist dann aufgeführt worden. Die erste Unternehmung nahm Mar. Heinrichs, Senator und Baugewerkmeister, vor. Am 6. März d. J. war ein technischer Baumeister am Bau, wie es schien, eigens zur Untersuchung entsandt. Er hatte eine kurze Unternehmung mit dem Polier und dem Meister. Die sonst Beteiligten befragte er nicht. Am 6. März ließ man es beim Aufsteigen der Unterlage, trotz des Vorfalls, bei einem mangelhaften Absteigen der freistehenden Säulen bewenden.

**\* Submissionsbilden.** Die Bauherrschaft in Nürnberg hatte die Submission für Zimmermannsarbeiten beim Abbruch einer Güterhalle und Aufbauen je einer Kistenrampe in Nürnberg und Fürtz aus diesem Abbruchmaterial eröffnet. Die Submittenten stellten nachstehende Forderungen:

	Währungs- einheit des Landes in Nürnberg	Währungs- einheit des Landes in Fürtz	Währungs- einheit des Landes in Nürnberg	Währungs- einheit des Landes in Fürtz	Währungs- einheit des Landes in Nürnberg	Währungs- einheit des Landes in Fürtz
J. Wickmann, Nürnberg	M. 2348	746	2585	5828		
J. Rehr	1500	576	2140	4217		
Boch & Sohn	960	511	2591	4082		
Wisch & Göbel	990	561	2293	3774		
Heinrich Lindhardt	860	608	2288	3761		
Giesl in Fürtz	885	547	2184	3686		
Wagner	540	602	2275	3417		
Schneider	480	886	1853	3219		
Macher	445	543	2178	3007		
Wimmer	650	328	1194	2172		
J. Bauer & Söhne	290	351	1144	1785		

Es besteht somit zwischen der höchsten und niedrigsten Forderung ein Unterschied von 230 (11) Prozent.

**Bauarbeiterentscheid im Verzug zum Braunschweig.** Das Vorgehen der Bauarbeiterentscheid in Braunschweig für einen besseren Bauarbeiterentscheid ist nicht ganz ohne Erfolg geblieben. Das Ministerium publizierte am 3. Februar in Nr. 8 der „Gesetz- und Verordnungsammlung“ eine „Anweisung“, betreffend Sicherheitsvorkehrungen bei der Ausführung von Bau- und Abbrucharbeiten. Die ganze Verordnung umfaßt 15 Paragraphen und tritt mit dem 1. März 1906 in Kraft. Ihre vollständige Wiedergabe ist hier natürlich nicht möglich, es ist aber zu wünschen, daß sich die im Braunschweigischen liegenden Zweigvereine mit der Verordnung recht vertraut machen und dafür sorgen, daß sie allen Bauarbeitern bekannt wird. Falls es sich nicht ohne größere Kosten bezirken läßt, sie jedem Organisationsmitglied in einem billigen Abdruck zugänglich zu machen, wird es sich empfehlen, daß die Zweigvereinsvorsitzenden in den Versammlungen recht oft auf ihre Bestimmungen hinweisen und sie nötigenfalls erläutern. Der § 1 bringt u. a. die Bestimmungen, daß die Arbeiter alle von ihnen wahrgenommenen Mängel dem Bauleiter mitteilen haben, daß Betrunkene nicht beschäftigt werden dürfen, und daß der Geizhals und, und der Handel mit Alkoholla auf den Baustellen überhaupt verboten ist. Dafür ist aber auf den Baustellen für gutes Trinkwasser und für eine angemessene Schlafgelegenheit zu sorgen. Im § 2 werden für alle Bauten, die an Straßen oder Plätzen liegen, wo Menschen zu verkehren pflegen, Bäume von wenigstens 1,40 m vorgeschrieben, der § 3 erbet von den Stützbäumen, die bei allen Bauten, die weniger als 5 m von der Straßenecke entfernt liegen, angebracht werden müssen. Der § 4 ist den Baubuden gewidmet. Sie müssen so groß sein, daß auf jeden Arbeiter 0,75 qm Bodenfläche entfallen. Die Fußböden müssen aus Holz oder Stein bestehen. Ueber die Fenster, die in den Baubuden anzubringen sind, hat die Verordnung eine Bestimmung, die wir hier zum ersten Male in einer verständlichen Fassung wiedergeben: „In den Baubuden sind gut schließende, zu öffnende Fenster in dem Umfange anzubringen, daß die Gesamtflächenhöhe wenigstens ein Zwölftel der Bodenfläche beträgt.“ Die Buden sind nötigenfalls auch zu beleuchten, regelmäßig zu reinigen und zu lüften. Vom 15. Oktober bis zum 15. April muß sie der Arbeitgeber auf seine Kosten heizen lassen. Geräte usw. dürfen nicht darin lagern, Keller als Baubuden zu benutzen, ist verboten. Der § 5 fahret die Einrichtung der Abort- und Wippen vor. Die Zeit der belassenen freitragenden Laternen ist vorbest. Die Aborten müssen entweder regelmäßig an die Kanalisation angeschlossen sein, oder es müssen dicke Tonnen zur Verwendung kommen, die mindestens alle Woche regelmäßig besichtigt werden müssen. In jedem Bau, der mehr als zwei Stockwerke hat, sind in jedem Stockwerk Treimere aufzustellen. Im § 6 wird angeordnet, daß auf allen Bauten, die mehr als einen Kilometer von einer Wippen entfernt liegen, Verbandkasten vorhanden sein müssen. Die Fürsorge für die Verletzte ist unsern Erachtens recht mangelhaft, ein Verbandkasten sollte auf jedem Bau sein, und er sollte auch nicht nur Verbandstoffe, Binden und Sicherheitsnadeln enthalten, wie die Verordnung vorschreibt, sondern auch antiseptische Mittel; etwa schwache Karbol- oder Jodlösungen. Der § 7 brüdt aus, daß die Unfallverhütungsvorschriften der Bauwerks-gesellschaft als ein Teil der Verordnung gelten. Die §§ 8, 9 und 10 behandeln die Zuständigkeit der Behörden; danach liegt die Ueberwachung der Bauten in Bezug auf Befolgung der Vorschriften den Stadtbauämtern, auf dem Lande den Baukommissionen ob. Auf Wunsch der Gemeindefürsorge können jedoch besondere Sachverständige mit der Ueberwachung betraut werden. Diese Bestimmung sollten unsere Kollegen nicht aus dem Auge lassen; von den Gemeindefürsorge muß überall gefordert



werden. Die Landgemeinden können solche Sachverständige nur im Einverständnis mit der Kreisverwaltung bestellen. In den Schluss- und Strafbestimmungen (§§ 11-15) wird dann noch ausgedrückt, daß bei einzelnen einfachen Bauten von den zuständigen Behörden, Stadtbauämtern und Kreisverwaltungen, Dispositionen der Vorarbeiten erstellt werden können. Einmalige weitergehende örtliche Bestimmungen werden durch die Verordnung nicht berührt. Die Verordnung ist auf allen Arbeitsplätzen wo mehr als 5 Arbeiter beschäftigt sind, auszuhängen. Bei Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen treten Strafen bis zu M. 150 Geldstrafe oder 6 Wochen Haft ein. Außerdem liegt den Behörden die zwingende Durchführung der Vorschriften ob.

Mit diesen Bestimmungen lassen sich gewiß viele Mißstände beseitigen, wenn auch nicht alle, aber Vorbedingung ist auch hier, daß die bauseigenen Arbeiter auf dem Posten sind.

**\* Bautätigkeit in deutschen Städten.** Seit vielen Jahren gibt das statistische Amt der Stadt Köln Vierteljahrsberichte über die dortige Bautätigkeit sowie anfangs- und wende über die Bautätigkeit in deutschen Großstädten heraus. Nach dem Bericht für das zweite Quartal 1905 weist Bremen mit 11,28 Wohngebäuden auf 10 000 Einwohner den verhältnismäßig höchsten Zugang an Wohngebäuden auf. Es folgen Barmen mit 9,81, Duisburg mit 8,81, Düsseldorf, Dortmund, Kiel und Köln mit 4,98, 4,94, 4,52 und 4,24 usw. Am niedrigsten stehen Altona, Magdeburg und Braunschweig mit 0,79, 0,47 und 0,45. Der Durchschnittsbetrag belief sich auf 2,81. — Nach der Zahl der neu entstandenen Wohnungen nimmt Barmen mit 70 auf 10 000 die erste Stelle ein. Den nächstgrößten Zugang hatten Posen mit 45, Duisburg und Kiel mit je 33, Charlottenburg mit 36, Dortmund und Hamburg mit je 31 usw. Am schwächsten stellte sich, auf die Seelenzahl bezogen, die (brutto-) Zunahme der Wohnungen in Altona und Magdeburg mit je 5 und in Braunschweig mit 4 auf 10 000 Einwohner. Der Durchschnitt betrug 20. — Im Vergleich mit dem Bestande zu Beginn der Periode zeigte sich Barmen und Duisburg mit 2,84 und 2,16 p. St. des stärksten Zuwachses. Im übrigen weisen namentlich noch Posen (1,95), Kiel (1,74), Osnabrück (1,37), Halle, Altona und Magdeburg (je 0,20), dagegen sehr niedrige Werte auf. Durchschnittlicher Prozentsatz ist 0,91.

Die Bedeutung des Wohnungszuganges für das Wohnungsangebot richtet sich nach der Höhe des bereits vorhandenen überflüssigen Vorrates von Wohnungen. Der Prozentsatz der leerstehenden Wohnungen stellte sich nach den letzten Zählungen am höchsten in Dresden mit 7,6, auch Breslau, Barmen, Posen, Königsberg, Düsseldorf, Mannheim, Hamburg und Duisburg verfügten mit 5,7, 5,0, 4,7, 4,7, 4,4, 4,2, 4,1 und 4,0 p. St. über eine reichliche oder wenigstens genügende Anzahl unrentierter Wohnungen. Verhältnismäßig wenig Wohnungen standen dagegen in Bremen, Halle, Altona und besonders Dortmund mit 1,8, 1,5, 1,2 und 0,2 p. St. zur Verfügung. Bei Gegenüberstellung des Wohnungszuganges und des überflüssigen Vorrates zeigt sich, daß, soweit Angaben nach beiden Richtungen vorliegen, in Dortmund die starke Bautätigkeit in einem beträchtlichen Wohnungsmangel und umgekehrt namentlich in Dresden, dann aber auch in München, Magdeburg, Königsberg, Essen, Leipzig, Mannheim usw. die geringere Bautätigkeit in einem reichlichen Angebot und leerstehenden Wohnungen begründet war. Andererseits fällt ein hoher Wohnungszugang bei reichlichem überflüssigen Vorrat in Barmen und Posen und eine schwache Wohnungszunahme bei niedrigem Prozentatz leerstehender Wohnungen in Halle und Altona auf, in München und Altona lag allerdings die letzte Zählung der leer stehenden Wohnungen mehr als vier Jahre zurück.

Für die Größe der neu errichteten Wohnhäuser, an der Zahl der Wohnungen gemessen, bilden 20,80 in Charlottenburg, und 2,20 in Bremen die Grenzwerte. Im Durchschnitt kamen auf das Wohnhaus 7,28 Wohnungen. — Geringer besser, wenn auch nicht absoluten Maßstab für die Größe der neu errichteten Wohnhäuser, als ihr der Kölner Bericht benutzt, dürfte übrigens die Zahl der Wohnräume eines Hauses, nicht der Wohnungen, abgeben.

In Köln war die Bautätigkeit gegenüber derjenigen der gleichen Monate (April-Juni) der beiden Vorjahre namentlich durch eine geringere Anzahl von Wohnungsneubauten und durch einen härteren Abbruch alterer Gebäude charakterisiert. Durch den Abbruch von Wohngebäuden, an dem übrigens die Vororte verhältnismäßig stark beteiligt waren, gingen 140 Wohnwohnungen ein, gegen 58 im Vorjahre, darunter 109 bzw. 32 Kleinwohnungen (mit je 1 bis 3 Zimmern). Infolgedessen blieb auch der reine Wohnungszugang gegen die Vorjahre mit um 71 Wohnungen und, was seit dem Jahre 1902 nicht mehr vorgekommen war, das Wohnungsangebot hinter der Wohnungsnachfrage um 52 Wohnungen zurück.

Wir entnehmen diese Darstellung der „*Kommunalen Praxis*“. Diese Zeitschrift, auf die wir wiederholt aufmerksam machen, bietet eine Fülle gemeindefortschrittlichen Materials. Sie ist zum Preise von M. 2,50 pro Quartal durch alle Buchhandlungen und Postanstalten zu beziehen. Wer sich für Gemeindegangelegenheiten interessiert, sollte sie sich zulegen.

### Aus anderen Berufen.

**Konferenz der Vertreter der Vorstände der Zentralverbände.** Auf dem Stuttgarter Gewerkschaftskongress wurde der Generalkommission anheimgegeben, alljährlich einmal eine Konferenz der Zentralverbände zu veranstalten, damit den Vorständen Gelegenheit gegeben werde, neuanstehenden Fragen in gemeinsamer Aussprache näher zu treten und einwige Differenzen zu erledigen. Die Generalkommission hat dieser Anregung Folge gegeben. Die diesjährige Konferenz der Vorstände, abgehalten in Berlin, vom 19. bis 23. Februar 1906, die dritte nach der Weihenlocher, hatte sich mit einer außerordentlich umfangreichen Tagesordnung zu beschäftigen. Durch Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses war ihr neben verschiedenen Anträgen, die die Schaffung einheitlicher Lebertritätsbedingungen sowie die Anstellung von Gewerkschaftssekretären im Kleinlande betrafen, die Aufgabe zugewiesen, hinsichtlich der Regelung von Grenzfreiheiten zwischen einzelnen Gewerkschaften an Stelle der vom Kongress aufgegebenen Resolution auf ein Protokoll bis zum nächsten Gewerkschaftskongress zu schaffen.

Neben der Erledigung dieser pflichtgemäßen Aufgaben ergab sich für die Gewerkschaftsvorstände die Veranlassung, sich eingehender mit der Agitation in Oberdeutsch, sowie mit den aus den vorjährigen großen Streiks und Ausperrungen gemachten Erfahrungen zu beschäftigen. Der der Generalkommission zur Erörterung überreichte Antrag, gewerkschaftliche Unterrichtsarbeit einzuführen, war in seiner Vorbereitung soweit gebildet, daß er den Vorständen zur Begutachtung vorgelegt werden konnte. Endlich veranlaßten Anträge aus Kreisen der Vorstände die Generalkommission, eine Aussprache über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften herbeizuführen. Diese zum Teil umfangreichen Verhandlungen bewirkten eine fast fünfjährige Dauer der Konferenz, zu welcher diesmal auch die Abstände der Gewerkschaftspresse und die von der Generalkommission unterhaltenen Gewerkschaftssekretäre in den Außenbezirken beratend hinzugezogen waren, da eine Reihe von Fragen, über welche verhandelt wurde, ihre Teilnahme erforderte sein ließen. Die Konferenz billigte dies, in der Voraussetzung, daß diese Erweiterung des Teilnehmerkreises nur eine ausnahmsweise sei.

In der Behandlung der Frage der Grenzfreiheiten vertrat die Konferenz die Auffassung, daß die Entscheidung über einzelne Grenzfreiheiten auszuscheiden sei und nur allgemeine Grundsätze, betreffend die Vermeidung und Regelung solcher Streitigkeiten, zu beraten seien. Eine Ausnahme hiervon wurde bezüglich der Abgrenzung des Verbandes der in Gemeinden und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter sowie hinsichtlich der Organisation der Gewerkschaftsangehörigen gemacht, da es sich im ersten Falle um die Zusammenfassung der Beschäftigten einer früheren Konferenz, im letzten Falle um Stellungnahme gegenüber einer neu gegründeten Sonderorganisation handelte.

Die Auseinandersetzungen über die Grundsätze, nach denen etwaige Grenzfreiheiten zu behandeln seien, förderten erhebliche gegenseitige Auffassungen zwischen den Vertretern der Industrie- und der Gewerkschaften zu Tage. Weit schärfer aber waren die Gegensätze zwischen den Anhängern der Berufs- und denen der Betriebsorganisation, in deren Mittelpunkt der Streit der Brauer und Handels- und Transportarbeiter über die Organisationszugehörigkeit der in Brauereien beschäftigten Verkäufer steht. Auch die Organisation der ungelerten Hilfsarbeiter hatte zu weitgehenden Differenzen, insbesondere mit den Verbänden der Fabrikarbeiter bzw. Bauarbeiter geführt. Ferner wurde die Frage der Organisationszugehörigkeit der regelmäßig ihren Beruf wechselnden Arbeiter in Saisonberufen, sowie die Pflicht der Doppelorganisation solcher Gewerkschaftsmitglieder, die einen regelmäßigen Nebenberuf ausüben, in die Debatte gezogen. Das Ergebnis der einhundertstündigen Verhandlungen über diese Streitfragen bildete die Annahme einer Resolution der Generalkommission, ergänzt durch Zusatzanträge von Vertretern der Fabrikarbeiter und Gastwirtschaftsgehilfen, die folgenden Wortlaut hat:

„Die der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossenen Verbände anerkennen, beifügen Vermeidung von Differenzen, aber das gegenseitige Agitationsgebiet die folgenden Grundsätze:

Die gewerkschaftliche Entwicklung vollzieht sich ununterbrochen in der Richtung des Zusammenwachsens der Organisationen zu großen, leistungsfähigen Verbänden. Keinerseits Eingriffe in diese sich selbstvollziehende Entwicklung würden diese nicht fördern, sondern nur erschweren und stören und erweist sich deshalb eine endgültige Grenzregulierung durch Konferenz- oder Kongressbeschlüsse als unzulässig.

Um ein gezieltes Nebeneinander- und Zusammenwirken der Gewerkschaften zu gewährleisten, wird denselben unter Anerkennung des gegenwärtigen Organisationsstandes empfohlen, ständige Agitationsgebiete durch besondere Vereinbarungen mit den in Betracht kommenden Verbänden abzugeben und alle Fragen der beruflichen wie gemeinsamen Agitation, des Uebertritts von Mitgliedern und des Zusammenwirkens bei Lohnbewegungen durch feste Bestimmungen (Kartellverträge) zu regeln.

Die lokale Anerkennung des Organisationsstandes erfordert die Unterlassung jeder unautonomen Agitation, besonders mit Hinweis auf niedrigere Beiträge, die Zurückweisung Aufnahme-gewinnende Anwerbung und Regelung ihrer Verbindlichkeiten jedes Druckes als vorübergehend in anderen Berufen beschäftigte Gewerkschaftsmitglieder. Die letzteren dürfen Mitglieder ihrer Organisation bleiben, haben sich aber bei gewerkschaftlichen Aktionen den Direktiven des Verbandes ihres jeweiligen Berufes zu fügen. Organisierte Arbeiter, die alljährlich regelmäßig ununterbrochen länger als sechs Wochen zu einem und demselben Beruf über-treten, müssen sich immer der Organisation des Berufes anschließen, in dem sie arbeiten. Organisierte Arbeiter, die dauernd in zwei Berufen tätig sind, haben sich beiden in Betracht kommenden Berufsorganisationen anzuschließen.

Die dauernd in Betrieben fremder Berufe beschäftigten Arbeiter sind der Organisation ihres Berufes zuzuführen; Abweichungen von dieser Regel sind nur statthaft auf Grund vorheriger bestimmter Vereinbarungen zwischen den beteiligten Zentral- bzw. Gaunverbänden. — Besteres gilt auch für die Ausnahmen berufstätiger gewerkschaftlicher Arbeiter in Gemeinden, Staats- und Gewerkschaftsbetrieben. Folie für Arbeiter, für die am Orte eine Organisation ihres Berufes nicht besteht.

Sofort besondere Kartellverträge über die gemeinsame Behandlung von Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen nicht bestehen, haben bei Bewegungen, die mehrere Berufsorganisationen umfassen oder Bewegungen für solche erzwungen, die betroffenen Verbände sich vorher über die Unter-schließung der Mitorganisanten zu einigen. Bei gemeinsamen Streiks wie auch bei Beteiligung einzelner Mitglieder anderer Gewerkschaften an Ausständen, unterstützen jede Organisation nur die eigenen Mitglieder.

Nach etwa abgeschlossenen Kartellverträgen ist der Generalkommission durch Übermittlung einer Abschrift Kenntnis zu geben.

Eine von Vertretern des Metallarbeiterverbandes beantragte Resolution wurde in namentlicher Abstimmung mit allen gegen acht Stimmen abgelehnt.

Der Antrag der Vertreter der Metallarbeiter lautete: Die Konferenz der Gewerkschaftsvorstände beschließt: für die Abgrenzung der einzelnen Gewerkschaften sind fernerhin folgende Grundsätze maßgebend:

Arbeiter — gelernte und ungelernte — die in einem Betriebe zusammen arbeiten und deren Tätigkeit bei der Herstellung von Produkten organisch zusammenhängt, sind in dem für ihren Beruf erstellten Industrieverband zu organisieren.

Sogenannte betriebsfremde Arbeiter, z. B. Maurer und Arbeiter aller Art in Betrieben der Metallindustrie, Metallarbeiter aller Art in Betrieben der Holzindustrie usw., Handels- und Transportarbeiter in Fabriken und in Gemeindebetrieben, sind dem Industrieverband ihres Berufes oder wenn ein solcher nicht besteht, der zuständigen Berufsorganisation zuzuführen.

Es ist deshalb jede Agitation als unzulässig zu bezeichnen, die gegen diesen Grundsatz verstoßt. Ebenso unzulässig ist jede Agitation, die den Zweck hat, Mitglieder ihrer Organisation abzuwerben zu machen, insbesondere wenn die Erhebung niedriger Beiträge dabei als Lockmittel angewendet wird.

Ein Antrag des Vertreters des Verbandes der Handels-, Transport- und Vertriebsarbeiter, im Abt. 4 der Resolution der Generalkommission hinter „Gewerkschaftsbetrieben“ einzufügen: „für die in Betrieben der Industrie beschäftigten Handels- und Transportarbeiter“, wurde vom Antragsteller zurückgezogen, nachdem der Vertreter der Generalkommission zu Protokoll erklärt, daß der Antrag überflüssig sei, weil die Handels- und Transportarbeiter in Produktionsbetrieben gemäß der Resolution als „dauernd in Betrieben fremder Berufe beschäftigte Arbeiter“ aufzufassen und der Organisation ihres Berufes zuzuführen seien.

Nach Erledigung dieser Angelegenheit wurde ohne weitere Debatte folgende Resolution, betreffend die Schaffung möglichst einheitlicher Uebertrittsbedingungen angenommen:

Den Verbänden wird empfohlen, eine Bestimmung in das Statut aufzunehmen, die den Uebertritt der Mitglieder in einen anderen, der Generalkommission angeschlossenen Verband nach folgenden Grundsätzen regelt:

1. Die Mitglieder, welche zu einem anderen Beruf übergehen und sich in der Organisation, der sie bisher angehört, regelrecht abmelden und die Beiträge voll entrichtet haben, sind vom Beitrittsgebot der anderen Organisation befreit.

2. Die Dauer der Mitgliedschaft, die das Mitglied in seiner bisherigen Organisation erreicht hatte, ist in der Weise anzuzurechnen, daß die geteilten regelmäßigen Verbandbeiträge summiert werden und auf Beiträge der neuen Organisation umzurechnen sind.

3. Die durch Umrechnung sich ergebende Dauer der Mitgliedschaft kommt auf die in der neuen Organisation vorgesehene Karenz und auf alle vorhandenen Unterhaltungsbeiträge in Anwendung. Im Unterhaltungsfall gilt die Karenz, die nach den Bedingungen der bisherigen Organisation zwischen der letzten und der neubeziehenden Unterhaltung zu liegen hat.

Hinsichtlich der Abgrenzung des Agitationsgebietes der Gemeindebetriebsarbeiter lagen lebhaftest Bedenken der Verbände der Stein- und Gärtnerei vor, daß der Verband der Gemeindebetriebsarbeiter die seitens der vorhergehenden Konferenz der Vorstände in dieser Frage gefassten Beschlüsse weber beachtet, noch auch seinen Mitgliedern kundgegeben habe. Er beantragte in Gemeinschaft mit den Vorständen der Handels- und Transportarbeiter sowie Appellanten eine Resolution, die nicht bloß den vorstehenden Beschlüssen der Vorstände erneuert, sondern dem Verbande der in Gemeinden- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter zugleich eine scharfe Mißbilligung ausspricht und bei weiterer Nichtbeachtung dieser Beschlüsse den Ausschluss aus den Reihen der freien Gewerkschaften empfiehlt. Der Vertreter dieses Verbandes wies auf die innere Kritik hin, die das Ausscheiden Boerichs aus dem Verbande zurückgelassen habe, machte für die Meinungen mit anderen Verbänden die nicht einwandfreie Leitung Boerichs verantwortlich und erklärte, alles aufzuheben zu wollen, um den Konferenzbeschlüssen Geltung zu verschaffen. Nach dieser Erklärung wurde das Mißbilligungsvotum, wie auch die Ausschlussproklamation gegen den genannten Verband seitens der Antragsteller zurückgezogen und die Konferenz begnügte sich mit der Annahme folgender Erklärung:

„Die Verhandlungen des Verbandes der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterange-stellten haben nichts gemeinsam mit den Bestrebungen der Industrieverbände.

Während die Industrieverbände ein Produkt der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung darstellen, stellt dem Verbande der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unterangeordneten, soweit derselbe seine Tätigkeit auf die gewerblichen Betriebe, das Verkehrswesen, Garten- und Parkverwaltungen auszuüben bestrift ist, jede verlässige Grundlage und handelt es sich bei diesen nur um eine künstliche Zusammenfassung der vertriebsdienlichen, betriebsfremden und beruflich voneinander vollständig unabhängigen Einzelbetriebe durch ein rein äußerliches Band. Die Folge dieser Bestrebungen ist lediglich eine Verpöhrung, teilweise sogar vollständige Zerschlagung der für diese gewerblichen usw. Berufe in Betracht kommenden Gewerkschaftsorganisationen.

Die heutige Konferenz der Vorstände erneuert deshalb den Beschluß der im Oktober 1904 stattgehabten Konferenz.

Gegen die Gründung von Sonderorganisationen der Angestellten in Gewerkschaftsbetrieben wendete sich ein Antrag des Vertreters des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfen (Hamburg). Den Antrag dazu bildete die Gründung einer Sonderorganisation der besoldeten Vorstandsmitglieder von Konsumvereinen gelegentlich des Stuttgarter Gewerkschaftstages. Gegen diese Sonderorganisation wurde geltend gemacht, daß sie die Angestellten davon abhalte, ihre Kräfte der Gewinn-sicherung der Hunderttausende und Millionen im Dienste des Privatkapitals zu widmen, und daß sie lediglich der Erreichung von Sonderinteressen diene. Es sei Pflicht der in festerer gewerkschaftlicher Position Angestellten, am Kampfe gegen das Privatkapital, den sie anderen überlassen wollen, teilzunehmen. Nach der Erklärung, daß der Antrag nicht unter allen Umständen eine Ver-schmelzung des bereits der Generalkommission angeschlossenen Lagerarbeiterverbandes mit dem Zentralverband der Handlungs-gehilfen fordere, wurde ersterer gegen zwei Stimmen in folgendem Wortlaut angenommen:

Die Gründung von Sonderorganisationen für Angestellte oder Arbeiter in Konsumvereinen ist prinzipiell zu verwerfen. Diese Angestellten und Arbeiter sind vielmehr verpflichtet, dem für ihren Beruf bestehenden Zentralverband anzugehören und dort an dem gewerkschaftlichen Kampf gegen das privatkapitalistische Unternehmertum zur Verbesserung der Lage der gesamten Berufsangehörigen teilzunehmen.



Mit einer weiteren Erklärung des Vorliegenden, wonach demnach eine Ausdrucksweise der Verbandsvorstände der Handlungsgehilfen und Lagerhalter über eine angabende Verschärfung stattfinden soll, erklären sich die beiderseitigen Vertreter einverstanden.

Die danach erfolgende eingehende Beratung über die Agitation in der Beschäftigten, ergab im allgemeinen ein Einverständnis darüber, daß die gegenwärtige Situation im vorliegenden Bezirk als geeignet erscheint, die seitens der freien Gewerkschaften erzwungenen Positionen durch Aufstellung besoldeter Bezirksleiter und Gewerkschaftssekretäre weiter zu befähigen. Im besonderen wurde auf die Schwierigkeiten, die der Agitation aus dem Mangel von Versammlungsorten erwachsen, hingewiesen und die Generalkommission beauftragt, nach Maßgabe der vorhandenen Mittel den Anträgen auf Beschaffung von Versammlungsorten in diesem Bezirk möglichst entgegenzukommen, jedoch mit der Einschränkung, daß keinerlei Zuschüsse zum Bau von Gewerkschaftshäusern gegeben werden dürfen.

Die der Vorstandskonferenz vom Kölner Gewerkschaftsfest, überwiegenen Punkte 12 und 14, bet. Anstellung eines Gewerkschaftssekretärs für Rheinland-Westfalen und eines Arbeitersekretärs für Mittel- und Ostdeutschland wurden abgelehnt, da der erstere zum guten Teile durch Schaffung einer Agitationskorrespondenz in Düsseldorf, der letztere durch zahlreiche Anstellungen von Gewerkschaftsbeamten im vorliegenden Bezirk als erledigt gelten könne.

Schließlich der Einrichtung von Unterrichtskursen unterbreitet die Generalkommission folgendes Programm der Beratung der Konferenz:

1. Die Vorbereitung und Durchführung der gewerkschaftlichen Unterrichtskurse erfolgt durch die Generalkommission.
2. Zunächst finden in den Monaten September und November 1906 Kurse statt. Vortragende und Vorträge sind in beiden Monaten dieselben. Die Kurse werden im Saal 3 des Berliner Gewerkschaftshauses abgehalten.
3. Die Anzahl der Teilnehmer ist auf 50 beschränkt.
4. Jeder Kursus dauert vier Wochen. Während dieser Zeit werden an jedem Werktage vier Vorlesungen gehalten. Außerdem finden täglich zwei Diskussionsstunden statt. In den Diskussionsstunden wird unter Leitung des betreffenden Lehrers einer der behandelten Gegenstände besprochen.
5. Die Vorträge, die je dreierlei Stunden dauern, finden statt Vormittags von 9-12 und Nachmittags von 3-4 Uhr.
6. Die Diskussionsstunden sind von 4-6 Uhr.
7. Die Teilnehmer, am Kursus haben die Verpflichtung, sämtliche Vorträge und Diskussionsstunden zu besuchen. Ueber die Teilnehmer wird ein Kontrollbuch geführt.
8. Zur Teilnahme sind berechtigt in erster Linie die besoldeten Gewerkschaftsbeamten, gleichviel, ob die Kosten von ihnen selbst oder von den betreffenden Organisationen getragen werden. In zweiter Linie kommen diejenigen in Betracht, die von einer Organisation auf Organisationskosten entlastet werden. Sollte dann noch Platz vorhanden sein, so kann auch anderen Gewerkschaftsmitgliedern die Teilnahme gestattet werden.
9. Am Unterrichtsorte anwesenden besoldeten Gewerkschaftsbeamten kann, wenn es der Platz erlaubt, gestattet werden, sich an einzelnen Vorträgen und den dazu gehörenden Diskussionsstunden zu beteiligen.
10. Die Ausgabe für Schule und Lehrkräfte befreit die Generalkommission. Die Aufenthaltskosten der Schüler sind, soweit sie nicht selbst getragen werden, von den Organisationen zu zahlen, die Schüler entsenden.
11. Für die Kurse sind folgende Vorträge in Aussicht genommen:

1. Theorie und Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung.
2. Die gegnerischen Gewerkschaftsorganisationen in Deutschland.
3. Die Gewerkschaftsbewegung im Auslande.
4. Die Versicherungsgelegenheit.
5. Die Arbeiterkassenbestimmungen.
6. Die Gewerbeordnung.
7. Einführung in die Nationalökonomie.
8. Kartelle und Unternehmervereinigungen.
9. Vorbedingungen der Statistik.
10. Einführung in die gewerkschaftliche Literatur.
11. Durchführung und kaufmännischer Verkehr.

Zu erwägen war, ob Spezialkurse für Arbeitersekretäre, Redakteure, Kassabeneamt usw. den allgemeinen Kursen vorzuziehen seien. Die Generalkommission entschied sich trotz der leichteren Durchführbarkeit der ersteren für deren vorläufige Zurückstellung, da das größere Bedürfnis nach allgemeinen Kursen vorhanden sei. Bei der Auswahl der Lehrkräfte konnten für erste nur solche, die in Berlin und Umgebung domicilieren, in Betracht kommen. Später könne die fliegende Anstellung von Lehrkräften ins Auge gefaßt werden. Dagegen sei die Einrichtung von Wanderkursen auszuschließen. Die Honorierung der Lehrkräfte sei derart zu bemessen, daß tüchtige Kräfte gewonnen werden können.

Nach längerer Diskussion, in welcher die Bedeutung der theoretischen Grundlagen der Gewerkschaften hervorgehoben wurde, fand das Programm der Generalkommission allgemeine Billigung.

Die Erfahrungen aus den jüngsten großen Streiks und Ausperrungen wurden in mehrstündiger Debatte erörtert; doch konnte dieser Meinungsaustausch ein abschließendes Ergebnis nicht geigen, da auch die Gesamtvorstände der einzelnen Gewerkschaften über die aufgeworfenen Fragen beraten mußten.

Zu längeren Auseinandersetzungen führte der letzte Tagesordnungspunkt: „Partei und Gewerkschaften“, in deren Verlauf lebhaftes Bedenken über eine Reihe systematischer Angriffe verschiedener Parteiorgane und gewisser Parteireize auf die Gewerkschaften, insbesondere auf deren Führer und Presse erhoben wurden. Schon während und nach dem großen Bergarbeiterkampf im Ruhrrevier, besonders aber nach dem Kölner Gewerkschaftsfest, wurde in diesen Angriffen und in der Herabsetzung der Gewerkschaften seitens einzelner Parteiorgane ein Entschlossenes geleistet. Bei aller Uebereinstimmung der gewerkschaftlichen und der politischen Arbeiterbewegung in den grundsätzlichen Auffassungen und in den letzten Zielen des proletarischen Kampfes, bei aller Notwendigkeit und allem guten Willen, einig zu sein und schwebende Differenzen durch Verständigung auszugleichen, könne man diese Angriffe doch nicht ruhig über sich ergehen lassen, wenn nicht das Ansehen der ganzen Gewerkschaftsorganisation bei Freund und Feind darunter leiden sollte. Besonders sei es die Pflicht der Gewerkschaftspresse, solche Angriffe

rassch und entschieden zurückzuweisen und ihre Solidariät auch einzelnen von Parteiorganen angegriffenen Gewerkschaftsredakteuren gegenüber zu bekunden. Doch solle die Zurückweisung in Inhalt und Form dem Gemeingeist der gesamten Arbeiterbewegung angemessen sein und nicht der Schürung der Zwietracht dienen, wie so häufig die Anrempelungen unbeforderter Gewerkschaftskritiker. Die Generalkommission sei nach wie vor berufen, in allen die gewerkschaftliche und politische Arbeiterbewegung gemeinsam berührenden Fragen rechtzeitig eine Verständigung mit dem Parteivorstand herbeizuführen. Da indes nach Auffassung des letzteren der Kritik der Parteipresse selbst der Gewerkschaftsbewegung gegenüber keinerlei Schranken gezogen werden könnten, so könne auch der Gewerkschaftssekretär nur dringend empfohlen werden, von ihrem Rechte der freien Kritik künftig ebenfalls mehr als bisher den notwendigen Gebrauch zu machen. Von der Fassung eines Beschlusses wurde abgesehen; die Konferenz begnügte sich, ihr Einverständnis mit der diese Ausführungen zusammenfassenden Erklärung des Vorliegenden zu bekunden.

Schließlich nahm die Konferenz noch eine Erklärung der an der Zentralkommission für Bekämpfung des Kots- und Logiswens beteiligten Vorstände entgegen, die ihr Bedauern darob auszusprechen, daß leistungsfähige Verbände, wie die der Metall- und Holzarbeiter, Brauer, Glaser usw., trotz des verpflichtenden Beschlusses des Kölner Gewerkschaftsfestes, dem auch ihre Delegierten zustimmen, die Unterstützung der Zentralkommission strikte ablehnten und die Bekämpfung dieses schädlichen Systems den weniger leistungsfähigen Gewerkschaften überließen.

Nach Kenntnisnahme von selbständigen Organisationsbestrebungen der Ziegler wurde die Weiterverfolgung dieser Angelegenheit der Generalkommission überlassen.

Damit hatten die fünfjährigen Beratungen ihr Ende erreicht.

**Internationale Verständigung.** Die amerikanische „Federation of Labor“ (Präsident, Compters) hatte auf ihrem letzten Kongress einen Beschluß gefaßt, der einen kleinen Schritt nach vornwärts bedeutete. Der Zentralvorstand wurde nämlich beauftragt, sich mit den gewerkschaftlichen Organisationen von Amerika und Europa in Verbindung zu setzen, um ein Gegenseitigkeitsverhältnis herbeizuführen, wonach die Mitglieder einer Gewerkschaftsorganisation des einen Landes ohne weiteres Mitglied in der betreffenden Berufsorganisation eines anderen Landes werden können, ohne von neuem Eintrittsgeld zahlen zu müssen und den sonstigen Aufnahmebedingungen unterworfen zu sein. Die amerikanischen Gewerkschaften haben bekanntlich in dieser Beziehung viel Ansehen zu Hause gegeben. Die zahlreichen von Europa, besonders auch aus Deutschland, nach Amerika auswandern gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sind in den Vereinigten Staaten, wenn sie in den dortigen Gewerkschaften Aufnahme finden wollen, zur Unterlegung hoher Eintrittsgelder (in einzelnen Fällen bis zu M. 200) gezwungen worden, ja in einigen Organisationen fanden sie überhaupt keine Aufnahme. Es ist also ein Schritt zum Besseren, wenn die amerikanischen Arbeiter jetzt eingesehen haben, daß sie ihre zukünftigen Bestimmungen auf die Dauer nicht aufrecht erhalten können. Der Präsident Compters richtet jetzt in Ausführung des obigen Beschlusses ein Rundschreiben an die deutschen Gewerkschaften.

Unsere Vertreter seitens des großen Heringssteichs haben sich recht lange damit beschäftigt.

**3000-Holzarbeiter ausgesperrt.** Die Unternehmer der Holzindustrie in den sächsischen Orten Geringwalde, Waldheim, Leisnig, Gartha und in einigen dazwischen liegenden Dörfern haben am 3. März ca. 3000 Holzarbeiter, besonders Stuhlbauer und Tischler, ausgesperrt. In den ersten genannten beiden Orten beträgt die Zahl der Aussperrten je ca. 800. Manche Betriebe stehen ganz still, manche sollen, so gut es geht, weitergeführt werden. Die in Geringwalde streikenden Holzarbeiter, wegen deren, da sie eine Unternehmung ablehnen, die Aussperrung in den Nachbarorten erfolgte, sind gewillt, den Kampf entschlossen weiter zu führen. Es geht also wieder los.

**Aus den deutschen Gewerkschaften.** Der „Textilarbeiter“ erscheint jetzt in einer Auflage von 80.000. Die „Gewerkschaft“, das Organ der Gemeinbedienten, hat mit seiner Auflage 25.000 erreicht.

Den bisher erschienenen Jahresabrechnungen der Zentralverbände entnehmen wir folgende Angaben:

Der Zentralverein der Bureauangestellten zählte am Schluss des Jahres 1905 703 Mitglieder gegen 568 in 1904. Der Kassabestand betrug M. 6506,17. Die Mitgliederzahl des Verbandes der Formschneider betrug am Schluss des vierten Quartals 1905 537 Mitglieder gegen 518 am Schluss des vorhergehenden Quartals. Der Vermögensbestand betrug insgesamt M. 17.656,48. Der Verband der Graveure und Ziseure zählte nach seiner Abrechnung am Schluss des vierten Quartals 1905 in 43 Zahlstellen 2366 Mitglieder. Der Lagerhalterverband hatte am Jahreschluss 1618 Mitglieder gegen 1846 am Beginn des Jahres 1905. Der Zentralverband der Schmiede zählte am Jahreschluss 17.191 Mitglieder; der Kassabestand betrug M. 78.429,56. Der Zentralverband der Schuhmacher zählte am Jahreschluss nach der letzten erschienenen Abrechnung vom vierten Quartal in 271 Filialen 28.542 Mitglieder. Der Kassabestand betrug M. 815.145,09.

**Die Aussperrung der Textilarbeiter in Mülhausen i. Elz.** Wie Laizade werden. Nachdem die Arbeiter bei der Firma Frey & Cie. die Arbeit niedergelegt haben, haben die Fabrikanten beschlossen, sämtliche Arbeiter auszusperrern. Wird dieser Beschluß ausgeführt, so dürften 10-20.000 Arbeiter und Arbeiterinnen auf die Straße fliegen. Als die Arbeiter ihre Forderungen, den Gehaltsantrag, geltend machten, verwiesen sie die Fabrikanten auf den Reichstag. Der sollte es gesetzlich festlegen; sie waren ihrer Sache ja so sicher! Der Vorkämpfer der Fabrik Frey & Cie. ist übrigens Vorsitzender der Mülhauser Bibelgesellschaft - er weiß also, wie kapitalistisches Christentum ausschauen muß. Wenn der christliche Religionsführer wiederholt, was würde er diesem Pharisäergesinnung wohl zu sagen haben?

### Gewerbliche Rechtspflege und Arbeiterversicherung

Die Beteiligung der Arbeiter an der Gewerbeversicherung ist eine Forderung, die von der organisierten Arbeitererschaft stets gebilligt und vertreten worden ist. Während die preussische Regierung vor ihr nichts wissen will, setzen in Bayern Parlament und Regie-

zung ihr sympathisch gegenüber. Wir lesen in der „Münchener medizinischen Wochenschrift“:

Die Petition des ärztlichen Bezirksvereins Münden um Anstellung von Ärzten als Aufsichtsbemante bei den Gewerbeinspektionen wurde von der Abgeordnetenversammlung dem Ausschusse für die Staatsregierung zur Würdigung übergeben. Die Anregung fand bei allen Parteien Zustimmung, und es wurde darauf hingewiesen, daß schon in anderen Ländern, so in England und in der Schweiz, die Gewerbeinspektion der Ärzte sich gut bewährt habe und auch Baden und Württemberg dies ins Auge faßten; auf dem Teile der Gewerbeinspektion, der sich mit der eigentlichen Gesundheitspflege der Arbeiter befaßt, könne der Arzt mehr leisten als der beste Gewerbeinspektor und könne dabei nicht durch den Techniker ersetzt werden; eine Reihe wichtiger Fragen könne nur von den Ärzten entschieden werden, so in bezug auf Beleuchtung und Beheizung der Arbeitsräume und deren Einwirkung auf die Gesundheit, die Enqueten über Arbeiterermüdungen, Kränklichkeit, Wochnerinnen usw. Die sogenannten Fabrikärzte könnten derlei Miststände nicht bekämpfen, denn sie ständen immer im Brote des Arbeitgebers, und Privatärzte hätten für diese Dinge keine Zeit. Der Staatsminister Freiherr v. Padowitz erklärte sich dahin, daß die Bezeichnung von Ärzten zur Gewerbeaufsicht von der Regierung eingehend erwogen werde, und zwar sei die Sache in der Weise gedacht, daß die Ärzte der Fabrik- und Gewerbeinspektoren als Sachverständige in hygienischen Fragen beigegeben werden und zunächst mit einigen Ärzten in größeren Bezirken der Anfang gemacht wird.

Das ist ein guter Fortschritt, von dem zu wünschen ist, daß er im ganzen Reiches Nachahmung findet. Es muß hinzutreten die Mitwirkung der organisierten Arbeitererschaft an der Gewerbeaufsicht. Erst dann, wenn sie in all diesen Richtungen ausgeschaltet ist, wird sie ihrem Zweck in befriedigender Weise genügen können.

### Jahresbericht des Zentral-Arbeitersekretariats für das Jahr 1905.

Das Zentral-Arbeitersekretariat hat im Jahre 1905, dem dritten Geschäftsjahre, abermals eine gesteigerte Tausendnahme zu verzeichnen. Die Mehrzahl der uns übergebenen Aufträge erhielten wir durch die Arbeitersekretariate; einen nicht unerheblichen Teil der Streikschancen übernahmen uns die Gewerkschaftsvorstände, die Gewerkschaftskartelle und die organisierten Arbeiter selbst. Ferner nahmen unsere Hilfestellungen zahlreiche in der Arbeiterbewegung bekannte Personen in Anspruch. Daß wir nicht in jedem Fall unseren Auftraggebern mit der freudigen Antwort des vollen Erfolges dienen konnten, ist selbstverständlich; was in unseren Kräften lag, ist zu Gunsten der verletzten oder unzufriedenen Arbeiter unternommen. Dem Zentral-Arbeitersekretariat sind im verfloßenen Jahre 1098 Streikschancen zur Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt und den Schiedsgerichten überwiesen worden; 1904 betrug die Zahl 988 und 1903 633; mithin gegen das Vorjahr ein Mehr von 130. Mit den nicht erledigten acht Streikschancen aus dem Jahre 1903 und den 202 aus dem Jahre 1904 waren 1308 Sachen zu verarbeiten, gegen 1089 im Vorjahre. Im Jahre 1905 sind durch Urteile, Vergleichs- oder Abgabe des Anspruchs 1000 erledigt, gegen 879 im Jahre 1904. Ungeklärt blieb eine Streikschance aus dem Jahre 1903, 84 aus dem Jahre 1904 und 273 aus dem Jahre 1905.

In einigen Streikschancen fanden mehrere Termine vor dem Reichsversicherungsamt statt, oder die Vertretung geschah bereits vor dem Schiedsgericht, bei besonders wichtigen Zeugenvernehmungen sind auch Termine vor den Auswärtigen Gerichten wahrgenommen. Außerdem erwies sich in 145 Fällen die Mithilfe als notwendig, da das uns übergebene Material zur Information ungenügend war, oder der Verletzte von den ärztlichen Gutachten überhaupt keine Kenntnis hatte, so daß, besonders bei wichtigen Anträgen, unsere Mithilfe durch Einsicht der Genossenschafts- und Schiedsgerichtsakten auf dem Reichsversicherungsamt vervollständigt werden mußten. Im allgemeinen können wir die erfreuliche Tatsache konstatieren, daß, von unseren Arbeitersekretariaten in der Regel die Akten so vollständig eingeholt werden, als der Verletzte selbst Aufschluß von den Inhalten im Vorverfahren erhalten hatte. Damit wird uns manche recht zeitraubende Arbeit erspart. Dagegen erhalten wir von anderer Seite meist ein sehr mangelhaftes Material, das nach vieler Mühe erst vervollständigt werden kann.

Die verchiedenen Reichsstreikschancen ergeben bei den Ansprüchen aus den Unfallversicherungsgelegenheiten folgendes Gruppenbild:

Gegenstand	Zahl der Fälle	Entscheidung für den Verletzten		Mithilfe durch Genossenschaft	
		zu Gunsten	zu Ungunsten	Beauftragte abgelehnt	Beauftragte angenommen
Anerkennung eines Betriebsunfalles	58	32	19	6	1
Höhe der ersten Renteentscheidung	211	105	69	35	2
Erkrankung, ob Krankheit Unfallfolge	66	18	35	14	1
Höhe des Jahresarbeitverdienstes	466	211	170	74	11
Wegen Verheimlichung des Lebensantrag auf höhere Rente	8	5	3	—	—
Hilfsleistungen	47	10	18	16	1
Hinterbliebenenrente	6	5	1	—	—
Hinterbliebenenrente	78	20	50	8	—
Unzulässiger Wechsel	8	1	2	—	—
Unzulässiger Wechsel	1	—	—	3	—
Verjährung, Wiederaufnahme des Verfahrens, Wiedereinstellen in den vorigen Stand	16	6	6	4	—
Streikschancen der Arbeiter	1	1	—	—	—
Zusammen	964	418	373	160	2



Die Zahl der Maturisten ist höher als die Zahl der Streitsachen, da in einigen Fällen von beiden Parteien Maturisten eingelegt wurde und in der Tabelle jeder Maturist verzeichnet ist. Als einen günstigen Abschluss des Streitsverfahrens erachtet wir auch die Fälle, in denen dem Antrag der Verletzten teilweise stattgegeben worden ist. Es sind somit einschließlich der beiden Maturisten, die von der Berufungsgenossenschaft zurückgenommen wurden, 415 Maturisten teilweise und mit vollem Erfolg für die Verletzten zum Abschluss gekommen, gegen 373, die zu Ungunsten der Verletzten entschieden wurden. Als ausgleichendes und für eine mündliche Vertretung ungeeignet schieden 160 Sachen aus.

An außergerichtlichen Kosten sind den Verletzten M. 1680,50 zugesprochen. Es sind das Kosten, die für ärztliche Entschäden oder persönlichen Erscheinen vor Gericht den Verletzten entstanden sind.

Die folgende Tabelle gibt eine Zusammenstellung der Entschädigungen, verteilt auf die einzelnen Berufsgenossenschaften. (Wir entnehmen dem Bericht nur die Zahlen aus den Berufs-Vertrauensgenossenschaften. D. Red.)

Berufsgenossenschaften	Dem Rufus der Berufsgenossenschaft wurde		Dem Rufus der Verletzten wurde		Gesamt
	teilweise	vollständig	teilweise	vollständig	
Hamburghische Bauergewerkschaft	1	—	—	—	1
Norddeutsche Bauergewerkschaft	1	—	2	1	4
Schlesisch-Pommersche Bauergewerkschaft	—	—	—	—	—
Hannoversche Bauergewerkschaft	1	—	—	—	1
Magdeburger Bauergewerkschaft	—	—	—	—	—
Sächsische Bauergewerkschaft	2	1	2	1	6
Thüringische Bauergewerkschaft	1	2	—	—	3
Hessen-Pfälzische Bauergewerkschaft	—	—	—	—	—
Rheinisch-Westfälische Bauergewerkschaft	1	—	2	1	4
Südwestliche Bauergewerkschaft	—	—	—	—	—

#### Invalidentrenten-Streitsachen

Hatten wir im Jahre 1905 59 Eingänge zu verzeichnen gegen 35 im Vorjahre. Mit den drei innerliegenden Sachen aus dem Jahre 1904 waren somit 62 Invalidentrentensachen zu bearbeiten, davon sind in der Revisionssinstanz 55 durch Urteil oder Zurücknahme des Rechtsmittels erledigt. Die Versicherungsanstalten wurden in 3 Fällen mit ihrer Revision zurückgewiesen, in einem Fall wurde die Rente vom Versicherungsamt auf die Revision der Versicherungsanstalt aufgehoben und in 5 Fällen die Sache an das Schiedsgericht verwiesen. Die Revision der Verletzten hatte in 16 Fällen keinen Erfolg, in einem Falle wurde die Rente gleich in der Revisionssinstanz zuerkannt und in 11 Fällen die Sache an die Vorinstanz verwiesen. In 15 Fällen ergaben die Vertretungen nicht anständig, weil die Revision vollkommen ausrichtungslos war und in drei Fällen ist die Revision zurückgenommen. Da in der Revisionssinstanz nur selten die Urteile der Schiedsgerichte dahin geändert werden, daß der Anspruch der Verletzten anerkannt wird, so bedeutet die Zurückweisung an die Schiedsgerichte oder Landesversicherungsanstalt immer einen Erfolg für die Verletzten. Von den 37 Invalidentrentensachen, die in mündlicher Verhandlung vertreten wurden, hatten mithin 15 einen Erfolg.

In zahlreichen Fällen mußten wir die Wahrnehmung machen, daß die Verletzten ihres Rentenanspruchs verlustig gingen, weil die Wartezeit nicht erfüllt oder die Anwartschaft verloren war.

Weist sind die betreffenden Arbeiter infolge minderer Leistungsfähigkeit nicht mehr im Stande gewesen, regelmäßig Lohnarbeit zu verrichten, das Markenlohn wird vernachlässigt, bei kurzen Beschäftigungen möglichst unterlassen, so daß schließlich eine zweiwöchige Periode nicht mit 20 Marken oder als Selbstverschärfer 40 Marken belegt ist. Damit ist dann die Möglichkeit, jemals in den Genuss einer Rente zu kommen, vollständig aufgehoben; denn der invalide Arbeiter darf nun nicht weiterleben, weil er als Invalide nicht versicherungspflichtig ist. Es kann deshalb nicht oft genug den Arbeitern in Veranlassungen die Belehrung erteilt werden, daß, wenn sie ohne Beschäftigung sind, sie mindestens Marken der niedrigsten Lohnklasse und die erforderliche Zahl selbst verwenden.

Eingeleitete Streitsachen zu besprechen, müssen wir uns versagen, da in den Verträgen der Arbeiterkassendirektoren dies in genügender Weise geschieht, außerdem haben wir wichtige Entscheidungen in der Presse bekanntzugeben.

Das Zentral-Arbeitersekretariat überträgt in der Zahl der Vertretungen weit die Organisationen unserer Gegner, die sich bemühen, unsere Einrichtungen nachzuahmen. Während die Sekretariate der christlichen Gewerkschaften nur gegen Entgelt die Vertretung übernehmen, werden andererseits keine Rollen beansprucht. Das Vertrauen, das uns die Arbeiterkassendirektoren entgegenbringen, kommt in der regen Zusammenarbeit des Zentral-Arbeitersekretariats zum Ausdruck; was in unseren Kräften liegt, soll gesehen, um dies Vertrauen zu rechtfertigen.

#### Das Zentral-Arbeitersekretariat.

#### Polizei und Gerichte.

\* **Wieder ein Streikführer freigesprochen.** Wegen Streikvergehens hatte sich am 6. März vor dem Schöffengericht in Vellert der Maurer Roman Kirchner zu verantworten. Der Angeklagte hatte zur Zeit des Streikvergehens am 12. Oktober 1904 Streikposten gehalten. Hierbei sollte er dem Ziegler Karl Wöger durch Drohung zu bestimmen versucht haben, an Verarbeitungen und Vereinigungen behufs Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen. Das Verfahren war feierlich eingeleitet worden. Auf Verreiben der Staatsanwaltschaft wurde die Sache jedoch wieder verfolgt. Die Sache blieb aber liegen, da der Zeuge nicht zu finden war. Schließlich, nach einem Jahre, wurde der Zeuge hier in ziemlich verzerrtem Zustande aufgegriffen und vernommen. In der Verhandlung am 6. März befreit der Angeklagte, sich einer Bedrohung schuldig gemacht zu haben. Der Rechtsanwalt be-

antragte vier Tage Haft. Das Gericht kam aber zu der Überzeugung, daß in dem Benehmen des Angeklagten keine strafbare Handlung zu erblicken sei und die Drohung mit dem Finger an sich keine bösen Folgen hervorgerufen habe. Der Angeklagte wurde freigesprochen und die Kosten der Staatskasse zur Last gelegt.

#### Verschiedenes.

\* **Lebensmittelverfälschung mittels Seife.** Zwiwab und „Woppen“ (eine Art Pfefferkuchen), die mit Seife hergestellt wurden, haben jüngst, nach der „Neuer Ztg.“, das Schöffengericht beschäftigt. Angeklagt war ein Kaufmann, durch Zufuß von Seife Zwiwabextrakt vorzüglich verpackt und die verpackte Ware vorzüglich in den Verkehr gebracht zu haben. Der Seifenzufuß war durch den beizüglichen Gerichtschreiber chemisch festgestellt worden, und wurde von dem Angeklagten zugegeben mit dem Bemerkten, daß er keine aus elastischen Fetten hergestellte Seife benutzt habe, sondern sogenannte Marceller Seife, die aus Olivenöl hergestellt werde. Der Zufuß von Seife wäre unbedingt nötig, weil er eine Radvorgabe des Zwiwabextraktes im Ofen und damit ein besseres Ausfallen der Form bringe. Der Seifenzufuß sei aus altem Öl im Gebrauch, besonders am Niederrhein, in Holland und Westfalen. Es wurden 3 B. die „Woppen“ alle mit Seife gemacht. Die Fabrikation von Zwiwabextrakt im großen wäre noch nicht lange üblich, etwa zehn Jahre. Vorher hätten die Wäcker die Masse selbst gemacht, aber auch unter Zufuß von Seife, wie drei Zeugen bezeugen könnten. Marceller Seife würde nur noch zu dem Zweck gebraucht. Der Gerichtschreiber sagte aus, daß sogenannte Marceller Seife zwar aus Olivenöl hergestellt werde, jedoch aus dem sogenannten grünen Olivenöl, das wegen seines schlechten Geschmacks nicht als Speisefett benutzt werden könne. Wenn aus eine solche Seife immer noch bessere Beschaffenheit habe als die gewöhnliche, vielfach aus eiterlegenden Fetten hergestellte, so wäre trotzdem ein Zufuß zum Zwiwabextrakt unnötig und auch unnützlich. Seife bewirke keine Radvorgabe, wie der Angeklagte behauptete, sondern sei nichts als eine Fälschung, da eiterndes Fett kein Radvorgabemittel sei, zweitens durch den Seifenzufuß die Eier (ein Hauptbestandteil der Zwiwab) gelöst würden. Die Seife hätte eben nur den Zweck, die Margarine mit dem Zucker und Wasser zu einer homogenen, beständigen Masse zu verbinden. Zum Zwiwab würden aber im Haushalt neben Butter, Mehl, Zucker und Milch Eier verwendet, die das Binden des Fettes mit dem Teig bewirkten. Es würde somit in der Seife nicht nur ein zur Ernährung ungeeigneter Bestandteil zugelegt, sondern auch die Verwendung der Eier umgangen. Der Zufuß von Seife sei unbedingt zu beanstanden, da sonst der Fälschung Lüge und Lüge gegen die Wahrheit und Konsumt schuldlos den Fälschern preisgegeben sei. Die Vernehmung der Zeugen ergab die Wichtigkeit der Behauptung des Angeklagten, daß der Seifenzufuß allgemein üblich (1) sei. Der Staatsanwalt bemerkte, daß die Verhandlung geradezu grauenerregende Zustände in einem Nahrungsmittelgeschäft offenbart habe. Wenn die Leute in Ausland Talgkugeln und in Holland Seife äßen, so sei das für uns doch immer noch eiterlegend. Strafverfolgung für den Angeklagten sei, daß er seinen Extrakt unter dem Namen Sanitäts-Minderndes Zwiwabextrakt in den Handel gebracht habe, also unter einer Bezeichnung, welche eine hervorragende gute Beschaffenheit in Aussicht auf Kinder und Kranke vorführe. Sein Antrag lautete auf Gefängnisstrafe. Der Gerichtschreiber urteilte den Angeklagten zu einer Strafe von M. 60, weil eine grobe Nahrungsmittelverfälschung vorliege. Strafmildernd für den Angeklagten sei in Betracht gekommen, daß, wie die Verhandlung ergeben habe, die Verfälschung durch Seifenzufuß leider allgemein üblich sei. — Die milde Strafe wird den gewinnstüchtigen Kaufmann wohl kaum von ähnlichen Fälschungen abhalten.

\* **Verurteilung.** Aus Frankreich kommt die Kunde von einem entsetzlichen Grubenunglück. In den Gruben von Courrières sind durch eine Feuerbrunst 1800 Bergleute von der Außenwelt abgeschnitten. Das Feuer soll durch schlagende Wetter verursacht sein. Bis jetzt sind circa 120 Arbeiter gerettet. Man befürchtet, daß viele nur als Leichen geborgen werden können. Sollen sich wirklich die ersten Angaben über die Zahl der Verunglückten als hart übertrieben. Auf jeden Fall handelt es sich hier um ein Grubenunglück, wie es in solcher schauderhaften Größe bisher unheard war.

\* **Arbeiterbudgets.** Die Arbeiterkassendirektoren benutzen die von uns abgedruckten Haushaltsbudgets von zwei Dreßdener Kollegen gelegentlich einer Polemik gegen die „Mündener Post“ zu einigen Ausfällen gegen die Arbeiterbewegung, die wieder einmal beweisen, daß es schwer hält, ein zweites Blatt aufzutreiben, besser journalistische Methoden auf so niedrigem Niveau stehen, wie die der Arbeiterkassendirektoren. — Dies würdige Papier schreibt: „Ja, das Geld liegt auf der Straße für die politischen Schwabben, die ihre Finger in die Taschen armer Arbeiter stecken. Wer in aller Welt mögen diese Schwabben sein? Die Verantwortung dieser Frage übernimmt ein an den „Grundstein“, das Organ des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands, gerichteter Schreiben eines Dreßdener Maurers, in dem eine Lieberheit über die Einnahmen und Ausgaben des Abenders gegeben wird. Und zwar werden die Einnahmen mit M. 1507,60, die Ausgaben mit M. 1488,45 gebucht. Unter diesen Ausgaben ist bemerkenswert: Gemeindefachbeitrag M. 23,05, Parteibeitrag M. 5,20, Zeitungen und Literatur M. 15,25, zusammen also M. 44,40. Diesen Steuern an die Organisation stehen die sonstigen finanziellen Ausgaben mit M. 20,20 gegenüber. Nach beigemessener ist die Aufschrift eines anderen Dreßdener Maurers. Sein Bericht beträgt M. 709,54. Er hat u. a. angegeben für die Maurerorganisation M. 17, für die politische Organisation M. 5,20, für das Abonnement der „Arbeiter-Zeitung“ M. 10,80, für das Abonnement des „Märchen-Jahres“ und des „Süddeutschen Postboten“, zweier sozialdemokratischer Wochenschriften, M. 5,20, für sonstige Broschüren M. 1,80, für den Buchbinder M. 1,80, zusammen also M. 61,80.

Wenn man hierzu bemerkt, daß in folgendem Opfermunt angeführt der beschränkten Einnahmen des Maurers

etwas Herdliches liegt, und daß vor allem sein Bildungs-trieb Anerkennung verdient, so möchten wir darauf verweisen, daß zum mindesten die genannten Wochenschriften, denen ausfinden die Ehe bündelnderer Behandlung zu teil geworden ist, wohl kaum zur zweckmäßigen Verbreitung solchen Bildungstriebs dienen dürfen. Und was die Beiträge zu den Organisationen anbelangt, so ist aus der Auffassung des in Rede stehenden Budgets absolut nicht ersichtlich, welche Vorteile der Mann dem eigentlich aus dem Verhältnis zu seinem Einkommen so hohen Zahlungen erzielt hat. Trotz seiner langen Arbeitslosigkeit hat er nicht einen Pfennig Unterstützung aus der Gewerkschaftskasse erhalten, sondern zum Schneeschippen und anderen Ausfallsarbeiten greifen müssen. Cui bono? Wenn kommen diese Opfer der „armen Arbeiter“ also zu gute?

Wenn wir nicht wüßten, daß eine sachliche Diskussion mit gekauften Schreiberbüchern darum unmöglich ist, weil diese Büchlinge sich nun einmal nicht belehren lassen dürfen, wenigstens nicht ausgeben dürfen, bekehrt zu sein, so würden wir uns der leichten Miße unterziehen, nachzuweisen, wie den Arbeitern die Opfer, die sie für die Arbeiterbewegung bringen, zu gute kommen. Aber in diesem Falle wäre es wirklich um das Papier schade, das zu diesem Zweck drängte. Es wäre das ungefähr ebenso zweckmäßig, wie wenn man einen preußischen Gendarm für das allgemeine Landtagswohlrecht gewinnen wollte. Die Schreiberbüchlinge wollen einen Ansehnlichkeit damit erzielen, daß sie gegenüberstellen: In Abgaben für die Organisation M. 44,40, an Steuern M. 20,20. Über einen solchen Quantaerweis kann man nicht einmal ernstlich lächeln. Heute weiß doch jedes Kind, daß in diesen Zahlen nicht die gesamten Steuern ausgedrückt sind. Im Jahre 1905 allein entfielen von den Steuern, die Zölle und Verbrauchssteuern aus aufzulegen, auf den Kopf der Bevölkerung rund M. 14,60. Das beträgt für die Arbeiterfamilie von fünf Personen M. 73. Es sind also mit den direkten Steuern, mit Einkommensteuern, mit M. 100, die heute eine Arbeiterfamilie auferlegen muß, von diesen Steuern freilich kommt ihr nichts, wenigstens so gut wie nichts zu gute. Das dient lediglich zur Verfestigung der Klassenherrschaft und zur Erhaltung recht überflüssiger Existenzen. Aber auch damit sind die Summen, die das Volk, und vornehmlich das arbeitende Volk aufzubringen hat, noch lange nicht erschöpft. Denn dazu kommen noch die Summen, um die die inländischen Erzeugnisse infolge Verzollung der ausländischen im Preise steigen, die überhaupt nie ganz genau festzustellen sind. Und diese Ausgaben kommen zum großen Teil einer Klasse zu gute, deren Tätigkeit stets auf die Verdrängung der Arbeiterklasse gerichtet war. Diese Summen werden tatsächlich dem Volke aus der Tasche gestohlen. Die einfältigen Gemeinheiten der „Arbeiterkassendirektoren“ werden zwar nicht viel Bewunderer finden, wir wollen sie aber auch nicht so ganz stillschweigend durchgehen lassen.

#### Das Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 im Deutschen Reich.

Staaten und Landesteile	Ortsanwesende Bevölkerung am 1. Dezember 1905		
	männlich	weiblich	zusammen
Provinz Ostpreußen	979568	1046178	2025741
Weiden	806812	835124	1641936
Stadt Berlin	985037	1055185	2040222
Provinz Brandenburg	1728229	1801610	3529839
Bonn	828826	860299	1689125
Bielefeld	958816	1032451	1991267
Erfurt	2359884	2575939	4935823
Gießen	1455750	1522299	2977849
Halle	767701	736698	1504399
Hannover	1384161	1375538	2759699
Hildesheim	1858283	1759915	3618198
Köln	1013367	1055709	2069076
Münster	3242090	3193688	6435778
Potsdam	32611	35487	68098
Provinz Pommern	18391135	18887685	37278820
Bayern rechts des Rheins	2753886	2873058	5627544
links des Rheins	438371	449609	887980
Bavaria	8192257	8320567	16512824
Bavaria	2176555	2325795	4502350
Bavaria	1121657	1178773	2300430
Bavaria	996634	1012696	2009330
Bavaria	604685	605419	1210104
Bavaria	309023	315588	624611
Bavaria	189305	195877	385182
Bavaria	51555	51896	103451
Bavaria	219463	218732	438195
Bavaria	239005	246850	485855
Bavaria	132044	136815	268859
Bavaria	101426	105074	206500
Bavaria	117287	125055	242342
Bavaria	159603	168404	328007
Bavaria	41424	43753	85177
Bavaria	47243	49587	96830
Bavaria	28792	30343	59135
Bavaria	33683	36907	70590
Bavaria	69439	75131	144570
Bavaria	22437	22555	44992
Bavaria	70791	74819	145610
Bavaria	51922	53995	105917
Bavaria	131811	136165	267976
Bavaria	438775	441215	879990
Bavaria	935305	879321	1814626

Deutsches Reich 29868096 30737087 60605183

\* **Verbrechen und Lohnhöhe.** Nach Berechnungen von Dr. Siegfried für die Jahre 1892 bis 1901 für die 36 preussischen Regierungsbezirke bewegte sich die Kriminalität der strafmündigen Bevölkerung (Anzahl der Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgelege auf das Hunderttausend der strafmündigen Zivilpersonen bezogen) und die Durchschnittshöhe der für Stadt und Land berechneten niedrigsten ortsständigen Tagelöhne ge-



wöhnlicher männlicher Tagelöhner über 16 Jahre in einer nicht zu verkennenden Parallele. Besonders charakteristisch ist die Aufnahmestellung der Diebstahlsvergehen mit den Eöhnen in den 14 preussischen Provinzen und Enklaven. Auf 100 000 strafmündige Personen entfielen im Jahre 1901 wegen einfachen Diebstahls, auch im wiederholten Fällfall, Verurteilte:

In	Strafmündige Tagelöhner
Hohenzollern	80
Sachsen	152
Sachsen-Altenburg	168
Sachsen-Meiningen	179
Sachsen-Weimar-Eisenach	182
Sachsen-Coburg-Gotha	185
Sachsen-Mecklenburg	206
Sachsen-Lauenburg	222
Sachsen-Schwarzburg-Rudolstadt	228
Sachsen-Schwarzburg-Sondershausen	233
Sachsen-Weimar-Eisenach	307
Sachsen-Meiningen	326
Sachsen-Coburg-Gotha	331
Sachsen-Mecklenburg	367

Die Millionäre in Berlin nimmt natürlich eine Ausnahmestellung ein. Im übrigen zeigt sich, daß der Osten mit seinen niedrigen Eöhnen und seiner rückständigen Arbeiterbevölkerung keineswegs ungünstiger steht als der reichere, mit industrieller Organisation durchsetzte Westen.

Das ist ja auch nur zu natürlich; der Sattel hat gut gereicht zu sein, ihm scheint des Lebens Sonne. Der Diebstahl muß dort am besten gedeihen, wo die Not am größten ist. Erhöhung der Eöhne bedeutet also auch Erhebung des stillosen Niveaus der Arbeiterkraft. Aber für sie eintritt, wirkt für die stillosen und moralische Vererbung des Volkes. Aber die Eöhne drückt, treibt die Armut zum Verbrechen.

## Eingegangene Schriften.

Aus dem Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“: **Steuern und Abgaben** von Hugo Lindemann, als 5. Heft der Sammlung kommunalpolitischer Schriften. 48 Seiten, Preis 30 A.

„**Wärzeitung**“, dem Anzeigen Heinrich Heines gewidmet. Die elegante Ausstattung, der geübte Inhalt und die guten, künstlerischen Illustrationen lassen den Preis von 20 A für sehr gering erscheinen. Die „Wärzeitung“ verdient weitest Verbreitung.

„**In freien Stunden**“, Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Heft 10 und 11. Gegenwärtig bringt diese gute Zeitschrift den Roman „Der verlorene Sohn“, von Carl Gaine, und eine Arbeit „Zum Liebeswert verurteilt“, ein Bild aus der schrecklichen der Welt. Preis pro Heft 10 A.

**Schmelzer**, Tarifgemeinschaften, ihre wirtschaftliche, soziale, politische und juristische Bedeutung, 2. Auflage. Verlag von A. Reicher Nachfolger (G. Wöhring), Leipzig. 143 Seiten, Preis 2.80. Die Schrift ist für jeden, der sich über das Wesen der so überaus wichtigen Frage der Tarifverträge unterrichten will, vorteilhaft zu lesen. Sie ist unter besonderer Berücksichtigung des Arbeitgeberstandpunktes abgefaßt.

Die „**Neue Gesellschaft**“, Sozialistische Wochenzeitschrift (Berlin, G. Braun) Heft 11, 2. Jahrg. Sie bringt ein Gedicht Karl Gellert zum 50jährigen Todestag Freiligraths, den 18. März. Unter den „Glossen“ haben wir einen Artikel von Max Weber, das Nachwort der Revolution, hervor. Das einzelne Heft dieser recht empfehlenswerten Wochenzeitschrift kostet 10 A, sie ist durch alle Buchhandlungen und Kolportageur zu beziehen.

Die „**Neue Zeit**“ (Stuttgart, Paul Singer), Heft 24 des 24. Jahrganges. Aus dem Inhalt des Heftes haben wir hervor: Ferdinand Freiligrath. — Der amerikanische Arbeiter. Von R. Kautsky. (Schluß). — Die englischen Wahlen und die Arbeiterpartei. Von Th. Rothstein. — „Die Neue Zeit“ erscheint wöchentlich. Das einzelne Heft kostet 25 A.

## Briefkasten.

**Berlin.** Das ausgegebene Inserat (Glückwunsch betr.) kann nicht aufgenommen werden. Geben Sie Ihre Adresse an, damit wir Ihnen die eingekommen Briefmarken wieder zustellen können.

**Essen, P. P.** Ihre Anzeige können wir nicht aufnehmen. Wenden Sie sich an den dortigen Zweigvereinsvorstand, damit der eine Aufforderung ergehen läßt.

**Worms, M. Sch.** In 2. waren im vorigen Jahre 61 Personen beschäftigt, davon erhielten 2 30 A, 2 32 A, 12 33 A, 81 34 A und 4 35 A Lohn. Die Arbeitszeit beträgt elf Stunden. Organisierte Kollegen finden Sie dort auch, aber über die Konjunktur können wir nichts sagen, noch viel weniger über die Unternehmer, deren es dort fünf gibt.

**Stieghausen, G. Sch.** Darüber können wir Ihnen keine Auskunft geben. Wenden Sie sich an die Redaktion des „Fackelhefts“. G. Horn, Dresden-Königsplatz-Industriehaus, dieselbst erhalten Sie dort Auskunft.

**Artern.** Das haben wir Ihnen ja schon in der vorigen Nummer auseinandergelegt. Nachdem der Bericht jedoch schon längst auf dem gewöhnlichen Wege verschwinden ist, können wir nicht mehr angeben, worin gerade seine Mängel bestanden. Sie werden es wohl wissen.

**Hilt-Glück, W. M.** Der Mann soll sich danach bei der Postanstalt erkundigen, die ihm zuletzt die Karte ausgehändigt hat. Im Geheiß ist darüber nichts angegeben.

## Streikabrechnungen.

### Zweigverein Frankenhäusen.

#### Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 2505,—
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse	846,71
Summa	M. 2851,71

Ausgabe.	M.
Für Streikunterstützung	2796,62
„ besondere Entschädigungen der Streikkommission	3,—
„ Reiseunterstützung an Streikende	80,—
„ Fortschaffung Zugereister	7,80
„ Fernhaltung des Zugzuges	27,67
„ Flugblätter und Annoncen	3,20
„ Porto und Schreibmaterial	12,62
Summa	M. 2851,71

Frankenhäusen, den 16. Dezember 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Alfred Barthel, Richard Giffahrt, Otto Erfurt.

Für die Streikleitung:

Holst Barthel, Louis Krug, William Nothe.

### Zweigverein Gohlis S.-A.

#### Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 3390,—
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse	78,65
Aus anderen Zweigvereinen erhalten	3,20
Von anderen Gewerkschaften an Orie.	44,—
Sendungen von außerhalb	176,98
Sonstige Einnahmen	1,—
Summa	M. 3692,83

Ausgabe.	M.
Für Streikunterstützung	2920,62
„ Rechtschutz und Unterstüzung Inhaftierter	92,10
„ Reiseunterstützung an Streikende	56,60
„ Fortschaffung Zugereister	294,28
„ Fernhaltung des Zugzuges	147,57
„ Flugblätter und Annoncen	40,13
„ Porto und Schreibmaterial	25,76
An die Hauptkasse zurückgehandelt	69,27
Für sonstige Ausgaben	36,50
Summa	M. 3692,83

Gohlis, den 4. November 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Emil Wiehner, Ernst Tauber, Gustav Jacob, Leipzig.

Für die Streikleitung:

Christian Weidhaas, Edwin Bauer, Oswin Nöbel.

### Zweigverein Essen-Stadt (Ausspernung).

#### Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 9697,15
Von d. örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	3930,60
Aus der Lokalkasse des Zweigvereins und aus sonstigen örtlichen Fonds	582,50
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	1336,30
Sonstige Einnahmen	7,—
Summa	M. 15553,55

Ausgabe.	M.
Für Streikunterstützung	11591,75
„ besondere Entschädigungen der Streikkommission	1147,50
„ Rechtschutz und Unterstüzung Inhaftierter	261,90
„ Reiseunterstützung an Streikende	582,50
„ Fortschaffung Zugereister	748,30
„ Fernhaltung des Zugzuges	153,75
„ Flugblätter und Annoncen	782,20
„ Porto und Schreibmaterial	283,51
„ sonstige Ausgaben	42,84
Summa	M. 11553,55

Essen, den 18. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

August Bohn, Carl Wälder, Joseph Krähling.

Für die Streikleitung: Joseph Rübbring, G. Wessell.

### Zweigverein Lüneburg, Bahnhofs Schluß.

#### Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 920,—
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	89,50
Summa	M. 1009,50

Ausgabe.	M.
Für Streikunterstützung	974,95
„ besondere Entschädigungen der Streikkommission	21,—
„ Porto und Schreibmaterial	1,30
„ sonstige Ausgaben	12,25
Summa	M. 1009,50

Lüneburg, den 22. November 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

H. Jäger, H. Schlichting, H. Puschke.

Für die Streikleitung: H. Kleinfeldt, G. Meißner.

August Dreesen, G. Wadendorf.

### Einzelmittelschaft Markranstädt.

#### Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 700,—
Von den örtlichen Einnahmen der Hauptkasse verwendet	41,—
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	12,60
Summa	M. 753,50

Ausgabe.	M.
Für Streikunterstützung	585,08
„ Reiseunterstützung an Streikende	25,—
„ Fortschaffung Zugereister	4,30
„ Porto und Schreibmaterial	3,50
„ sonstige Ausgaben	135,62
Summa	M. 753,50

Markranstädt, den 15. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Ernst Schumann, Hermann Berger.

Für die Streikleitung:

Oskar Krause, Otto Thiele, Otto Weier.

### Einzelmittelschaft Meissen-Lommasth.

#### Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 3957,07
Summa	M. 3957,07

#### Ausgabe.

Für Streikunterstützung	M. 3845,70
„ Reiseunterstützung an Streikende	11,45
„ Fortschaffung Zugereister	4,—
„ Fernhaltung des Zugzuges	59,—
„ Flugblätter und Annoncen	3,—
„ Porto und Schreibmaterial	11,40
„ sonstige Ausgaben	22,52
Summa	M. 3957,07

Meissen, den 14. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Streikleitung: Otto Weierst.

### Zweigverein Minden, Bahnhofs Deynhäusen.

#### Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 3700,—
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	46,30
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	10,15
Summa	M. 3756,35

Ausgabe.	M.
Für Streikunterstützung	3657,10
„ besondere Entschädigungen der Streikkommission	43,—
„ Reiseunterstützung an Streikende	36,30
„ Fortschaffung Zugereister	80,—
„ Porto und Schreibmaterial	4,50
„ sonstige Ausgaben	15,65
Summa	M. 3756,35

Minden-Deynhäusen, den 3. Januar 1906.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

Carl H. Frig. Schwaiger, R. Rittinger.

Für die Streikleitung: Fr. Hauptmeyer.

Für den Bauvorstand: Louis Wernstorf.

### Zweigverein Heidelberg.

#### Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 23950,—
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	2179,24
Sonstige Einnahmen	341,11
Summa	M. 26470,35

Ausgabe.	M.
Für Streikunterstützung	21545,23
„ besondere Entschädigungen der Streikkommission	821,50
„ Rechtschutz und Unterstüzung Inhaftierter	709,76
„ Reiseunterstützung an Streikende	1172,45
„ Fortschaffung Zugereister	263,15
„ Fernhaltung des Zugzuges	1195,95
„ Flugblätter und Annoncen	109,60
„ Porto und Schreibmaterial	82,—
An die Hauptkasse zurückgehandelt	436,15
Für sonstige Ausgaben	141,56
Summa	M. 26470,35

Heidelberg, den 3. Januar 1906.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

August Müller, Ludwigshafen, Heinrich Haas.

Friedrich Behre.

Für die Streikleitung:

Valentin Gauer, Peter Weirauch, Ad. Schmitt.

### Zweigverein Kiel (Ausspernung).

#### Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 132800,—
Von d. örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet	4236,05
Aus der Lokalkasse des Zweigvereins und aus sonstigen örtlichen Fonds	4467,—
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder	2488,80
Sonstige Einnahmen	180,—
Summa	M. 144171,85

Ausgabe.	M.
Für Streikunterstützung	129167,45
„ besondere Entschädigungen der Streikkommission	185,—
„ Rechtschutz und Unterstüzung Inhaftierter	9,—
„ Reiseunterstützung an Streikende	4647,—
„ Fortschaffung Zugereister	3792,65
„ Fernhaltung des Zugzuges	923,05
„ Flugblätter und Annoncen	4665,30
„ Porto und Schreibmaterial	227,55
„ Porto und Schreibmaterial	158,75
An die Hauptkasse zurückgehandelt	822,10
Für sonstige Ausgaben	76,—
Summa	M. 144171,85

Kiel, den 18. November 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren:

J. Sellmaier, M. W. W. W. W. W.

Für die Streikleitung:

Fr. Wroblewski, Fr. Wroblewski, W. Wroblewski.

Für den Bauvorstand: Hugo Köber.

### Zweigverein Kienberg.

#### Einnahme.

Aus der Hauptkasse	M. 400,—
Summa	M. 400,—

Ausgabe.	M.
Für Streikunterstützung	382,10
„ Reiseunterstützung an Streikende	28,—
„ Fernhaltung des Zugzuges	6,76
„ Porto und Schreibmaterial	1,49
An die Hauptkasse zurückgehandelt	81,65
Summa	M. 400,—

Kienberg, den 15. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:

Für die Revisoren: Hermann Wilsch.

Für die Streikleitung: Hermann Gottschalk.



**Zweigverein Tiffit.**

Einnahme.	
Von der Hauptkasse .....	M. 500,—
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet .....	592,65
Vom Gewerkschaftsamt am Orte .....	147,25
<b>Summa .....</b>	<b>M. 1239,90</b>

**Ausgabe.**

Für Streifenunterstützung .....	M. 1083,—
„ besondere Entschädigung der Streifenkommission .....	9,85
„ Reiseunterstützung an Streifen .....	182,25
„ Fortschaffung Zugereister .....	1,20
„ Flugblätter und Annoncen .....	5,50
„ Porto und Schreibmaterial .....	6,10
„ sonstige Ausgaben .....	2,—
<b>Summa .....</b>	<b>M. 1239,90</b>

Tiffit, den 10. Juli 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:  
Für die Revisoren: Carl Schwarz, Danzig.  
Für die Streifenleitung: Ewald Szagal.

**Zweigverein Tempelburg.**

Einnahme.	
Von der Hauptkasse .....	M. 250,—
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet .....	50,—
<b>Summa .....</b>	<b>M. 300,—</b>

**Ausgabe.**

Für Streifenunterstützung .....	M. 109,86
„ besondere Entschädigung der Streifenkommission .....	15,05
„ Reiseunterstützung an Streifen .....	16,20
„ Porto und Schreibmaterial .....	—,75
An die Hauptkasse zurückgefordert .....	138,14
Für sonstige Ausgaben .....	20,—
<b>Summa .....</b>	<b>M. 300,—</b>

Tempelburg, den 12. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:  
Für den Gewerkschaftsamt: Wlf. Schauer.

**Zweigverein Wilhelmshaven (Ausperrung).**

Einnahme.	
Von der Hauptkasse .....	M. 2500,—
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet .....	753,—
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder .....	327,60
Sonstige Einnahmen .....	2,50
<b>Summa .....</b>	<b>M. 3583,10</b>

**Ausgabe.**

Für Streifenunterstützung .....	M. 3021,25
„ besondere Entschädigung der Streifenkommission .....	241,10
„ Reiseunterstützung an Streifen .....	299,10
„ Porto und Schreibmaterial .....	21,65
<b>Summa .....</b>	<b>M. 3583,10</b>

Wilhelmshaven, den 16. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:  
Für die Revisoren: Gottfried Weine, F. Buchardt.  
Für die Streifenleitung: C. Krug, F. Ritzke.

**Zweigverein Witten (Ausperrung).**

Einnahme.	
Von der Hauptkasse .....	M. 1875,—
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet .....	128,45
Von der Lokalkasse des Zweigvereins und aus sonstigen örtlichen Fonds .....	111,50
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder .....	101,10
<b>Summa .....</b>	<b>M. 2216,05</b>

**Ausgabe.**

Für Streifenunterstützung .....	M. 1786,70
„ besondere Entschädigung der Streifenkommission .....	55,80
„ Rechtschutz und Unterstützung Inhabiter .....	10,—
„ Reiseunterstützung an Streifen .....	72,50
„ Fortschaffung Zugereister .....	185,80
„ Fortschaffung Zugereister .....	27,60
„ Fernhaltung des Zuguges .....	85,70
„ Flugblätter und Annoncen .....	20,70
„ Porto und Schreibmaterial .....	18,30
An die Hauptkasse zurückgefordert .....	2,95
<b>Summa .....</b>	<b>M. 2216,05</b>

Witten, den 19. September 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:  
Für die Revisoren:  
Carl Rann, G. Preller.  
Für die Streifenleitung:  
Heinrich Benzing, Johannes Schwarz.  
Für den Gewerkschaftsamt:  
Fritz Kahl, Dortmund.

**Zweigverein Sagen i. W. (Ausperrung).**

Einnahme.	
Von der Hauptkasse .....	M. 3826,—
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet .....	2294,12
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder .....	621,—
Von anderen Gewerkschaften am Orte .....	536,48
<b>Summa .....</b>	<b>M. 7279,60</b>

**Ausgabe.**

Für Streifenunterstützung .....	M. 2873,—
„ besondere Entschädigung der Streifenkommission .....	1866,19
„ Rechtschutz und Unterstützung Inhabiter .....	115,—
„ Reiseunterstützung an Streifen .....	298,50
„ Fortschaffung Zugereister .....	1180,68
„ Fernhaltung des Zuguges .....	443,70
„ Flugblätter und Annoncen .....	145,25
„ Porto und Schreibmaterial .....	49,75
„ sonstige Ausgaben .....	308,53
<b>Summa .....</b>	<b>M. 7279,60</b>

Sagen, den 18. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:  
Für die Revisoren:  
Joseph Semple, Heinrich Müller.  
Für die Streifenleitung:  
Julius Mische, Wilhelm Rothe.

**Zweigverein Freiburg i. Br.**

Einnahme.	
Von der Hauptkasse .....	M. 11450,—
Von d. örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet .....	954,09
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder .....	100,—
Sonstige Einnahmen .....	5,—
<b>Summa .....</b>	<b>M. 12509,09</b>

**Ausgabe.**

Für Streifenunterstützung .....	M. 8935,—
„ besondere Entschädigung der Streifenkommission .....	386,—
„ Rechtschutz und Unterstützung Inhabiter .....	119,34
„ Reiseunterstützung an Streifen .....	1887,20
„ Fortschaffung Zugereister .....	787,70
„ Fernhaltung des Zuguges .....	204,08
„ Porto und Schreibmaterial .....	61,70
„ sonstige Ausgaben .....	148,07
<b>Summa .....</b>	<b>M. 12509,09</b>

Freiburg, den 16. Januar 1906.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:  
Für die Revisoren: Frz. G. Müller, Ludwigshafen.  
Für die Streifenleitung:  
Jacob Wolff, Wilhelm Ernst W. Schenberger.

**Zweigverein Essen-Land (Ausperrung).**

Einnahme.	
Von der Hauptkasse .....	M. 10352,85
Von d. örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet .....	2325,18
Von der Lokalkasse des Zweigvereins und aus sonstigen örtlichen Fonds .....	489,50
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder .....	214,20
<b>Summa .....</b>	<b>M. 13274,73</b>

**Ausgabe.**

Für Streifenunterstützung .....	M. 11091,—
„ besondere Entschädigung der Streifenkommission .....	61,50
„ Rechtschutz und Unterstützung Inhabiter .....	9,80
„ Reiseunterstützung an Streifen .....	482,50
„ Fortschaffung Zugereister .....	706,15
„ Fernhaltung des Zuguges .....	123,90
„ Flugblätter und Annoncen .....	400,53
„ Porto und Schreibmaterial .....	233,71
„ sonstige Ausgaben .....	43,64
<b>Summa .....</b>	<b>M. 13274,73</b>

Essen, den 18. Oktober 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:  
Für die Revisoren:  
August Wahn, Carl Witter, Joseph Krähling.  
Für die Streifenleitung: Joseph Lübbring, G. Bressel.

**Zweigverein Sierlohn.**

Einnahme.	
Von der Hauptkasse .....	M. 2225,—
Von den örtlichen Einnahmen d. Hauptkasse verwendet .....	263,30
Beiträge der in Arbeit stehenden Mitglieder .....	86,70
<b>Summa .....</b>	<b>M. 2574,—</b>

**Ausgabe.**

Für Streifenunterstützung .....	M. 2109,20
„ besondere Entschädigung der Streifenkommission .....	28,15
„ Rechtschutz und Unterstützung Inhabiter .....	53,—
„ Reiseunterstützung an Streifen .....	115,20
„ Fortschaffung Zugereister .....	121,70
„ Fernhaltung des Zuguges .....	48,90
„ Flugblätter und Annoncen .....	27,50
„ Porto und Schreibmaterial .....	17,15
„ sonstige Ausgaben .....	58,10
<b>Summa .....</b>	<b>M. 2574,—</b>

Sierlohn, den 15. September 1905.

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung:  
Für die Revisoren:  
Eugen Pittschaff, Jacob Thels.  
Für die Streifenleitung:  
Paul Eipel, Paul Barthel.

**Anzeigen.****Erfurt.**

Unter Verbandslokal befindet sich jetzt im Restaurant zum „Tivoli“, Magdeburgerstraße 51.  
[M. 1,50] Der Vorstand.

Der Maurer Konrad Mohr, geb. am 1. Oktober 1877 zu Gumbach, wird gebeten, nach Hause zu kommen, da sein Vater Brandstiftungen gehabt hat und ihn darum dringend herbeimünkt. Kollegen, die seinen Aufenthalt kennen, werden gebeten, ihn hierauf aufmerksam zu machen, oder Mitteilung an Jakob Mohr in Gumbach gelangen zu lassen.  
[M. 1,80]

**Reichenhall.**

Den organisierten Maurern und Bauhilfsarbeitern biete zur Kenntnis, daß sich der Arbeitsnachweis in der „Blauen Traube“ (Gewerkschaftshaus) befindet. Nähere Auskunft hierüber erteilt der Schriftführer.  
[M. 2,10] Thomas Haselmayer.

**Hamburg.**

Sektion der Zementierer, Hülfs- und Kunststeinarbeiter.  
Sonntags, den 17. März:  
Drittes Stiftungsfest  
im Lokale des Herrn Springborn, Valentinskamp 40/42 (Oberer Saal),  
bestehend in  
Gesang, komischen Vorträgen und Ball.  
Alle Kollegen werden hierzu freundlichst eingeladen.  
[M. 3,90] Anfang 8 1/2 Uhr.

**Horst.**

Der Vorführende, Kollege Gustav Kaschitzki, wohnt in Brand 6, Gladbek, Berghof 28; der Kassierer, Kollege Joseph Vogt, wohnt in Brand 6, Gladbek, Verbandsstr. 29.  
[M. 1,80] Der Vorstand.

**Rastenburg.**

Die Adresse des Vorführenden ist: Albert Mattern, Georgental 2; die des Kassierers: Friedrich Wischnewsky, Sippelstr. 3.  
[M. 1,50]

**Sterbefälle.**

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Seite kostet 15 A.)

Berlin, Bezirk 80. Am 1. März verstarb im Alter von 46 Jahren unser treues Mitglied **Ernst Polz**.  
Am 3. März verstarb unser treues Mitglied **Ferdinand Marten** im Alter von 43 Jahren an Knochenleiden. Am 6. März verstarb unser Mitglied **Karl Klein** im Alter von 80 Jahren an Lungentuberkulose. (Sektion der Bürger). Am 6. März verstarb unser Mitglied **Gustav Charles** im Alter von 86 Jahren an Lungentuberkulose. (Sektion der Bürger). Am 7. März verstarb unser Mitglied **Otto Spuhl** im Alter von 48 Jahren an Darmenleiden.  
Bernsdorf, O.-L. Am 3. März verstarb unser Kollege **Wilhelm Noack** im Alter von 82 Jahren an Herzschlag.

Schl. a. M. Am 27. Februar verstarb unser treues Verbandsmitglied, der Bürger **Matthias Lenzen** an Lungenerkrankung im Alter von 82 Jahren.

Deutsch Wissa. Am 7. März verstarb nach langem Leiden unser Verbandskollege **August Ihme** aus Groß-Goslow im Alter von 57 Jahren an Lungentuberkulose.

Dresden. Am 17. Februar verstarb unser treues Verbandsmitglied, der Kollege **Adolf Heppert** im Alter von 80 Jahren an Kehlkopfentzündung.  
Guben. Am 2. März verstarb unser treues Mitglied **Otto Martin** im Alter von 45 Jahren an Gliederleiden.

Magdeburg. Am 2. März verstarb der Kollege **Gustav Hochgrebe** im Alter von 40 Jahren an Lungentuberkulose.

Melle. Am 8. März verstarb nach kurzem Leiden unser Kollege **Bernh. Warling** im Alter von 28 Jahren infolge Bluthochdruck.

Sandhofen. Am 5. März verstarb an den Folgen eines Messerstoßes, der ihm von einem Italiener beigebracht worden war, unser Kollege **Johann Goldner** im Alter von 20 Jahren 12 Tagen.

Zeischweierth. Am 7. März verstarb unser treuer Verbandskollege **Christian Stober** infolge Magenkrebs im Alter von 58 Jahren.

Werder a. d. S. Am 1. März verstarb unser langjähriger Mitglied **Wilhelm Behrendt** im Alter von 36 Jahren an Gehirnblutung.

Schreiben Studenten!

**Veranstaltungs-Anzeiger.****Verbandsveranstaltungen der Maurer.**

Hartha. Die Mitgliederveranstaltungen finden regelmäßig jeden Sonntag nach dem ersten im Monat Radmittags 3 Uhr statt. Pünktliches Erscheinen aller Kollegen ist dringend notwendig.

**Sonntag, den 18. März.**

Bergedorf. Radm. 4 Uhr in Baumhofs Gasthof.  
Bernsdorf, O.-L. Radm. 3 Uhr im Lokal. Hierzu müssen sämtliche Kollegen erscheinen.  
Croppenstedt. Radm. 4 Uhr in der „Plantage“. Bisheriges Erscheinen erwünscht.

Gr. Vellheim a. d. Ohe. Radm. 3 Uhr bei Herrn Frisch. Alle Kollegen müssen erscheinen.  
Hamburg. Radm. 4 Uhr bei Otto Schulze. Radm. 3 Uhr bei Wollrad. Radm. 4 Uhr bei Wollrad. Radm. 4 Uhr bei Wollrad.

Kahla. Radm. 3 Uhr im „Hofgarten“. Alle Kollegen müssen erscheinen.  
Luckenwalde. Radm. 3 1/2 Uhr bei Otto Schulze. Radm. 4 Uhr bei Otto Schulze. Radm. 4 Uhr bei Otto Schulze.

Podeldorf. Radm. 12 Uhr bei Wollrad. Sämtliche Mitglieder müssen erscheinen.  
Wiesenburg. Radm. 3 Uhr im Vereinslokal.

**Montag, den 19. März.**

Bamberg. Radm. 10 Uhr in der Brauerei Wollrad. Hierzu müssen sämtliche Kollegen des zweiten Distrikts erscheinen.

**Dienstag, den 20. März.**

Cunnersdorf. Radm. 6 Uhr in der „Ankerkneipe“. Am pünktlichen und vollständigen Erscheinen wird gebeten.

**Sonntag, den 25. März.**

Bamberg. Radm. 10 Uhr im Vereinslokal. Hier Jahreszeiten. Hierzu haben sämtliche Kollegen zu erscheinen.  
Bleekede. Radm. 3 Uhr im Vereinslokal. Tagesordnung wichtig! Referent nachherig anwesend. Die Kollegen werden bringen gebeten.

Dahlen. Radm. 7 Uhr in der „Kaffeehaus“. Mitglieder, die nach im Radhände sitzen, werden ganz besonders gebeten und aufgerufen, zu erscheinen.  
Döbeln. Radm. 3 Uhr. Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist Pflicht. Mitglieder werden mitgebracht.

Hintersee. Radm. 11 1/2 Uhr in Kaffeehaus, Gasthaus „Zum Deutschen Saal“.  
Veiten i. d. M. Radm. 3 Uhr im Vereinslokal.

**Öffentliche Maurerveranstaltungen.****Sonntag, den 18. März.**

Granssee. Radm. 3 Uhr im Gasthof Döbeln. Referent kommt. Alle Kollegen müssen erscheinen.

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Mier & Co. in Hamburg.